Nr. 145. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando, Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 24. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Soviel Arbeit um ein Leichentuch!

Die bürgerliche Welt feiert heute den siebzigsten Geburtstag des Nationalökonomen, der innerhalb der preußischen Universitätskreise das größte Ansehen und den stärksten Einfluß besitzt. Wir gönnen dem alten Herrn aufrichtig alle Huldigungen, die ihm dargebracht werden sollen, und es liegt uns fern, sie ihm durch kritische Glossen zu trüben; gehörte er zu den gemeinen Strebern des professoralen Schlages, von deren einem eben bürgerliche Blätter berichten, daß er in einem „tragischen" Selbstmord geendet habe, weil ihm zwanzigjähriges Beschimpfen der Arbeiterbewegung doch noch nicht die ordentliche Professur eingetragen hat, wir würden heute kein Wort über Gustav Schmoller verlieren. Aber in seinem Leben liegt ein Stück wirklicher Tragik und ein Stück wirklicher Geschichte, der es sich nachzusinnen verlohnt.

In dem Glückwunschartikel, den Herr Professor Francke in der „Woche" des Herrn Scherl veröffentlicht, heißt es, daß Goethe niemals vom Arbeitstisch Schmollers käme. Das ist ein durchaus bezeichnender Zug. Ein geborener Schwabe, ist Schmoller noch ganz im Kreise einer bürgerlichen Bildung groß geworden, die diesen Namen verdient. Nach seinem eigenen Zeugnis hat Gustav Rümelin den tiefsten Einfluß auf seine geistige Entwickelung gehabt, ein Tübinger Stiftler, etwas jünger als die Strauß und Vischer, aber wie sie vielseitig gebildet, obgleich auch wie sie politisch verbiestert. Als Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung hatte Rümelin zu der Deputation gehört, die im April 1849 dem preußischen König die papierene Kaiserkrone überbrachte, und er hat bis an sein Lebensende jeden für einen Idioten erklärt, der in dieser Narrenfahrt nicht den höchsten Gipfel politischer Weisheit erblickt. Von Rümelin hat Schmoller die Borussomanie überkommen, die Schwärmerei für das „soziale Königtum der Hohenzollern", aber auch mannigfache geistige Anregung; wie Rümelin ein trefflicher Statistiker und zugleich ein feinsinniger Aesthetiker war — man denke an seine Shakespearestudien — so hat Schmoller immer mehr sein wollen als Nationalökonom; er hat nicht minder nach dem Kranze des Ethikers und Historikers gestrebt.

Seine Stärke und seine Schwäche zugleich kündigte sich gleich in der ersten Arbeit an, womit er öffentlich hervortrat, noch in den Tagen Lassalles. Was damals die kapitalistischen Soldschreiber mit eiserner Stirn bestritten, nämlich die Behauptung Lassalles, daß alle namhaften Vertreter der bürgerlichen Oekonomie das eherne Lohngesetz anerkannt hätten, das bestätigte Schmoller als ehrlicher Mann, aber zugleich erklärte er dies Gesetz für eine „oberflächliche Abstraktion", die auf ihre ethisch-psychologischen Faktoren zurückgeführt werden müsse. Es ist der Grundton, der durch Schmollers ganzes Leben klingt: eine ehrliche Abneigung gegen das manchesterliche Banausentum, aber auch ein unheimliches Grauen vor der klassischen Oekonomie und dem modernen Sozialismus, der unstillbare Drang, ihrer pressenden Logik zu entrinnen, auf das weite Blachfeld der bürgerlichen Ideologie oder selbst in den unergründlichen Sumpf, über dem das „soziale Königtum der Hohenzollern" als Irrlicht gaukelt.

Dann aber entfaltete sich zunächst mehr Schmollers Stärke. Das „ethische Pathos", womit er sich gegen die manchesterlichen Schwätzer erhob, konnte nicht anders als sympathisch berühren in einer Zeit, wo diese Schwätzer mit unleidlichem Terrorismus die bürgerliche Presse beherrschten. Neben Brentano wurde Schmoller die Seele des Kathedersozialismus, dessen bedeutendste wissenschaftliche Leistung neben Brentanos „Arbeitergilden" seine „Geschichte des Kleingewerbes in Deutschland" war. Und ihm zum Heil rannte dann Treitschke mit dem plump-unwissenden Pamphlet über die Gönner des Sozialismus gegen ihn an; Schmollers Gegenschrift wird seinen Namen am längsten erhalten, so wie der letzte Abendsonnenschein bürgerlicher Bildung über ihr nicht sowohl aufleuchtet als verdämmert.

Denn nun entfaltete sich das „soziale Königtum der Hohenzollern" in seiner ganzen Pracht, in einer Fiskal- und Polizeiwirtschaft, die noch tief unter dem Manchestertum stand, aber von Schmoller als die Morgenröte der besseren Zeit begrüßt wurde. Es widerstrebte seiner „historischen Auffassung der Dinge", „die ganze heutige Wendung der Handelspolitik", der Finanz- und Schutzzölle zu bekämpfen; „der sichere, der wahre Fortschritt war jederzeit da, wo man es verstand, im rechten Moment und an der rechten Stelle freihändlerisch und dann wieder schutzzöllnerisch zu sein". Und wie die Fiskal-, so fand die Polizeiwirtschaft Gnade vor Schmollers Augen; als das Sozialistengesetz schon aus dem letzten Loche pfiff, suchte er seinen gänzlichen Bankrott noch aufzuhalten durch den sinnigen Vorschlag, die gewerbsmäßigen Demagogen nach Kamerun oder Togo zu spedieren.

Darauf nahm das „soziale Königtum der Hohenzollern" eine andere Wendung. Bismarck stolperte über die Februarerlasse, und Schmoller erklärte: „Die Erlasse eröffnen kühn eine neue Epoche deutscher Sozialpolitik". Er bescheinigte sich selbst, daß er mit anderen „die Fahne der sozialen Reform unentwegt vorangetragen" habe und fragte: Woher und wohin? Er wollte den Kontraktbruch der Arbeiter nicht bestraft wissen, gewiß nicht, aber „darüber bin ich zweifelhaft, ob nicht ein Kontraktbruch während der Ernte anders zu behandeln wäre als andere Kontraktbrüche. . . . Will man aber auf die gesamten unteren Klassen ein solches Strafrecht wieder ohne Ausnahme ausdehnen . . ., so kann, so darf es zum mindesten nur geschehen im Zusammenhange mit einer die Arbeiterverhältnisse überhaupt nach allen Seiten reformierenden Gesetzgebung. . . . Ich würde mit dieser Wendung die vorgeschlagene Bestrafung des Kontraktbruches noch nicht für gerechtfertigt halten, aber ich behaupte, das wäre jedenfalls die Bedingung, unter der allein eine solche Neuerung zulässig wäre". So verwarf Schmoller die Arbeitsbücher, aber „an sich, daran halte ich fest, sind die Arbeitsbücher nicht verwerflich; es liegt in ihnen eine Maßregel, die auf gleichem prinzipiellen Boden wie die Fabrikgesetzgebung steht . . . Nur wenn die Unregelmäßigkeit im Leben unserer Arbeiterbevölkerung, die Kontraktbrüchigkeit und ähnliche schlimme Eigenschaften zunehmen, wenn die unlauteren Elemente dauernd die Oberhand und Herrschaft gewinnen . . ., dann wird man vielleicht auf die Arbeitsbücher zurückgreifen müssen." So schwärmte Schmoller für das Koalitionsrecht der Arbeiter, aber „wir sollen es nicht bloß vom Standpunkt der individuellen Freiheit, sondern von dem der allgemeinen Wohlfahrt betrachten und regulieren. . . . Man wird dann auch nicht davor zurückschrecken, es da einzuschränken, wo die Verwilderung, der Haß und die Leidenschaften, die es entfacht, größer zu werden drohen als der Segen der Institution". Und so weiter und so weiter.

Dies ist, was Schmoller die Zurückführung der Arbeiterfrage auf ihre „ethisch-psychologischen Faktoren" nennt. Fruchtbarer war sein „Historismus" auf dem Gebiete der preußischen Geschichte, wo Schmoller sich nach dem Zeugnis des Professors Francke am liebsten tummelt. Hier haben Schmoller und seine Schule viel geleistet, mit einer Tendenz freilich auch für das „soziale Königtum der Hohenzollern", aber mit keiner gemeingefährlichen Tendenz. Sie sind von ihrem Phantom so bezaubert, daß sie seinen Glanz auch noch in dem schäbigsten Fiskalismus entdeckten. Sie fälschten keineswegs den preußischen Schnaps, sondern klebten nur ein Etikett auf die Flasche, wonach der Kartoffelfusel edelster Rüdesheimer sein soll. Um ein Beispiel anzuführen, so hat ein Schüler Schmollers die Akten über die Regie des alten Fritz veröffentlicht, um nachzuweisen, daß der Sozialismus dieses Hohenzollern „tiefer, idealistischer, heroischer" sei als der Sozialismus eines Marx. Aber weshalb soll man diesen anmutigen Scherz nicht mit in den Kauf nehmen, wenn die ganz ehrlich mitgeteilten Akten den unerbittlichen Nachweis führen, daß der alte Fritz in der fiskalischen Massenplünderung ein würdiger Vorläufer Bismarcks gewesen ist?

Vom Standpunkt seines „Historismus" ist Schmoller natürlich auf den historischen Materialismus sehr schlecht zu sprechen. In der Rede, womit er 1897 das Rektorat der Berliner Universität übernahm, weist er die Marxianer wie die Smithianer aus dem Tempel der Wissenschaft, aber mehr als diese, doch noch jene mit „ihrem knabenhaften frivolen Appell an die Revolution"; Lassalle und Marx schrieben mit Gift und Haß und Blut, und nun gar ihre Anhänger; nur noch Parteifanatiker oder der Geschichtskenntnis bare Schwärmer könnten die historisch-materialistische Theorie in der Form genießen, wie sie Engels, Mehring und andere Epigonen von Marx formuliert haben.

Das ist so weit recht gut und schön, aber es bleibt noch eine Frage, die Schmoller ehrlich genug ist, sich zu stellen, und auch ehrlich genug sich zu beantworten. Wie kommt es, daß unter einem „sozialen Königtum", einem „liberalen, gerechten, anständigen Beamtentum," das „manche arbeiter- und bauernfreundliche Reformen schuf", bei „der Abwesenheit jeder Bourgeoisherrschaft, von der in ganz Deutschland, im ganzen neunzehnten Jahrhundert nirgends die Rede war", dennoch eine Arbeiterpartei als „politisch-wirtschaftliche Macht ersten Ranges und zwar im Sinne republikanisch-revolutionärer Tendenzen" entstehen konnte?

So die Frage, und nun die Antwort. Schmoller findet einige sekundäre Ursachen, wie den auf Unverstand beruhenden törichten Preußen- und Hohenzollernhaß am Rhein, in Sachsen, in Süddeutschland, aber in der Hauptsache haben Lassalle und Marx die deutsche Arbeiterbewegung in diese verhängnisvolle Bahn gedrängt. Beide echt jüdische, zersetzende Geister, beide nationalökonomisch nur auf den Juden Ricardo eingeschworen, hätten sie bei scholastisch angelegten, fanatischen Politikern zunächst den nötigen literarischen Anhang gefunden; „die Masse der gelernten, bald auch der übrigen Arbeiter war gerade geistig so weit gereift, um sich durch ihre Theorien begeistern zu lassen, politisch, philosophisch, volkswirtschaftlich so wenig gebildet, um kritiklos an sie zu glauben. . . ." Die Arbeiter hätten mit diesen Sätzen auf den Bahnen der Wissenschaft zu wandeln geglaubt; sie hätten nicht sehen können, daß sie damit die Kleider anzogen, die die Wissenschaft eben als verbraucht und unhaltbar abgelegt habe.

Wenn also Lassalle und Marx rechtzeitig nach Kamerun und Togo deportiert worden wären, so gäbe es keine revolutionäre Sozialdemokratie und das „soziale Königtum der Hohenzollern" würde in ungetrübtem Glanze strahlen. Die Theorie dieses Königtums endet in der trivialsten Polizeiweisheit, ganz logischerweise, denn das „soziale Königtum der Hohenzollern" ist immer nur trivialste Polizeipraxis gewesen.

Trotz alledem muß man bei einem Rückblick auf den Fleiß der Jahrzehnte, den Schmoller seinem unfindbaren Königtum gewidmet hat, mehr im Sinne der Klage als der Anklage das Dichterwort anrufen: Soviel Arbeit um ein Leichentuch! Denn wenn jeder von uns mehr von den Umständen abhängt, als von seinem Willen, so war es mehr dem Verhängnis Schmollers beizumessen, als seiner Schuld, daß er am großen Scheidewege der Zeit auf den falschen Pfad geriet und sich an ihm das Wort seines Goethe erfüllt:

Aber abseits, wer ist's?
Ins Gebüsch verliert sich sein Pfad,
Hinter ihm schlagen
Die Sträuche zusammen,
Das Gras steht wieder auf,
Die Oede verschlingt ihn.

Die Arbeiterbewegung aber geht aufwärts ihren ehernen und stolzen Gang.

Berlin XII erobert.

Auch der zwölfte Berliner Landtagswahlkreis ist durch das Ergebnis der heutigen Stichwahl in den Besitz der Sozialdemokratie übergegangen. Von insgesamt abgegebenen 620 Stimmen erhielt Genosse Adolf Hoffmann 313 Stimmen, während der Freisinnige Runze es nur auf 307 Stimmen brachte. Genosse Hoffmann ist danach gewählt!

Der „Ulk", das freisinnige Witzblatt, hat ein glückliches Ahnungsvermögen damit bewiesen, daß er in seiner Wahlnummer beständig von den sieben Sozialdemokraten handelte. Durch die Wahl im 12. Berliner Landtagswahlkreise ist dem Freisinn das dritte von den bisher behaupteten neun Berliner Mandaten entrissen worden. Die Sozialdemokratie hat trotz des elendesten aller Wahlsysteme die Hälfte aller Berliner Landtagswahlkreise erobert!

Daß das Mandat der Sozialdemokratie bei der Stichwahl zugefallen ist, liegt wohl zur Hauptsache daran, daß eine Anzahl konservativer und nationalliberaler Wahlmänner sich nicht entschließen konnten, ihre Stimme für den Freisinnigen abzugeben. Wäre umgekehrt der Antisemit und Agrarier Ulrich, was ja bei der Hauptwahl am 16. Juni nur an einem Spinnwebfaden, nämlich an einer Stimme hing, in Stichwahl gelangt, so wäre das Mandat vielleicht in die Hände der Reaktion übergegangen! Denn dem Blockfreisinn wäre es schon zuzutrauen, daß er alle seine Mannen für den antisemitischen Agrarier hätte antreten lassen! Die Konservativen haben sich trotz der Blockbrüderschaft zu einer solchen Preisgabe ihres politischen Standpunktes nicht bereitfinden lassen. Die Reaktionäre besitzen noch politische Prinzipien, politisches Anstandsgefühl, die dem Blockfreisinn längst abhanden gekommen sind!

Der Freisinn hat seine Niederlage um so ehrlicher verdient, als er trotz der Drohung der Nationalliberalen und Konservativen, eine selbständige Kandidatur Ulrich aufzustellen, falls nicht die Freisinnigen sich entschlössen, ihre Kandidatur zugunsten des nationalliberalen Professors Leidig zurückzuziehen, öffentlich dafür eintrat, daß bei den vorzunehmenden Wahlmännerstichwahlen die freisinnigen Urwähler für die nationalliberalen und konservativen Wahlmänner stimmen sollten, um auf jeden Fall den sozialdemokratischen Wahlmännern eine Niederlage zu bereiten! Der Freisinn war also bereit, der Reaktion zum Siege zu verhelfen! Die von ihm ausgegebene Parole hatte ja denn auch ums Haar den Erfolg, daß der Antisemit Ulrich mit dem Genossen Hoffmann in Stichwahl geraten wäre; eine einzige Stimme gab den Ausschlag zugunsten des freisinnigen Kandidaten Runze.

Der Freisinn hat nun die Quittung für diese klägliche Verräterei dadurch erhalten, daß eine Anzahl konservativer und nationalliberaler Wahlmänner sich der Wahl enthielten!

Der Freisinn könnte also aus dieser Wahl lernen, daß er bei seinen reaktionären Blockgenossen um so größerer Verachtung begegnet, je schamloser er sich prostituiert. Wir zweifeln freilich sehr daran, daß der Blockfreisinn überhaupt noch einer politischen Belehrung zugänglich ist!

* * *

Ein Siegestag in Moabit!

„Wählt Runze!" so stand es mit meterhohen Buchstaben auf einem Riesenplakat, das vor dem Wahllokal, dem großen Saal der Patzenhofer-Brauerei in der Turmstraße, die Wahlmänner grüßte, sobald sie den Garten betraten. „Wählt Runze!" so flehten die Schlepper des Freisinns vor den Türen der konservativen Wahlmänner, denen sie herdenweis ins Haus liefen, um sie zur Stimmabgabe für den Freisinn heranzuholen. Und lange schien es, wie wenn Runze gewählt werden sollte. Er gewann sehr bald vor Hoffmann einen Vorsprung, den er fast bis zuletzt behielt.

Erst in der allerletzten Viertelstunde mußte es auch dem hoffnungsseligsten der Freisinnigen klar werden, daß die Hilfe der Konservativen doch nicht ausreichte, den Freisinn zu retten. Auch das nützte den Freisinnigen nichts, daß sie sich besonders die Beamten vornahmen, die ein Wahlmannsmandat der Konservativen hatten. Den Vorsteher eines Postamtes machten sie darauf aufmerksam, unter seinen Leuten seien Wahlmänner, die ihre Wahlpflicht noch nicht erfüllt hätten. Die Wahlmänner im Postrock kriegten zwar ihren Wink und gingen dann wählen, aber sie konnten den Kohl nicht mehr fett machen. Rechtsanwalt Ulrich, der Führer der Konservativen Moabits, der in der Hauptwahl ihr Kandidat gewesen war und beinahe an Runzes Stelle das Vergnügen gehabt hätte, in der Stichwahl durchfallen zu dürfen, kam gestern nach dem Kriegsschauplatz und betrachtete sich mürrisch die Situation. Verdroß es ihn, daß die Seinen in hellen Haufen antreten mußten, um den Freisinn aus der Patsche zu helfen? Herr Ulrich war selber zugleich Wahlmann. Ob für Herrn Runze, der ihn verdrängt hatte, auch er selber stimmen würde? Aber bis zu dieser Selbstentäußerung brachte Herr Ulrich es denn doch nicht: er verließ die Stätte des Kampfes, ohne seine Stimme abgegeben zu haben.

Im Garten der Brauerei ging es, je weiter der Tag vorrückte, desto lebhafter zu. Unsere Genossen hatten hier ihr Bureau unter einem offenen Zeltdach, die Freisinnigen verbargen sich hinter den Wänden eines Nebengebäudes der Restauration. Der Eingang des Gartens war besetzt von Zettelverteilern beider Parteien, die mit lauter Stimme die Namen der

Kandidaten ausriefen. Auf unserer Seite arbeiteten auch viele Frauen mit. Ein Freisinniger suchte einen Schutzmann zu animieren, er solle unseren am Eingang stehenden Genossen und Genossinnen die Arbeit erschweren. Der Schutzmann ließ sich im wesentlichen nur dazu herbei, zu fordern, daß der Ruf: „Wer für freies Wahlrecht ist, wählt Adolf Hoffmann!" nicht zu laut erschalle. Hinterher verbreitete sich das Gerücht, der Schutzmann habe auch die Aeußerung getan, die Frauen sollten lieber Strümpfe stopfen. Gegenüber unserem Genossen Hoffmann stellte er in Abrede, sich so geäußert zu haben. Hoffmann beruhigte ihn: „Sollten Sie aber Strümpfe haben, denen es not tut, so sind unsere Frauen nach Feierabend gern bereit, auch das noch zu machen."

Lustige Szenen gab es besonders in der letzten Stunde vor Schluß des Wahlaktes. So oft ein Freisinnsschlepper in seinem Automobil vorfuhr, ohne den gesuchten Wahlmann mitbringen zu können, wurde er von der wartenden Menge unserer Genossen und Genossinnen mit fröhlicher Heiterkeit empfangen. Doch die Sache der Freisinnigen schien noch nicht schlecht zu stehen. Sie hatten bereits herangeschleppt, was irgend heranzuschleppen gewesen war; von 19 bürgerlichen Wahlmännern, die bei der Hauptwahl gefehlt hatten, waren 16 zur Stichwahl gekommen. Schon hatte die Zahl der Freisinnsstimmen das dritte Hundert überschritten, während für uns noch lange keine Dreihundert zusammengebracht waren. Aber dann rückte mit einem Male der Nachschub unserer Genossen an. Ein Wahlmann nach dem anderen gab jetzt, an den Wahltisch herantretend, seine Stimme für Hoffmann ab. Und der Freisinn wurde überholt!

Näher und näher rückte der Uhrzeiger seinem Ziel. Es stand fest, daß der Freisinn nichts mehr einholen konnte. Draußen im Garten wuchs die Spannung der harrenden Menge, drinnen im Wahllokal wußte man's bereits, wem der Sieg zufallen mußte. Der Wahlvorsteher erhob sich: „Es ist sieben Uhr, die Abstimmung ist geschlossen!" Ein Bravo wurde laut, durch die geöffnete Tür drang's hinaus in den Garten und weckte dort ein hundertfaches Echo. Die Tür wurde geschlossen, der Vorstand ermittelte das Wahlergebnis, dann verkündete er: „318 Stimmen für Hoffmann, 307 Stimmen für Runze!" Ein Freisinniger lachte kurz auf, Bravorufe und Händeklatschen der Sozialdemokraten antwortete ihm, Zischen klang von freisinniger Seite dazwischen, brausende Jubelrufe unserer Genossen übertönten des Gegners ohnmächtige Wut.

Machtvoll erklang die Arbeitermarseillaise, mit dem alten Kampf- und Trutzlied der Arbeiterklasse zogen wir hinaus. Draußen standen Tausende Kopf an Kopf und stimmten begeistert ein. Hochrufe auf das freie Wahlrecht, auf den Kandidaten der siegreichen Partei, auf die Moabiter Genossen, auf die mittätigen Frauen pflanzten sich fort bis auf die Straße.

Die Maifeier auf dem Gewerkschaftskongreß.

Hamburg, 23. Juni.

Am zweiten Verhandlungstage behandelte der Kongreß zunächst den Heimarbeiterschutz und das Kost- und Logiswesen, zwei Fragen, in denen die Delegierten sowohl über die auf beiden Gebieten zu bekämpfenden Mißstände als auch über die Mittel zu ihrer Beseitigung einer Meinung waren.

Diese Einmütigkeit hatte rasche Arbeit zur Folge und so kam man schneller als man angenommen hatte, zu der mit Spannung erwarteten Erörterung über die Maifeier. Rasch füllte sich der Saal und die Delegierten folgten den Verhandlungen mit erhöhter Aufmerksamkeit. Das Gewerkschaftskartell und die Vorstände der Zahlstellen der Zentralverbände in Frankfurt am Main hatten den Antrag gestellt, die Generalkommission möge mit dem Parteivorstand erneut in Verbindung treten, um eine befriedigendere Regelung der Unterstützungsfrage bei der Maifeier zu erzielen. Dißmann-Frankfurt a. M. legte in sachlicher Weise den Standpunkt der Frankfurter klar, die aus der Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission her einen Zurückgang der Arbeitsruhe befürchteten. Legien ist dagegen der Meinung, daß die Vereinbarung einen Fortschritt gegen bisher bedeute. So wie die Dinge liegen, lasse sich leider eine nach allen Richtungen befriedigende Regelung der Maifeierfrage überhaupt nicht treffen. Die Vereinbarung solle das Verantwortlichkeitsgefühl gerade der Genossen schärfen, welche die Beschlüsse über die Maifeier zu fassen haben. Sie gebe auch die Möglichkeit, die Durchführung der Arbeitsruhe rechtzeitig finanziell vorzubereiten. Temperamentvoller als diese beiden Redner sprach dann Cohen-Berlin als Redner der Metallarbeiter für den Beschluß von Parteivorstand und Generalkommission, benutzte aber gleichzeitig die Gelegenheit, alle seine Bedenken gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai zum Ausdruck zu bringen. Knoll als Anhänger der Arbeitsruhe empfahl die tarifliche Regelung der Maifeier. Man käme dadurch am besten dem Parteitagsbeschluß nach, der möglichste Arbeitsruhe verlangt, wenn daraus keine wirtschaftliche Schädigung entstehe.

•

Hamburg, 23. Juni. 6,50 Uhr nachm.
(Privatdepesche des „Vorwärts".)

Die Debatte über die Maifeier nahm den größten Teil der Verhandlungen des Tages in Anspruch. Im Gegensatz zu der Debatte in Köln, wo ja die Gemüter außerordentlich heftig aufeinander platzten, war diese Aussprache in Hamburg außerordentlich sachlich und würdig, und das, obgleich selbst in den verschiedenen „Fraktionen", die in diesem Arbeiterparlament durch die verschiedenen Organisationen repräsentiert werden, naturgemäß keine Einigkeit über eine Frage herrscht, die über den Rahmen des speziellen Fachinteresses hinausgeht. Das wurde erhellt aus einer Episode, die ein bezeichnendes Streiflicht auf die Verhältnisse in einer Delegation warf, die auf dem Kongreß nach außen hin immer völlig geschlossen in Aktion zu treten pflegt. Als Cohen-Berlin feststellte, daß von den Metallarbeitern allein Dißmann-Frankfurt und Leber-Jena einen dissentierenden, d. h. der Arbeitsruhe am ersten Mai geneigten Standpunkt einnähmen, stellte der Metallarbeiterdelegierte Garbe-Kiel unter Zustimmung aus den Reihen seiner Kollegen fest, daß Dißmann und Leber nicht allein ständen.

Wer eigentlich auf dem Kongreß in der Mehrheit war, die Gegner oder die Anhänger der Arbeitsruhe, das ließ sich weder aus der Zahl der Redner, noch aus den Zwischenrufen mit nur einiger Sicherheit feststellen. Legien schnitt die Debatte darüber schnell ab, als er zum zweiten Male zu Worte kam. Er stellte fest, daß es gar nicht Aufgabe des Kongresses sein könne, darüber zu debattieren, ob Arbeitsruhe oder nicht. Noch immer gelte der Beschluß des Amsterdamer Kongresses. Daran, daß die Arbeitsruhe als beste Form der Maifeier zu erstreben sei, dürfe dieser Kongreß nicht rütteln. Das sei durch Beschluß der deutschen Delegation auf dem letzten Internationalen Arbeiterkongreß, die zu gleichen Teilen aus Gewerkschafts- und Parteigenossen bestand, festgestellt. Nur über die Form der Unterstützung habe der Kongreß zu entscheiden. Es würde wirklich einmal Zeit, daß Partei und Gewerkschaften sich einigen und anfangen, die Maifeier durchzuführen. Dazu solle die Vereinbarung dienen.

Als Legien endete, spendete ein Teil der Zuhörer auf der Galerie ihm spontanen Beifall. Auch durch die Reihen der Delegierten ging merkliche Bewegung. Ein schon mehrere Male gestellter Schlußantrag wurde nunmehr mit überwältigender Majorität angenommen. Das brachte uns um den Genuß, auch Herrn Rexhäuser über die Maifeier zu hören, der auf der Liste der noch eingezeichneten Redner stand.

Der Kongreß schreitet zur Abstimmung. Ueber einen Antrag des Gewerkschaftskartells Fürth, der die völlige Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai fordert, erklärt er, nicht abstimmen zu können, da er dazu in Konsequenz der Legienschen Ausführungen nicht berechtigt sei. Den Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission stimmt der Kongreß gegen nur 29 Stimmen zu. Mit 178 gegen 101 Stimmen gibt er der Generalkommission außerdem den Auftrag, die Frage der Unterstützung der Maiausgesperrten noch einmal gemeinsam mit dem Parteivorstande zu erwägen.

Der Ausgang der Debatte zeitigte im Saale einen lebhaften persönlichen Meinungsaustausch, so daß sich Robert Schmidt, der nun zum Worte kam, um den Bericht über die Tätigkeit des Zentralarbeitersekretariats zu geben, anfangs nur schwer Gehör verschaffen konnte. Seiner eindringlichen und formvollendeten Art gelang es aber bald, sich Aufmerksamkeit zu erzwingen für seine wuchtige Anklage gegen die Personen und Institutionen, denen die Durchführung unserer an sich schon so mangelhaften Sozialgesetzgebung übertragen ist und deren Auffassung von ihrer Aufgabe manchen Arbeiter, der die Segnungen dieser Sozialgesetzgebung in Anspruch nehmen muß, schlimmem Elend ausliefert.

Ministerversprechungen und polizeiliche Praxis.

In der Sitzung des Reichstags vom 4. April 1908, in der zweiten Lesung des Reichsvereinsgesetzes erklärte der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg nach dem amtlichen Stenogramm u. a.:

> Der Herr Abgeordnete Graef hat des weiteren auf die Gefahren hingewiesen, welche § 7 der christlichsozialen Arbeiterbewegung schaffen könne. Auch hier halte ich mich zu der bestimmten Annahme für berechtigt, daß die Landesregierungen ihre Maßnahmen so treffen werden, daß, soweit die von dem Herrn Abgeordneten Graef besonders umschriebenen Voraussetzungen für fremdsprachige Teile der Arbeiterschaft zutreffen,
>
> (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)
>
> diese durch eine ungeeignete Anwendung des § 7 in der Verfolgung gesetzlicher Bestrebungen auf dem Gebiete der Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht beeinträchtigt werden.
>
> (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Und später erklärte der Staatssekretär in derselben Sitzung:

> Meine Herren! Aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen entnehme ich, daß meine Antwort auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Graef dahin mißverstanden worden ist, als ob ich dabei die gewerkschaftliche Bewegung nur der christlichsozialen Organisation im Auge gehabt hätte. Ich lege Wert darauf, daß sich in dieser Beziehung kein Irrtum festsetzt, und stelle ausdrücklich fest, daß ich meine Bemerkungen keineswegs auf die christlichsozialen Arbeiterorganisationen und diese Teile der gewerkschaftlichen Bewegung beschränkt habe.
>
> (Bravo! links. — Zuruf: Sondern?)

Der § 7, von dem der Staatssekretär hier sprach, ist der jetzige § 12 des Reichsvereinsgesetzes, der berüchtigte Sprachenparagraph. Der Inhalt der Erklärungen des Staatssekretärs war die Versicherung, daß die Gewerkschaftsbewegung durch den Sprachenparagraphen, durch das Verbot des Gebrauchs nichtdeutscher Sprachen in öffentlichen Versammlungen keinen Schaden erleiden solle. Als der Genosse Hue in derselben Reichstagssitzung aussprach, daß nach der zweiten Erklärung des Staatssekretärs seine Ausführungen auch für die freien Gewerkschaften gelten sollten, erhob Herr v. Bethmann-Hollweg keinen Widerspruch.

Von ganz besonderer Bedeutung ist die Anwendung des Sprachenparagraphen auf Gewerkschaftsversammlungen im Ruhrrevier, wo nächst den östlichen Gebieten mit alteingesessener polnischer Bevölkerung die Zahl der polnischen Einwohner größer ist, als in allen anderen Teilen Deutschlands, und wo die vorläufigen Ausnahmen, die den Kreisen mit 60 Prozent alteingesessener fremdsprachiger Bevölkerung zu gute kommen, nicht Platz greifen, da im Ruhrrevier die Polen eben nicht alteingesessen sind. Zudem bilden sie auch in keinem der rheinisch-westfälischen Kreise mehr als 60 Prozent der Bevölkerung.

Die Gewerkschaftsbewegung im Ruhrrevier ist also an einer Handhabung des Sprachenverbots, wie sie der Staatssekretär des Innern versprochen, sehr stark interessiert. Wie aber erfüllen die Verwaltungsbehörden des Ruhrreviers das Versprechen des Staatssekretärs?

Zu Anfang des Monats Juni hat der Regierungspräsident von Arnsberg den Bescheid erteilt, daß **in öffentlichen Gewerkschaftsversammlungen nur deutsch, nicht polnisch gesprochen werden darf!**

Und einige Tage später hat der Regierungspräsident von Münster einer polnischen Berufsvereinigung ohne Angabe von Gründen **denselben Bescheid erteilt!**

So achten die preußischen Regierungspräsidenten die Versprechungen des Staatssekretärs des Innern!

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften sind nicht überrascht. Sie wissen aus langjähriger Erfahrung, daß die schönen Versprechungen der Minister für die Polizei noch niemals Hindernisse für die ausschweifendste Auslegung und Anwendung volksfeindlicher Gesetze gewesen sind und haben vorausgesagt, daß es hier nicht anders sein werde. Was aber sagen jene christlichen Gewerkschaftler und freisinnigen Abgeordneten, die mit dem Hinweis auf die Versprechungen des Staatssekretärs ihre Zustimmung zu dem Schandparagraphen des Sprachenverbots beschönigt haben?

Der deutsche Gewerkschaftskongreß, der jetzt in Hamburg tagt und der sich auch mit der Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern beschäftigen wird, hat Gelegenheit, den Herrn Staatssekretär an sein Versprechen zu erinnern und ihm die Meinung zu sagen über die Art und Weise, wie er für die Einlösung seiner Versprechungen sorgt!

Lehrfreiheit.

Der geschichtliche Zufall liebt manchmal glänzende Antithesen. Während in Oesterreich die bedrohte Freiheit der Wissenschaft durch den Streik der Studenten, auf deren Seite sich die Rektoren und Professoren der Universitäten gestellt hatten, gegen den Ansturm der Klerikalen, die nur die Sympathien des Kaisers für sich hatten, schließlich gerettet worden ist, haben in Deutschland schon lange die Vertreter und Jünger der Wissenschaft vor dem Krummstab und dem Polizeistock schmählich kapituliert. Und wie konnte es anders sein in einem Lande, das längst nicht mehr das Land der Dichter und Denker ist, sondern in dem die Wissenschaft nur mehr eine von den vielen Möglichkeiten geworden ist, Karriere zu machen und Geld zu verdienen. Man vergleiche mit dem leidenschaftlichen Aufflammen der Entrüstung in Oesterreich die Debatte, die kürzlich in der bayerischen Kammer der Reichsräte geführt wurde, und man wird ein Bild bekommen von der Bureaukratisierung, der Entwündigung der deutschen Universitäten und der feigen Rechnungsträgerei der meisten ihrer Professoren. Während in Oesterreich der Kardinal-Erzbischof von Prag und — in frecher Ueberschreitung seines Wirkungskreises — der päpstliche Nuntius in Wien gegen die Versetzung Wahrmunds nach Prag, die zugleich eine Beförderung ist, protestiert haben, konnte in München mit vollem Recht bei Beratung des Kultusetats der Erzbischof Stein-München der Regierung für die in der Abgeordnetenkammer gegebene Erklärung über die Grenzen der Lehrfreiheit der Professoren der Theologie danken. Der Kultusminister Wehner beeilte sich, diesen Dank nochmals zu verdienen, indem er feierlich die Unfreiheit der Wissenschaft proklamierte. Die Wissenschaft, meinte er, bedarf der Freiheit. Aber er fügte sofort hinzu, daß die freie Wissenschaft nicht — gelehrt werden dürfe. Denn wenn die Forschung auch frei sein könne, so stehe es anders mit der Lehrfreiheit. Hier darf der religiöse Glaube der Jugend nicht verletzt werden. Hypothesen sollen nicht ausgeschlossen sein, dürfen aber nicht als feststehende Tatsachen vorgetragen werden. Für Professoren der Theologie sind die Grenzen noch enger. Die Kirche kann den Vortrag irriger Lehren nicht dulden. Die Kirche hat das Recht festzustellen, ob eine Lehre irrig ist. Der Staat prüft dann in jedem Falle, welche Konsequenzen er daraus zieht.

Herr Wehner hat bewiesen, daß er Konsequenzen zu ziehen weiß, die der Kirche angenehm sind; hat er doch den Modernisten Schnitzer prompt um den Lehrstuhl gebracht. Aber wie jämmerlich war erst die Antwort des Universitätsprofessors auf diese Kriegserklärung. Man lese die weitere Debatte:

> Reichsrat Professor Schanz-Würzburg führte aus, für die Lehrfreiheit könne nur das Strafgesetzbuch und das gemeine Recht als Schranke gelten. Ein Professor könne die Wissenschaft nicht anders lehren, als er sie in seinen Schriften vertrete. Sonst leide das Vertrauen der Studenten zum Lehrer. Die Lehrfreiheit dürfe nicht beseitigt werden. Die Studenten könnten nicht immer am Gängelband geführt werden, sie müßten sich ihre Lebensauffassung selbst bestimmen.
>
> Kultusminister Dr. v. Wehner führte in seiner Erwiderung aus: Ein Professor muß sich in seinen Vorträgen vor den jungen Leuten eine größere Reserve auferlegen als in seinen Schriften. Der Student soll nicht am Gängelband bleiben, aber ein Professor muß Hypothesen als solche bezeichnen, er hat nicht volle Lehrfreiheit und darf nicht Lehren vortragen, die an die Grundwurzel des Staates die Axt anlegen. Reichsrat Dr. Schanz erwiderte, die Lehrfreiheit sei nicht zu beanstanden, da jeder Lehrer einen gewissen Takt besitze. Würde ein Professor antimonarchische oder anarchistische Lehren vortragen, so käme er mit seinem Eide in Konflikt.

Hatte Wehner für die Theologen die Kirche als Zensur bestellt, so stellt der weltliche Professor feierlich die Autorität des Strafgesetzbuches und des gemeinen Rechts — wir wissen nicht, ob nur des deutschen oder auch des türkischen und russischen — über die Autorität der Wissenschaft. Und der Byzantiner ist damit noch nicht zufrieden, sondern proklamiert als letztes Resultat aller Wissenschaft die unwandelbare Verehrung der Monarchie. Wir zweifeln keinen Moment daran, daß Herr Professor Schanz, wäre er im Besitz einer französischen, schweizerischen oder amerikanischen Professur ebenso gern die Ueberlegenheit der Republik über die Monarchie anerkennen würde. Nur möchten wir von dem Gerede, daß preußisch-deutsche Universitäten Stätten freier Forschung und voraussetzungsloser Wissenschaft seien, endlich verschont bleiben.

Aber die deutschen Studenten? Lebt nicht in ihnen etwas Sinn für die Unabhängigkeit und Freiheit der Wissenschaft? Nun, sie haben andere Sorgen und die Wahl desjenigen Korps, das die beste Karriere verbürgt, bereitet ihnen mehr Kopfschmerzen als alle Ideale von Freiheit. Und die, die für allgemeinere Interessen Sinn haben, gelten als gefährlich und man kann sie nicht streng genug beaufsichtigen. Eben geht die Nachricht durch die Blätter, daß die Berliner Freie Studentenschaft aufgelöst worden ist, der Raum, den sie bisher an der Universität zur Verfügung gehabt hatte, gesperrt, ihre Ankündigungen an dem schwarzen Brett nicht mehr gestattet sind. Begründet wird diese Bosheit damit, daß die freie Studentenschaft es ablehnte, sich als akademischer Verein zu organisieren und sich damit vollständig der Willkür des Rektors, des berühmten Stumpf, auszuliefern. Die Auflösung ist die Antwort auf die Blamage des Herrn Stumpf und ihr Plan muß entstanden sein in jenen Tagen, als alle Welt über den Psychologen des klugen Hans sich lustig machte, der die Abhaltung von Vorträgen untersagte, die sich mit sexueller Aufklärung der Jugend befaßte. Aber ebenso charakteristisch wie die Auflösung selbst ist, daß die deutschen Studenten sich ruhig gefallen lassen, was anderswo ganz undenkbar wäre. Professoren wie Studenten knicken in gleicher Weise zusammen, wenn der Polizeistock droht, und von der Freiheit, in der allein wahre Wissenschaft gedeihen kann, verspüren sie längst nicht mehr einen Hauch. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juni 1908.

Disziplinlosigkeiten bei den Stichwahlen.

Man schreibt uns aus dem Parteibureau:

Die „Bresl. Ztg." und nach ihr eine Reihe freisinniger Blätter behaupten, daß nach dem Landtagswahlkreise Liegnitz-Goldberg-Haynau von Berlin aus die Weisung ergangen sei, Fischbeck jedenfalls zu beseitigen. — Diese Behauptung des freisinnigen Blattes ist erlogen. Die Wahlmänner des Liegnitzer Landtagswahlkreises hatten nach den Beschlüssen der preußischen Landeskommission bei der Stichwahl zwischen dem Blockbruder Fischbeck und dem Blockbruder v. Forstner sich der Stimme zu enthalten. Dem Zentralwahlkomitee in Berlin wurde das disziplinwidrige Verhalten eines Teiles der Liegnitzer Wahlmänner erst nach der Wahl bekannt. Aus diesem Wahlkreise wurde vorher weder eine Anfrage nach Berlin ge-

richtet, noch ist aus Berlin eine Weisung ergangen. Das Zentralwahlkomitee hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem Liegnitzer Vorfall beschäftigt und beschlossen, ihn entschieden zu rügen. Ebenso entschieden gerügt wurden die Vorgänge im Landtagswahlkreise Sorau-Forst-Guben, wo die sozialdemokratischen Wahlmänner für einen Freisinnigen und ein Teil derselben für einen konservativen Kandidaten an zweiter Stelle stimmten. Nach den klaren Beschlüssen der Landeskommission war auch hier Stimmenthaltung geboten, da in dem Zweimännerwahlkreis uns keines der beiden Mandate überlassen wurde. Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg hatte ausdrücklich diese Beschlüsse der Landeskommission dem dortigen Wahlkomitee auf Anfrage als allein maßgebend bezeichnet. Auch aus Bielefeld, wo die sozialistischen Wahlmänner den die Sozialdemokratie besonders gehässig bekämpfenden christlichsozialen Agitator Mumm dadurch zu Fall brachten, daß sie einen blockfreisinnigen Stadtrat in den Sattel halfen, hatte man vorher keinerlei Anfrage an das Zentralwahlkomitee gerichtet. Allerdings hat die freisinnige Presse sich in dem letzteren Falle noch nicht darüber beschwert, daß die sozialdemokratische Parole der strikten Stimmenthaltung nicht innegehalten wurde. Das Zentralwahlkomitee hat auf alle Anfragen, die aus anderen Wahlkreisen kamen, geantwortet, daß die Beschlüsse der preußischen Landeskommission bindend seien. —

Die Reichsfinanzen.

Im Finanzausschuß der bayerischen Kammer der Reichsräte wurde gestern über die Reichsfinanznot geredet. Die Debatte ist weniger bemerkenswert wegen ihres Inhalts, als wegen ihrer Form. Man weiß ja, daß Herr Pfaff, der bayerische Finanzminister, neben seinem preußischen Kollegen Rheinbaben ein Hauptgegner direkter Reichssteuern ist. Man wird sich daher kaum wundern, daß er sich als Anhänger einer Inseratensteuer bekannte. Wir zweifeln keinen Moment, daß diese Steuer allen Reaktionären genehm wäre. Denn neben einer Belastung des Verkehrs bedeutete sie zugleich eine arge Schädigung für die Presse und was könnte den Herren angenehmer sein als der Arbeiterpresse einen Schaden zuzufügen? Da aber diese Steuer nicht nur Arbeiter trifft, sind ihre Aussichten bei der Blockmajorität kaum besonders gute. Bemerkenswert ist nur, daß die hohen Herren des Reichsrats doch nicht soviel preußische Junkerfrechheit aufbringen, um der Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten allzuviel Opposition entgegenzusetzen. Dafür zeigten sie sich aber sonst nicht weiter schüchtern und forderten neben Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuern, noch Quittungs-, Reklame-, Vergnügungs- und Luxussteuern.

Aber dies alles ist nicht besonders neu. Jedoch die Form der Begründungsreden läßt bereits die „patriotische" Schwindelregie erkennen, mit deren Hilfe das deutsche Volk wieder einmal betrogen werden soll. Da wurden ein paar Torheiten aus ausländischen Blättern zitiert, die die deutsche Finanzlage Grau in Grau malen. Da wurde es so hingestellt, als ob es die „nationale Sicherheit" erfordere, die Finanzreform mit möglichster Schnelligkeit zu erledigen. Nachdem Jahre und Jahre lang Schulden über Schulden gehäuft wurden, soll jetzt dem deutschen Volke überhaupt keine Zeit zur Prüfung und nüchternem Urteil gelassen werden. Man will das Volk in patriotischen Taumel versetzen und dann soll die Blockmajorität das deutsche Volk überrumpeln. Aber man soll sich doch nicht täuschen. Selbst wenn es wahr wäre, daß die Reichsfinanzreform so dringend ist und wir sind die letzten, die bestreiten, daß es mit der Schuldenwirtschaft nicht so weiter gehen kann — so kann kein patriotischer Schwindel darüber hinwegtäuschen, daß es sich den Besitzenden nur um das Privileg ihrer Steuerfreiheit im Reiche handelt und um nichts anderes. Wenn sie so patriotisch sind, so mögen sie es doch endlich einmal beweisen und die Kosten ihres Patriotismus selbst zahlen. Unser Mißtrauen gegen ihre patriotischen Phrasen würde geringer werden, wenn sie das Defizit der halben Milliarde durch direkte Reichssteuern sich zu decken bereit erklärten.

* * *

München, 23. Juni. Im Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer wurde heute Finanzminister v. Pfaff vom Abgeordneten Dr. Pichler wegen der angeblich geplanten Reichs-Elektrizitätssteuer interpelliert. Der Finanzminister erklärte, er sei in einer peinlichen Lage. Heute seien ihm die Vorschläge des Reichsschatzsekretärs Sydow zugegangen. Die Entwürfe seien vertraulich und er könne nicht darüber reden. Dr. Pichler fordert darauf den Minister auf, mit der größten Entschiedenheit dafür zu sorgen, daß Bayern vor der Schädigung einer Elektrizitätsabgabe bewahrt bleibe. Die Regierung habe die Volksvertretung bei diesem Widerstand gegen die Berliner Pläne geschlossen hinter sich. Dr. v. Haller (Soz.) führte aus, die Erklärung des Ministers lasse genug zwischen den Zeilen durchblicken. Der Minister solle sich mit seinen süddeutschen Kollegen zu einer entschiedenen Abwehr der drohenden preußischen Pläne vereinigen. Herr v. Frauendorfer hatte kurz vorher erklärt, daß an ein Elektrizitätsmonopol nicht gedacht werde, daß aber die Gefahr einer Elektrizitätsabgabe vorliege.

Christliche Süßholzraspler.

Der Bericht des Generalsekretärs Stegerwald über die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1907 bespricht die Aeußerung eines Reichstagsabgeordneten, der im Parlament den Wunsch geäußert habe, die Lümmeljahre der christlichen Gewerkschaften möchten bald vorbei sein. Die Herren, die solche Wendungen gebrauchten, hätten, so meint der Bericht, wohl keine Ahnung davon, wie schwer es sei, eine christlichnationale Gewerkschaftsbewegung neben der sozialdemokratischen in die Höhe zu bringen:

„Mit Süßholzraspeln sind bei der starken sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland Arbeitermassen nicht zu gewinnen. Darüber sollte man unter sozial verständigen Leuten nicht mehr zu reden brauchen."

Mit anderen Worten heißt das wohl, daß die christlichen Führer die Neigung zum Süßholzraspeln haben, daß aber andererseits die katholischgläubige Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie bereits zu sehr mit Klassenbewußtsein erfüllt ist, um das Süßholzraspeln ihrer Führer noch zu ertragen. Das ist der Grund, weshalb die Herren Giesberts, Schiffer und andere Süßholz raspeln, vor den katholischen Arbeitern gelegentlich die Zielbewußten und Entschiedenen herausbeißen — um sich dann vor ihren hochmögenden Gönnern zu entschuldigen, daß sie in Radikalismus nur machen, um der Konkurrenz gewachsen zu sein! —

Ein Lob der Sozialdemokratie aus Zentrumsmunde.

Die zentrumsagrarische „Rheinische Volksstimme" bringt einen Artikel über die preußischen Landtagswahlen, worin sie darlegt, daß zum politischen Erfolge vor allem ein klares Programm und unverrückbare Richtlinien gehören. So erkläre sich der günstige Ausfall der Wahl für das Zentrum und die Konservativen. Dann heißt es:

„Auch der Sozialdemokratie hat ihr klares Programm — wenn auch nach der negativen (?) Seite hin — und nebenbei allerdings auch eine intensive Agitation, gegen welche die aller anderen Parteien zusammengenommen immer noch ein Kinderspiel ist, zum lange erstrebten Siege verholfen. So viel läßt sich heute schon sagen, daß die Sozialdemokratie die weitaus größte Zahl der Wähler auf sich vereinigt. Doppelt bemerkenswert bei der Oeffentlichkeit der Wahl. Von diesem fanatischen Bekennermut können alle Parteien viel lernen. Dazu kommt noch ein wichtiges Moment: Während so ziemlich alle Parteien sich irgend welcher ideeller und materieller Hilfsmittel erfreuten, war die Sozialdemokratie ganz auf sich selber gestellt. Und trotzdem dieser Riesenerfolg!"

Das Blatt meint nun, dieser Erfolg der Sozialdemokratie sollte doch endlich genügen, allen denen die Augen zu öffnen, die sich bisher immer noch vor der furchtbaren Gefahr von dieser Seite verschlossen. Ein weitausschauender Staatsmann würde auf die **Zusammenfassung aller staatserhaltenden Parteien** bedacht sein, während Bülow das Zentrum, das katholische Volk als antinational verdächtige und das Zentrum von der Mitarbeit ausschließe.

Das Zentrumsblatt mag sich beruhigen! Die Ultramontanen werden schon wieder zur Staatskrippe und zum Bunde der staatserhaltenden Parteien zugelassen werden! Die Sozialdemokratie sieht dieser Wendung um so gelassener entgegen, als sie weiß, daß es nichts an ihren Erfolgen ändert, ob das Zentrum nun von Bülow gehätschelt oder gekratzt wird. Die Sozialdemokratie vertraut auf ihre eigene Kraft und auf diejenigen Vorzüge, die das Zentrumsblatt richtig erkannt hat: ihr klares Programm, ihre Agitationsarbeit, ihren Bekennermut! —

Die Reichstagsersatzwahl in Prenzlau-Angermünde.

Ein liberaler Kompromißkandidat wird für den Wahlkreis Prenzlau-Angermünde gesucht, in dem in Bälde wegen des dieser Tage erfolgten Ablebens des konservativen Reichstagsabgeordneten v. Winterfeldt-Menkin eine Ersatzwahl stattfinden muß. Wie die „Volkszeitung" mitteilte, traten am Sonntag in Prenzlau die Vertrauensmänner der Nationalliberalen, der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Sozialliberalen aus mehreren Orten des Wahlkreises zu einer gemeinsamen Beratung über die Kandidatenfrage zusammen, an der auch je ein Parteisekretär der Nationalliberalen und der Freisinnigen Vereinigung teilnahmen. Die Sozialliberalen, die tags zuvor in einer besonderen Versammlung über ihre Stellungnahme sich geeinigt hatten, suchten mit Entschiedenheit jede rechtsstehende Kandidatur zu verhindern. So blieb denn die Kandidatenfrage noch ungelöst. Es wurde jedoch beschlossen, eine Zersplitterung in der Wahlbewegung zu vermeiden und nach einem geeigneten Kandidaten Umschau zu halten. Ferner wurden für alle vier liberalen Parteigruppen je drei Vertreter gewählt, die am kommenden Sonntag in einer in den „Reichshallen" zu Angermünde stattfindenden Konferenz die Regelung der Kandidatenfrage erledigen sollen.

Für die Sozialdemokratie wird der Genosse Otto Wels, Berlin wieder kandidieren.

Die Konservativen haben den Sohn des verstorbenen Abgeordneten, den Oberpräsidialrat von Winterfeldt als Kandidaten in Aussicht genommen.

Das Ergebnis der Wahl von 1907 lautete: Konservative 13 266, Freisinnige Vereinigung 8710, Sozialdemokraten 4237, zersplittert 30 Stimmen.

Verhältniswahl für die bayerischen Gemeindewahlen.

Das neue Gemeindewahlgesetz, das die bayerische Abgeordnetenkammer am Montag angenommen hat, bringt die von der Sozialdemokratie lang geforderte Einführung des Proportionalwahlsystems für die kommunalen Wahlen.

Die Hauptbestimmung des Gesetzes lautet:

„In Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern haben die regelmäßigen Wahlen der Gemeindebevollmächtigten, der bürgerlichen Magistratsräte, der nicht berufsmäßigen Gemeinderäte, der nicht berufsmäßigen Adjunkten und der Ersatzmänner nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit freien und verbundenen Listen stattzufinden."

Das neue Gesetz bedeutet einen wichtigen Fortschritt. Es wird endlich dem skandalösen Zustand ein Ende machen, daß die Sozialdemokratie in Nürnberg, obwohl sie über zwei Fünftel der Stimmen der gesammten Gemeindewählerschaft besaß, auf dem Rathause nicht einen einzigen Vertreter hatte. Die dortige freisinnige Stadtverwaltung hielt zähe an dem System fest, wonach die ganze Stadt einen einzigen Wahlbezirk bildete, und weigerte sich bis heute, die von der Sozialdemokratie wiederholt geforderte Einteilung in mehrere Wahlbezirke zu schaffen. Jetzt retten alle Künste die freisinnigen Herren nicht mehr von dem Einzug der Sozialdemokratie ins Gemeindeparlament.

Auch in anderen bayerischen Städten wird die Sozialdemokratie nun die ihr gebührende Zahl von Vertretern in den Gemeindevertretungen erhalten. Kompromisse mit bürgerlichen Parteien fallen jetzt ohne weiteres fort.

Ein Kasernenbild.

Schon seit Jahren hat sich das Kriegsgericht der 16. Division (Regierungsbezirk Trier) mit einer außerordentlich hohen Zahl von Desertionen zu befassen gehabt, und diese Häufigkeit wurde in den Urteilen vielfach als straferhöhend bezeichnet. Durch eine Verhandlung, die jetzt vor dem Oberkriegsgericht in Koblenz stattfand, erfährt die Oeffentlichkeit die Ursache der häufigen Desertionen. Der Angeklagte, ein Musketier von der 5. Kompagnie des 30. Infanterieregiments in Saarlouis, erklärte, er habe flüchten müssen, um sich der andauernden Quälereien und schweren Mißhandlungen zu entziehen. Ein Unteroffizier und zwei Gefreite bestritten unter Eid, daß Mißhandlungen vorgekommen seien. Ein anderer Unteroffizier aber bestätigte endlich die Angaben des Soldaten. Dieser war besonders nachts oft schwer malträtiert worden, so daß er sich schließlich zum Schutz das Seitengewehr mit ins Bett nahm. Am Tage erhielt er Fußtritte, Faustschläge, Kolbenstöße in den Rücken usw.; er mußte am heißen Ofen Uebungen machen; seine Brotration wurde ihm auf ein Viertel gekürzt und man drohte ihm, er müsse verrecken oder davonlaufen. Das Kriegsgericht der 16. Division, das dem Manne Glauben schenkte, bestrafte ihn nur wegen unerlaubter Entfernung zu drei Monaten Gefängnis. Das Oberkriegsgericht aber erklärte, es liege Fahnenflucht vor, und verhängte sechs Monate und Versetzung in die zweite Soldatenklasse. Gegen die Gefreiten und den Unteroffizier schwebt ein Verfahren wegen Meineids. Der verurteilte Soldat erklärte vor dem Oberkriegsgericht, er habe sich zweimal über die Quälereien beschwert; es sei aber nichts darauf erfolgt! —

Tod in der Kaserne.

Das Kriegsgericht des 8. Armeekorps verhandelte gegen zwei Musketiere vom 65. Infanterieregiment in Köln wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge. Es handelte sich um einen Soldaten, der mit dem größten Widerwillen diente, sich viele Strafen zuzog, und der bei Vorgesetzten wie Kameraden verhaßt war. Bei den Soldaten herrscht im allgemeinen die Ansicht, daß durch solche Kameraden die ganze Kompagnie leide und so kommt es ihnen gegenüber oft zu den brutalsten Mißhandlungen, die sich in der Regel im nächtlichen Dunkel abspielen. Auch in dem vorliegenden Falle geschah der Ueberfall abends, als der Mann zu spät in die Kaserne kam. Er wurde so schwer mißhandelt, daß er ins Lazarett mußte, wo er nach drei Monaten an den Verletzungen starb. Einmal wurde der Kranke operiert; einer zweiten Operation widersetzte er sich. Der Arzt glaubt, er habe sterben wollen (!); so habe er auch trotz der schweren Verletzungen Turnübungen am Krankenlager gemacht. Das Gericht sprach in seinem Urteil die Ueberzeugung aus, daß die eigentlichen Schuldigen, die die tödlichen Streiche geführt haben, nicht entdeckt worden seien. Es verurteilte den einen Angeklagten zu vier, den zweiten zu einem Monat Gefängnis. —

Typhus im Heere.

Bei den auf der Festung Ehrenbreitstein bei Koblenz liegenden Soldaten wurde der Typhus konstatiert. Allen Verschleierungsversuchen zum Trotz ist jetzt festgestellt, daß 23 Militärpersonen von der Seuche befallen sind. —

Russenverurteilungen in München.

Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts München I wurden am Montag drei angeklagte Russen, die 28 Jahre alte Studentin Sara Ravitsch, der 27jährige Student Epthiafarian und der 25jährige Student Khodjamirianz wegen Begünstigung zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt. Sie sind schuldig erachtet, die Verüber eines am 26. Juni 1907 in Tiflis verübten Postraubes begünstigt zu haben, indem sie aus diesem Raube stammende russische Banknoten in München und Straßburg umwechselten bezw. umzuwechseln suchten.

Der Staatsanwalt hatte gegen jeden Angeschuldigten vier Jahre Zuchthaus beantragt.

Oesterreich.

Das Ende des Streiks.

Innsbruck, 23. Juni. Die freiheitliche Studentenschaft der hiesigen Universität hat beschlossen, den Streik einzustellen. Damit hat die Streikbewegung in Oesterreich ihr Ende erreicht.

Italien.

Der Generalstreik.

Rom, 23. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die Behörden haben die Freigabe der Arbeitskammer, die der Präfekt bereits zugesagt hatte, auf den Protest des Gemeinderats hin verweigert. Infolgedessen dauert der Generalstreik in Parma weiter. Die Gasleitung und das elektrische Licht funktionieren nicht mehr. Parma ist von der Umgebung abgeschnitten und der Fleisch- und Brotmangel wird immer fühlbarer. Die Verhaftungen dauern an. Zahlreiche Parteigenossen und die Organisatoren des Streiks werden verhaftet. Die Organisation der Gelben bleibt natürlich unbehelligt. In Bologna und Specia traten die Arbeiter in den Solidaritätsstreik, der ruhig verläuft. In der Gemeinde Olivadi (Calabrien) kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Polizisten, der aber rein lokalen Ursachen entsprang und in keiner Beziehung zu den Vorgängen in Parma steht. Trotzdem erhöhen solche Nachrichten die Beunruhigung, die sich der öffentlichen Meinung bemächtigt hat. —

England.

Achtstundentag im Bergbau.

London, 22. Juni. Unterhaus. Bei der zweiten Lesung des Gesetzes über den achtstündigen Arbeitstag der Bergleute kündigte der Staatssekretär des Innern, Gladstone, an, daß er später Aenderungen vorschlagen werde, zum Zweck der Prüfung der Schwierigkeit, die durch eine plötzliche Kürzung der Arbeitsstunden hervorgerufen werden könne. Die Wirkung dieser Aenderungen werde sein, daß während eines Zeitraumes von fünf Jahren die Durchschnittstagesarbeit acht und eine halbe Stunde betragen würde und gegen das Ende dieses Zeitraumes die Bestimmungen des Gesetzes mit einigen leichten Abänderungen in Kraft treten würden. Gladstone führte alsdann eine Anzahl von Betriebsunfällen als Beweise zugunsten des Gesetzes an und erklärte, die Zahlen zeigten, daß die Arbeit der Bergleute keine gesunde Beschäftigung sei. Die Bergarbeiter litten unter besonderen Krankheiten. Da sei zum Beispiel die Augenkrankheit, dies scheine jedoch kein Gegenstand der Sorge für die Opposition zu sein. (Laute Zurufe: Zurücknehmen!) Der Sprecher sagte, er halte dafür, daß solche Bemerkungen nicht in der Ordnung seien. Gladstone nahm die Bemerkungen sofort zurück und gab die Erklärung ab, das, was er habe sagen wollen, sei, daß die Opposition ihre Auffassung bezüglich der Gesundheitsverhältnisse der Bergleute auf die Sterblichkeitsziffer stütze und die erwähnte Krankheit außer Acht lasse, die sehr ernst sei. Alsdann führte Gladstone aus, daß in anderen Ländern auch das Bestreben bestehe, eine Begrenzung der Arbeitsstunden einzuführen, und erwähnte, daß die deutsche Regierung den Grundsatz der Begrenzung der Arbeitszeit angenommen habe, wo die Gesundheit dies erfordere. Redner betonte schließlich, daß das Gesetz keinen Einfluß auf die Kohlenförderung haben werde.

Rußland.

Gegen die Russifizierung.

Petersburg, 22. Juni. Reichsduma. In der heute fortgesetzten Beratung des Etats des Volksaufklärungsministeriums wies Abg. Dmowsky (Pole) auf die Schulpolitik des Ministeriums in Polen hin und führte aus, diese Politik der Russifizierung wirke demoralisierend auf die Schuljugend, indem sie der Jugend Haß gegen Rußland und alles, was russisch heiße, anerziehe. Daher könne er mit Recht die russischen Schulen in Polen als staatsfeindliche bezeichnen, die nicht zur Versöhnung, sondern zur Entstehung des Nationalhasses beitrügen.

Serbien.

Kabinettskrise.

Belgrad, 23. Juni. Der König hat die Demission des Kabinetts Paschitsch angenommen und den Altradikalen Velimirovitsch mit der Kabinettsbildung betraut.

Persien.

Das Parlament bombardiert.

Teheran, 23. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Heute früh wurde das Parlamentsgebäude und die daran anstoßende Moschee von Kosacken umstellt und das Parlament aufgefordert, dem Wunsche des Schahs gemäß einige Personen auszuliefern. Das Parlament weigerte sich, diese Forderung zu erfüllen und von den Mitgliedern eines politischen Klubs, die auf das Militär schossen, wurden einige Soldaten getötet. Aus dem Lager des Schahs trafen um 9 Uhr Verstärkungen mit Artillerie in der Stadt ein, die bis nach 10 Uhr ununterbrochen feuerten.

Privatnachrichten fügen hinzu, daß das Parlament erobert und geplündert wurde. Eine große Anzahl Abgeordneter wurden getötet. Die unmittelbare Veranlassung zu dem Gewaltstreich bildete ein Ultimatum, das das Palament an den Schah richtete und in dem die Einhaltung der Verfassung verlangt wurde. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat die allgemeine Stimmung für die Reaktionspartei günstigere Wendung genommen. Gestern und heute versicherten Mitglieder der Geistlichkeit und des hohen Adels, sowie früher der Revolutionspartei angehörende Personen dem Schah telegraphisch ihre Bereitwilligkeit, ihm dienen zu wollen. Sie schreiben dabei die Schuld an der aufständischen Bewegung einigen bestimmten Personen, unter ihnen dem Generalgouverneur, zu.

Vormarsch der Türken.

Petersburg, 23. Juni. Wie die „Nowoje Wremja" aus Fort Dschulfa meldet, stehen zwei türkische Bataillone, zwei Eskadrons und eine Batterie 5 Werst von Urmia, 17 Bataillone, 5 Batterien und die 6. Kavalleriedivision bei Soudjbulak und Sakkys. Das Blatt sagt dazu, es müsse anerkannt werden, daß keinerlei Kriegsvorbereitungen gegen Rußland stattfinden.

Marokko.

Die Stellung der englischen Regierung.

London, 23. Juni. Unterhaus. Ashley (kons.) richtete an Staatssekretär Grey die Frage, ob er, da die Aussicht bestehe, daß die Stellung Mulay Hafids als tatsächlicher Herrscher in Marokko gesetzmäßig wird, darauf vorbereitet sei, mit den Signatarmächten der Algeciras-Akte ins Einvernehmen zu treten, um die Anerkennung Mulay Hafids als Sultan zu erlangen. Grey antwortete, es wäre keine nutzbringende Aufgabe für die britische Regierung, bei einem in der Marokkofrage etwa beabsichtigten Vorgehen die Initiative zu ergreifen. Was die soeben an ihn gerichtete Frage anlange, so verweise er auf die ausführlichen Mitteilungen, die der französische Minister des Aeußeren vorige Woche in der Kammer gemacht habe. Er habe dem, was dort gesagt sei, nichts hinzuzufügen.

Aus der Partei.

An die Bezirks- und Kreisleitungen der sozialdemokratischen Partei.

Laut Beschluß des Parteivorstandes und der Kontrollkommission schließt das laufende Geschäftsjahr der sozialdemokratischen Partei **mit dem 30. Juni d. J.** Alle Beiträge der Kreise, die in diesem Geschäftsjahr verrechnet werden sollen, müssen **bis zum 30. Juni** zu Händen des Kassierers sein.

Der Parteivorstand.

Die Sozialdemokratie Sachsen-Meiningens wird am Sonntag, den 5. Juli, eine Landeskonferenz zu Saalfeld abhalten. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten sollen behandelt werden: Das Reichsvereinsgesetz: a) Jugendorganisation, b) Organisation der Frauen. — Das neue Volksschulgesetz. (Referent: Landtagsabgeordneter Gen. A. Hofmann.) — Die „korrigierte" Gemeindeordnung. (Referent: Landtagsabgeordneter Gen. P. Seige.) — Unsere Stellung zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes.) Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Knauer.) — Die Landtagswahl im Jahre 1909. (Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Eckardt.)

Bildungsbestrebungen.

Der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Arbeiter-Bildungsinstituts in Leipzig gibt bekannt, daß in der nächsten Lehrperiode folgende Kurse stattfinden werden:

Ein Kursus über Politische Oekonomie, beginnend am 6. September d. J.

Ein Kursus für Geschichte des 19. Jahrhunderts, beginnend Ende September.

Ein Kursus für Sozialpolitik, beginnend Mitte September.

Der Unterricht in den beiden ersten Kursen wird alle 14 Tage Sonntags, im dritten Kursus jeden Mittwoch erteilt.

Für die Schüler, die in der abgeschlossenen Lehrperiode schon an den Kursen teilgenommen haben, findet ein besonderer Kursus über Politische Oekonomie statt.

Die Genossen, die am Unterricht teilnehmen wollen, haben sich bei ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Organisation zu melden. Jeder Teilnehmer muß sich zum Besuch aller drei Kurse verpflichten. Die Organisationen lassen dann an den Bildungsausschuß bis spätestens 1. August geeignete Vorschläge gelangen.

Mißglückte Hetze gegen die Sozialdemokratie. Die technischen Burschenschaften hielten in der vorigen Woche eine R. D. C.-Tagung in Rüdesheim. Auf derselben wurde wiederum die Stellung der Burschenschaft zur Sozialdemokratie erörtert. Es sollte ein Schlag gegen die Karlsruher „Teutonia" geführt werden, deren Bundeskonvent im vorigen Jahre es ablehnte, dem Auftrag des R. D. C. entsprechend, eines seiner Mitglieder, einen sozialdemokratischen Abgeordneten, aus der Burschenschaft zu entfernen, weil Sozialismus und Burschenschaft sich nicht vertrage. Die in Rüdesheim versammelten Burschenschaften haben es mit sehr großer Mehrheit energisch abgelehnt, die politische Inquisition zu treiben. Zu den Scharfmachern gehörte vor allen die Berliner „Thuringia", die wohl unter dem Einfluß des Reichsverbandes ihr Werk treibt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Redakteurfreuden. Genosse Freudenthal von der „Märkischen Volksstimme" zu Kottbus hat eine dreimonatliche Gefängnisstrafe angetreten. Die Strafe wurde ihm wegen einer Notiz zudiktiert, durch die ein Geistlicher sich beleidigt fühlte.

Soziales.

Vom Krankenkassenkrieg in Stuttgart.

Seit Jahr und Tag herrscht zwischen der Stadtverwaltung **Stuttgart** und den **vereinigten Ortskrankenkassen** ein erbitterter Streit, der dem Stadtsäckel bereits an die 100 000 M. Kriegskosten verursacht hat. Gegenstand des Streites ist die Höhe des Verpflegungssatzes 3. Klasse in den städtischen Spitälern. Der Krieg wäre wahrscheinlich gar nicht ausgebrochen, sicherlich aber hätte er diese Dauer und Schärfe nicht erreicht, wenn nicht die Herren **Demokraten und ihre Presse eine unverantwortliche Hetze gegen die Krankenkassenverwaltung inszeniert hätten.** Nach Mugdanschem Rezept wurde die Verwaltung der Krankenkassen verdächtigt, sie treibe sozialdemokratische Parteipolitik, sie sei so liberal in ihren Leistungen, um den sozialdemokratischen Kassenmitgliedern in Notfällen, bei Arbeitslosigkeit usw. das Wahlrecht zu erhalten usw. Schließlich trieben es die Herren Demokraten so bunt, daß sich die **Arbeitgeber** in der Krankenkassenverwaltung, **Nationalliberale, Konservative** usw., zum Teil Leute in führenden Parteistellungen, **öffentlich gegen** diese demokratischen **Anwürfe** verwahrten und weiter betonten, daß sie in diesem Streit aus **sachlichen** Gründen und in Ansehung der Leistungsfähigkeit der Kasse **mit den Arbeitervertretern gemeinsam** beschlossen und gehandelt hätten. — Der Krieg hat folgende Vorgeschichte: Im Mai des vergangenen Jahres schlossen sämtliche Krankenanstalten Stuttgarts einen Ring zwecks Hinauftreibung des Pflegesatzes 3. Klasse von 1,70 auf 2,20 M. pro Tag. Die treibende Kraft war die Verwaltung des städtischen Katharinenspitals. Die bürgerlichen Kollegien Stuttgarts stimmten der Forderung zu. **Mit der Krankenkassenverwaltung vorher zu verhandeln oder sie auch nur zu verständigen, hatte man sorgsam vermieden.** Man wollte die Kassen überrumpeln und ihnen die **Mehrausgabe** von 80 bis 100 000 M. jährlich aufzwingen, ohne jede Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit. Die Kassen erboten sich, den Pflegesatz von 1,70 auf 2 M. pro Tag zu erhöhen. Monatelang ließ man dieses Anerbieten ohne Antwort. Daraufhin schloß die Kassenverwaltung Verträge zum Pflegesatz von 2 M. mit den Spitälern in der näheren und weiteren Umgebung Stuttgarts ab und **boykottierte sämtliche Stuttgarter Spitäler.** Nur transportunfähige Kranke wurden in die Stuttgarter Anstalten eingewiesen. Nach wenigen Wochen waren die Privatpflegeanstalten und die der kirchlichen Vereinigungen bereits mürbe. Sie traten von der Vereinigung mit den städtischen Spitälern zurück und schlossen ihren Frieden mit den Kassenauf der Grundlage des 2 M.-Pflegesatzes. Die sozialdemokratischen Rathausvertreter bemühten sich, den Boykott gegen die städtischen Anstalten ebenfalls zu beenden. Sie fanden Unterstützung bei Nationalliberalen und anderen bürgerlichen Parteien, den Demokraten aber gelang es, die versuchte Einigung zu hintertreiben. Vor wenigen Tagen unternahm die sozialdemokratische Fraktion nochmals den Versuch. Am Freitag endlich nahmen die bürgerlichen Kollegien Stuttgarts einen **Vergleichsvorschlag** an, der die Basis zu einer Einigung bilden kann. Demnach soll für dieses Jahr noch der Satz von 2 M. gelten; nächstes Jahr soll die Kasse 2,10 M., übernächstes Jahr dann 2,20 Mark zahlen. Die Tatsache, daß seit Juli des vergangenen Jahres **Hunderte Betten in den städtischen Spitälern unbenutzt stehen,** während die anderen Anstalten fast ständig vollbesetzt sind, daß ferner das Leerstehen der Betten bei Fortdauer der Verwaltungsausgaben, des Aerztehonorars, der Besoldung des Pflegepersonals usw. der Stadtkasse einen **Ausfall von rund 100 000 M. verursacht** hat, hat die bürgerlichen Kollegien den Vernunftsgründen der Sozialdemokratie zugänglicher gemacht. So steht zu erwarten, daß der nun fast ein volles Jahr währende Krankenkassenkrieg in Bälde beendet sein wird. Aber unvergessen wird bleiben, in welch frivoler Weise die demokratische Presse und ihre Hinterkämmer gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen gehetzt haben, denn auf weiter nichts laufen die Verdächtigungen hinaus, die Kassenverwaltung treibe sozialdemokratische Parteipolitik.

Etwas vom Arbeiterschutz.

Auf der Bauausstellung in Stuttgart ist neben den Arbeiterwohnhäusern, dem Gemeindehause, dem Ferienhause, dem in 24 Stunden errichteten „Tekton"-Wohnhause, dem Gewerbehause, den Eisenbetonbauten usw. auch ein bis zum zweiten Stockwerk geführter Rohbau zu sehen, von der Württembergischen Bauberufsgenossenschaft errichtet. An dem Bau soll Fachleuten und Laien vor Augen geführt werden, wie ein musterhafter Bauarbeiterschutz beschaffen sein muß, und wie sehr besorgt Regierung und Bauberufsgenossenschaft um Leben und Gesundheit der Arbeiter sind. Die Bauarbeiterorganisationen Stuttgarts hatten sich bereit erklärt, an der praktischen Darstellung eines musterhaften Bauarbeiterschutzes mitzuwirken. Das war hochnäsig abgelehnt worden. Der Musterschutz-Bau ist denn auch danach geworden. Unser Stuttgarter Parteiorgan wies vor wenigen Tagen nach, daß an dem Bau die wichtigsten Bauarbeiterschutzvorschriften außer acht gelassen worden sind. Nicht nur die Ministerialverfügung, den Bauarbeiterschutz betreffend, muß der Württembergischen Bauberufsgenossenschaft total unbekannt sein, sogar die Vorschriften, die die Berufsgenossenschaft selber erlassen hat, sind aufs gröblichste verletzt. So ist der Arbeitermusterschutzbau zur grimmigsten Parodie auf den behördlichen Arbeiterschutz geworden. Der Skandal ist groß, so groß, daß die Stadtdirekton als die verantwortliche Behörde eingreifen mußte. Am letzten Donnerstag fand die amtliche Revision des Baues statt. Die Besichtigung ergab, daß in der Tat die primitivsten Arbeiterschutzmaßregeln außer acht gelassen worden sind. Der famose Ausstellungsbau, an dem ganz Deutschland studieren sollte, wie ein vorschriftsmäßiger und mustergültiger Bauarbeiterschutz beschaffen sein muß, wird nun wohl seiner Lebensgefährlichkeit wegen gesperrt oder abgerissen werden. Vielleicht tut die Stadtdirektion auch noch ein übriges und belegt die Württembergische Bauberufsgenossenschaft mit Strafe wegen gröblichster Verletzung der Arbeiterschutzvorschriften an ihrem Muster-Arbeiterschutzbau.

Krematorium in Gera.

Die Regierung des Fürstentums Reuß j. L. hat gestern der Stadt Gera die Erlaubnis zur Errichtung eines Krematoriums erteilt. Es bestehen zurzeit in Deutschland Krematorien in Bremen, Chemnitz, Eisenach, Gotha, Hamburg, Heidelberg, Jena, Karlsruhe, Koburg, Mainz, Mannheim, Offenbach a. M., Stuttgart und Ulm.

Gewerkschaftliches.

Schwarze Liste in der Presse.

Seit einer Woche stehen die Arbeiter des Eisen- und Stahlwerks in Güstrow in Mecklenburg im Streik. Nach berühmten Mustern hat nun auch der Güstrower Unternehmer über die streikenden Arbeiter eine schwarze Liste und zwar in der mecklenburgischen bürgerlichen Presse veröffentlicht. Man liest da diese Bekanntmachung:

„Infolge Entlassung eines Arbeiters sind nachstehende Handwerker und Arbeiter unter Vertragsbruch im hiesigen Stahl- und Eisenwerk in den Ausstand getreten und werden alle Arbeitgeber dringend ersucht, dieselben nicht zu beschäftigen und bereits eingestellte **wieder zu entlassen.** (!)

Der Vorstand des allgemeinen Vereins der Handel-, Landwirtschaft oder Gewerbetreibenden Arbeitgeber von Güstrow und Umgegend"

Dann folgen in tabellarischer Zusammenstellung die Namen von 116 Arbeitern mit Vor- und Zunamen, Geburtsort und Geburtsdatum.

Ob wohl ein Staatsanwalt auf den Gedanken kommt: hier liegt eine Nötigung und Verrufserklärung vor?

Berlin und Umgegend.

Streikbrecher-Agentur.

Herr Genske, seines Zeichens Maurermeister, im Nebenamt Streikbrecheragent, sitzt bekanntlich wegen Unterschlagung von Kautionsgeldern hinter Schloß und Riegel. Der Ruhm dieser Staatsstütze, in seiner Eigenschaft als Vermittler von Streikbrechern nach allen möglichen Orten Deutschlands, scheint angesteckt zu haben.

Da lesen wir zum Beispiel in der „Berliner Morgenpost" (Dienstag, den 23. Juni) folgende Annonce:

Maurer!
Auskunft Restaurant Gleimstr. 11.

Die Vermutung, daß die Sache nicht rein sei, hat persönliche Information bestätigt gefunden.

In einem nicht weit von Berlin gelegenen Ort befinden sich die Maurer seit zirka fünf Wochen mit dem dortigen Unternehmertum im Kampf. Jetzt gibt sich an Stelle Genskes ein anderer dazu her, nach dort Arbeitswillige zu vermitteln. Es ist der Gastwirt Robert Köppen, Gleimstraße 11.

Einer, der Auskunft einholte, schreibt uns:

Bei meinem Eintritt saßen etwa 15—20 Maurer im Lokal; natürlich alles Leute, die bereits längere Zeit arbeitslos sind, die nun, in der Hoffnung, Arbeit zu erhalten, die letzten paar Pfennige bei dem Gastwirt und Arbeitsvermittler umsetzen. Bei der Gelegenheit macht Köppen auf Kosten der Arbeitslosen noch ein Geschäft.

Den Arbeitsuchenden wurde gesagt, daß bereits ein Trupp unterwegs sei und müsse jeden Augenblick Nachricht kommen, ob noch mehr Leute fahren sollen.

Daß in dem betreffenden Orte Differenzen ausgebrochen sind, wird mit keinem Wort erwähnt.

Wie Köppen selbst zugibt, war er bis zum vorjährigen Berliner Streik Mitglied des Verbandes.

Allem Anscheine nach hat er jetzt mit Leuten Verbindung, die der Arbeiterbewegung durch Vermittelung von Arbeitswilligen keine guten Dienste leisten. Für organisierte Arbeiter ist es daher angebracht, das Streikvermittelungsbureau nicht zu besuchen.

Achtung! Dachdecker Berlins!

Wegen Verletzung des Tarifvertrages ist die Firma G. Althaus, Ackerstr. 156, gesperrt.

Zentralverband der Dachdecker. Verwaltungsstelle Berlin.

Deutsches Reich.

Der verhängnisvolle Verräterdienst.

Während der Hafenarbeiteraussperrung in Königsberg lag im Hafen ein Schiff, auf dem die auswärtigen Streikbrecher einquartiert waren. Eines Abends kam es zwischen Essener und Elbinger Streikbrechern aus einem nichtigen Anlaß zu einer fürchterlichen Schlägerei, wobei mit Dolchen, Eisenstangen und anderen Gegenständen erfolgreich argumentiert wurde. Auch Revolverschüsse wurden abgegeben. Um den Krawall zu unterdrücken, mußten 40 Polizisten aufgeboten werden. Zahlreiche Streikbrecher waren verletzt worden, **neun** davon hatten so schwere Verwundungen davon getragen, daß sie mit dem **Unfallwagen** nach dem Krankenhause geschafft werden mußten. Nachträglich wurde eine Anzahl **Streikbrecher** zu recht erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt. Einer der Hauptanführer in diesem Kampfe ist aber erst jetzt zur Verantwortung gezogen worden. Er hatte im Kampfe einen Messerstich ins Bein bekommen, der die Amputierung des Fußes nötig gemacht hat. Jetzt hatte sich dieser Arbeitswillige (Feith-Essen) wegen des Krawalls, an dem er in erster Linie teilgenommen hatte, zu verantworten. Der Staatsanwalt erklärte, Feith habe Elbinger Arbeiter in bestialischer Weise überfallen. Er beantragte ein Jahr und sechs Monate Gefängnis. Die Strafkammer ließ noch Milde walten und erkannte auf **neun** Monate Gefängnis! Diesem Streikbrecher ist seine Verräterei schlecht bekommen; er muß nun als Krüppel auf neun Monate ins Gefängnis. Nachher werden die Reeder sich seiner schwerlich annehmen, so daß er der Armenpflege zur Last fallen wird. Einige seiner „Kollegen" sind während ihrer Tätigkeit im Königsberger Hafen **ertrunken!**

Die Aussperrung der Rabitzer und Zementeure in Frankfurt a. M. ist durch schiedsgerichtlichen Spruch des Einigungsamtes aufgehoben worden. Für die verschiedenen Gruppen wurde eine Erhöhung des Lohnes um 3 resp. 2 Pf. erzielt. Die Fliesenleger erhalten 68, Rabitzer 67 und Zementeure 60 Pf. pro Stunde. Auch die Zementzimmerer und Bauhülfsarbeiter erhalten eine Erhöhung um 3 Pf. pro Stunde. Die am Montag stattgefundenen Versammlungen der Ausgesperrten haben dem Schiedsspruch zugestimmt, so daß die Arbeit am Dienstag früh wieder aufgenommen werden kann.

So ist auch dieser beabsichtigte Schlag der Unternehmer glänzend abgewehrt worden. Der neue Vertrag wurde auf zwei Jahre bis zum 31. März 1910 abgeschlossen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Wiener Proletariat und die Arbeiterversicherung.

Wien, 23. Juni. (W. T. B.) Heute abend fand in der Volkshalle des Rathauses eine sozialdemokratische Massenversammlung zugunsten der Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter statt. Vor dem Rathause sammelten sich mehrere tausend Personen an, die zu dem dichtbesetzten Versammlungslokal keinen Zutritt mehr erhalten konnten. In der Versammlung hielten mehrere sozialdemokratische Abgeordnete Reden. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, zu Beginn der nächsten Session einen hierauf bezüglichen Gesetzentwurf dem Hause vorzulegen. Die Versammlung verlief in vollster Ruhe.

Abermals ein Molitor-Prozeß!

Karlsruhe, 23. Juni. (W. T. B.) Das hiesige Schöffengericht hat den Rezitator Karl Waßmann-Berlin wegen Beleidigung des Fräuleins Olga Molitor zu acht Monaten Gefängnis verurteilt! Von der vom Rechtsanwalt Dr. Pannwitz, dem Vertreter der Klägerin, beantragten sofortigen Verhaftung (!) wurde Abstand genommen, weil es sich um ein Privatklageverfahren handele.

Zeppelins „Lenkbarer".

Friedrichshafen, 23. Juni. (W. T. B.) Gegen 5 Uhr nachmittags unternahm Graf Zeppelin unerwartet einen Aufstieg mit dem neuen Ballon. Das Luftschiff bewegte sich vom schweizerischen Ufer nach der württembergischen Seite zu. Es funktionierte ausgezeichnet. Nach anderthalbstündiger Fahrt ist Graf Zeppelin mit seinem Ballon wieder zur Halle zurückgekehrt. Die Fahrt kann als vorzüglich gelungen bezeichnet werden. Der Ballon beschrieb über Friedrichshafen einige Kreise, fuhr dann bis in die Gegend von Langenargen über den Bodensee, kehrte darauf hierher zurück und manövrierte dann längere Zeit über dem See, indem er Schwenkungen ausführte, sich hob und senkte. Der Ballon bewegte sich in einer Höhe von 100 bis 200 Metern. Es herrschte eine leichte Brise.

Studentenprügelei vor einer Kirche.

Graz, 23. Juni. (W. H.) Anläßlich des Stiftungsfestes der katholischen Studentenverbindung „Carolina" kam es vor der Herz-Jesu-Kirche zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen deutschfreiheitlichen und klerikalen Studenten. Die Wache mußte einschreiten und zahlreiche Verhaftungen vornehmen.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Hamburg, 23. Juni 1908.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Einige Delegierte haben sich für heute entschuldigt, um nach Berlin zur Landtagsstichwahl im XII. Kreise zu fahren.

Der Kongreß beginnt die Diskussion der Frage der

Dienstbotenorganisation.

Das Wort verlangt die Genossin Zietz-Hamburg, die als Vertreterin des Hamburger Dienstbotenvereins als Gast dem Kongresse beiwohnt.

Josephsohn-Hamburg protestiert zur Geschäftsordnung gegen die Worterteilung. Die Gäste dürften den Delegierten die Zeit nicht wegnehmen. In der „Gleichheit“ sei schon vorher angekündigt worden, daß die Genossin Zietz hier sprechen würde.

Vors. Bömelburg-Hamburg bittet, den Schein persönlicher Motive zu meiden. Er erinnert an die Differenzen zwischen der Generalkommission und der sozialdemokratischen Vertrauensperson in der Frage der Dienstbotenorganisation und hält es für gut, auch einen Vertreter der Gegenseite zu hören.

Der Kongreß erteilt mit großer Mehrheit der Genossin Zietz das Wort.

Luise Zietz-Hamburg. Ich danke Ihnen zunächst namens des Vereins Hamburger Dienstboten. Wir haben den lebhaften Wunsch, die Agitation und die Organisation unter den Dienstboten auch nach den anderen deutschen Städten zu verpflanzen. Die Dienstbotenbewegung ist geboren aus dem Gedanken der Solidarität, um die Arbeiterkategorie, die rechtlich, sozial und wirtschaftlich auf tiefster Stufe steht, zu heben. Von ihr soll auch die allgemeine Arbeiterbewegung Vorteil haben. Denn die Dienstboten werden später die Frauen der Arbeiter (Sehr war!) und Sie alle wissen, wie außerordentlich schädlich indifferente und feindlich gesinnte Frauen und Mütter der Arbeiterbewegung sind und wie außerordentlich nützlich auch die nicht erwerbstätigen Frauen sind, die den Geist der Solidarität erfaßt haben. Ich hoffe daher, daß Sie die Resolution Grünberg einstimmig annehmen werden und auch dafür sorgen werden, daß sie verwirklicht wird. Allerdings ist die Dienstbotenbewegung nur ein Reflex der gesamten Arbeiterbewegung und nur möglich, wo die Arbeiterbewegung bereits eine bestimmte Stärke und ein gewisses Alter erreicht hat. Nur dort, wo die Ideologie des Volkes bereits von dem Gedanken der Arbeiterklasse beherrscht wird. Aber die Organisation der Dienstboten kann nicht das Werk der Kartelle allein sein. Sie können vielleicht das Geld für die erste Agitation hergeben, aber nicht dauernd die Verwaltungsarbeit leisten. Dazu gehören geschulte Frauenkräfte. Diese Frauenkräfte können auch die umfangreiche Voragitation leisten, die Mädchen aus ihrer Vereinzelung herauszuholen und zum Bewußtsein ihrer Zahl zu bringen. Organisationsfähig sind die Dienstboten. Wir in Hamburg haben schon 3000 Mädchen organisiert, von denen zurzeit über 2000 wirkliche Mitglieder unseres Vereins sind. Ein wirksames Agitationsmittel für unseren Verein und eine wirksame Waffe für die Verbesserung der Lebenslage der Dienstboten ist unser Arbeitsnachweis, der sehr viel besucht wird. Auch unsere Erfahrungen beweisen, daß es möglich ist, durch die Organisation der geknechtetsten und ausgebeutetsten Proletarierin zu helfen. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution Grünberg wird einstimmig angenommen.

Nächster Gegenstand der Beratung ist der

Heimarbeiterschutz.

Hierzu liegt folgende Resolution Sabath (Generalkommission) vor:

Die Heimarbeit ist diejenige Produktionsform, die infolge ihrer Rückständigkeit die schlimmste Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ermöglicht.

Die Heimarbeit isoliert die Arbeiter und die Arbeiterinnen, erschwert deren Organisation und macht sie daher unfähig, sich aus eigener Kraft gegen diese Ausbeutung zu wehren. Da es nun aber nicht allein im Interesse der Heimarbeiter und Arbeiterinnen selbst, sondern im Interesse des Gemeinwohles liegt, daß dieser durch die Heimarbeit begünstigten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft Einhalt geboten wird, erachtet der sechste Deutsche Gewerkschaftskongreß einen ausreichenden gesetzlichen Schutz der Heimarbeit für eine dringende Notwendigkeit.

Als das Mindestmaß dessen, was zum Schutze der Heimarbeiter zu geschehen hat, hält der Kongreß die Durchführung der vom ersten Heimarbeiterschutzkongreß zu Berlin im Jahre 1904 aufgestellten Forderungen für erforderlich.

Daß die Verwirklichung dieser Forderungen eine zwingende Notwendigkeit ist, hat die im Jahre 1906 in Berlin stattgefundene Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit zur Evidenz bewiesen.

Nach dieser Ausstellung, die das Elend in der Heimindustrie in seiner ganzen Größe und erschreckenden Tiefe gezeigt und das öffentliche Gewissen aufgepeitscht hat, hätte man erwarten dürfen, daß die Reichsregierung ein größeres Maß von Entgegenkommen gezeigt hätte, den Wünschen und Forderungen der Heimarbeiter und Arbeiterinnen entgegenzukommen, als es in dem Entwurf zum Titel VIIa der Gewerbeordnung geschehen ist.

Dieser Entwurf erfüllt weder die Wünsche und Forderungen der Heimarbeiter, noch die Versprechungen, die selbst Regierungsvertreter denselben inbezug auf gesetzlichen Schutz gemacht haben. Er ist nicht nur eine Halbheit — er verdient auch nicht einmal den Namen eines Heimarbeiterschutzes. Die ganze Tendenz dieses Entwurfes scheint vielmehr darauf gerichtet zu sein, die Schaffung eines wirklichen reichsgesetzlichen Schutzes in unabsehbare Ferne zu rücken, da wohl die Initiative zum Erlaß von Schutzbestimmungen in die Hände der Polizeibehörden gelegt werden soll. Diese aber müssen nicht, sie können nur Schutzbestimmungen für Heimarbeiter erlassen; es wird also von deren gutem Willen und sozialer Einsicht abhängen, ob sie solche erlassen werden oder nicht.

Da die Arbeiterschaft erfahrungsgemäß keine Ursache hat, der sozialen Einsicht der Polizeibehörden zu vertrauen, steht der Kongreß nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein wirksamer Heimarbeiterschutz nur durch Reichsgesetz mit zwingender Kraft geschaffen werden kann.

Diesen reichsgesetzlichen Heimarbeiterschutz hält der Kongreß nur dann für gegeben, wenn der Reichstag und Bundesrat dem von der sozialdemokratischen Fraktion ausgearbeiteten Gesetzentwurf stattgibt, der aufgebaut ist auf den Wünschen und Forderungen, die der Heimarbeiterschutzkongreß an die Gesetzgebung erhoben hat und der unter Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft zustande gekommen ist.

Der Kongreß spricht deshalb die Erwartung aus, daß bei der kommenden Beratung der Gewerbeordnung der gesetzliche Heimarbeiterschutz von Reichstag und Bundesrat im Sinne des Entwurfs der sozialdemokratischen Fraktion, der den Willen der organisierten Arbeiterschaft zum Ausdruck bringt, gestaltet wird.“

Sabath-Berlin begründet die Resolution, indem er auf das in der Heimarbeit seit Jahren festgestellte Elend noch einmal einige Schlaglichter wirft.

Von dem Verband der Tabakarbeiter, Zahlstelle Berlin, liegt folgender Antrag vor:

„Der sechste Gewerkschaftskongreß beschließt unter Wiederholung des von dem fünften Gewerkschaftskongreß angenommenen Antrages: „Die in den Gewerkschaftsorganisationen organisierten Mitglieder sind zu verpflichten, ihre Frauen und Töchter, welche in gewerblichen Betrieben oder Heimarbeit beschäftigt sind und durch ihre Nichtorganisation den Fortschritt in den in Frage kommenden Gewerben (Konfektion, Tabakindustrie usw.) hemmen, den in diesen Gewerben existierenden Gewerkschaftsorganisationen zuzuführen“: „Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird beauftragt, an sämtliche Kartelle, Gewerkschaftskommissionen usw. durch Rundschreiben auf diesen Beschluß aufmerksam zu machen, dafür einzutreten, daß dieser Beschluß auch voll und ganz zur Geltung gelangt.“

Börner-Berlin begründet den Antrag. Wer in der Partei oder Gewerkschaft eine Rolle spiele, habe vor allem die Pflicht, seine eigenen Familienmitglieder zur Solidarität zu erziehen.

Haack-Dresden: Die Forderung ist natürlich ganz berechtigt, aber nicht immer hat der Familienvater die Macht, seinen Willen durchzusetzen. (Lachen.) In der vorliegenden Fassung wirft der Antrag einen Zankapfel in die Gewerkschaften. (Lachen und Widerspruch.)

Weinschild-Offenbach (Portefeuiller): Die Heimarbeiterausstellung in Frankfurt a. M. gibt ein ganz falsches Bild. Die Vertreter der Arbeiter, die an der Vorbereitung der Ausstellung beteiligt waren, sind leider dem suggestiven Einfluß des Unternehmertums erlegen. Die dort angegebenen Löhne sind vielfach Zwischenmeisterverdienste, nicht Arbeiterlöhne. Wir haben erfreulicherweise in der Portefeuilleindustrie durch unsere starke Organisation das Zwischenmeistertum fast beseitigt. Das ist der erste Schritt zur Besserung der Verhältnisse in der Heimarbeit. (Beifall.)

Kloth-Berlin (Buchbinder) verteidigt die Resolution Börner. Der darin gegebene Zwang sei durchaus gesund.

Deichmann-Bremen (Tabakarbeiter): Die fortgeschrittenen Gewerkschaftler sollten sich doch nicht gegen ihre Pflicht sträuben, den zurückgebliebenen Berufen weiter zu helfen. Die Forderung, daß auch die erwerbstätigen Frauen und Töchter der Gewerkschaftler sich organisieren, sollte doch eigentlich für uns selbstverständlich sein. Im übrigen treten wir Tabakarbeiter wegen den hygienischen Gefahren für die gänzliche Beseitigung der Heimarbeit ein. (Beifall.)

Hübsch-Berlin (Textilarbeiter): Der Vater hat die Pflicht, auch für die Erziehung seiner Kinder zur proletarischen Solidarität zu sorgen. Das wollen wir in der Resolution Börner aussprechen.

Fritsch-Liegnitz (Textilarbeiter): Die bessergestellten Berufe sollten uns in dieser Frage helfen; dann würden auch ihre Kämpfe um weitere Verbesserung ihrer Lebenslage die ungeteilte Sympathie der gesamten Arbeiterschaft finden.

Götke-Wilhelmshaven (Schneider): Die Regierung selbst, besonders das Reichsmarineamt, bedient sich in weitem Umfange der Heimarbeit. Da wundert es uns nicht, daß sie nichts Ernsthaftes gegen die Schäden der Heimarbeit tut. (Sehr wahr!)

Ein Schlußantrag findet Annahme. Die Resolution Sabath wird einstimmig angenommen, der Antrag des Tabakarbeiterverbandes fast einstimmig.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist die

Die Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber.

Der Referent P. Blum-Berlin (Sattler) legt folgende Resolution vor:

„Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses und unter Berücksichtigung der Resultate, welche die Zentralkommission für Beseitigung des Kost- und Logiszwanges durch ihre Arbeiten, insbesondere durch ihre statistische Erhebung über das Logiswesen im Handwerk erhielt, hat, wonach über vier Fünftel sämtlicher in Frage kommenden Wohn- und Schlafräume der beim Arbeitgeber wohnenden Arbeiter auch den allerbescheidensten Anforderungen nicht genügen, erklärt der Kongreß, daß eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie nicht nur dringend geboten erscheint, sondern daß dieselbe unverzüglich in die Wege geleitet werden muß.

Der Kongreß fordert die völlige Aufhebung des zweiten Absatzes des § 115 der Gewerbeordnung, so daß in Zukunft die Arbeitgeber verpflichtet sind, die Löhne ihrer Arbeiter nur in Reichswährung zu berechnen und in bar auszuzahlen.

Bis eine gesetzliche Regelung dieser Materie erfolgt ist, fordert der Kongreß, daß die Regierungen geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Auswüchse dieses Systems nach Möglichkeit einzudämmen. Insbesondere sind die Gemeindeverwaltungen anzuweisen, durch eine gesunde Wohnungsreform und Einführung einer geregelten Kontrolle dieser Schlafräume, den Gefahren vorzubeugen, denen die betreffenden Arbeiter und zum großen Teil auch das konsumierende Publikum ausgesetzt sind. Die sofortige Ausdehnung der jetzt schon bestehenden behördlichen Vorschriften für das Wohnungswesen auf die Schlafräume der beim Arbeitgeber wohnenden Arbeiter erklärt der Kongreß für eine dringende Notwendigkeit.“

In seinem Bericht über die Tätigkeit der Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiswesens führte Blum aus, daß sie nicht ihre Aufgabe darin erblickte, direkt in den Kampf einzugreifen, sondern Material zu sammeln und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Der Kommission sind zurzeit Gewerkschaften mit einer Million Mitglieder angeschlossen. Eine ständige Korrespondenz über festgestellte Schäden des Kost- und Logiswesens geht vielen Partei- und Gewerkschaftszeitungen zu und wird benutzt. Umfangreiche statistische Erhebungen wurden von Calwer bearbeitet und allen maßgebenden Stellen zugesandt. Redner schildert an der Hand dieser Zahlen die Schäden des Kost- und Logiswesens, die unmenschlich langen Arbeitszeiten, die 60 Proz. schlechten Wohnungen usw. und bittet um Annahme der Resolution. (Beifall.)

Hensel-Hamburg (Fleischer), Diesing-Berlin (Hoteldiener) und Karl-Hamburg (Bäcker) schildern den üblen Einfluß des Kost- und Logiszwanges für ihren Beruf, ihre Organisation und ihre politischen Rechte.

Hierauf wird die Resolution Blum einstimmig angenommen.

Der Verband der Friseurgehilfen (Zahlstelle Frankfurt a. M.) beantragt:

„Der Gewerkschaftskongreß beauftragt die Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges in Verbindung mit allen

---

Kleines Feuilleton.

Die Stellung der Ehefrau in Japan. Man hat sich allgemein gewöhnt, das Land der aufgehenden Sonne zu den modernen Staaten zu zählen, nachdem es in den letzten Jahrzehnten durch vielfach blendende Aneignung der Errungenschaften moderner Technik sowie durch kriegerische Erfolge einen ungeahnten Aufschwung genommen hat. Kenner des Landes sind freilich darüber einig, daß die Umbildung aus einem halb barbarischen Staat zu einem modernen Staat im Grunde nur scheinbar stattgefunden hat. Und dies ist ja auch kaum anders möglich. Daß das Reich der tausend Inseln durchaus noch nicht mit modernem Kulturmaßstab gemessen werden kann, zeigt wohl am besten die Stellung, welche die Frau, insbesondere auch die Ehefrau, in Japan einnimmt; denn nicht mit Unrecht hat man die mehr oder minder hohe Wertschätzung der Frau als einen trefflichen Gradmesser der Kultur bezeichnet. Wenn wir erfahren wollen, welche Stellung der japanischen Ehefrau zukommt, so müssen wir vor allem solche Europäer befragen, die im Lande der aufgehenden Sonne gelebt haben und sich einen freien Blick für das Volksleben bewahrt haben. Beachtenswert ist ein Aufsatz, den Dr. Crasselt, der als Dozent in Japan gelebt hat, über „Die Stellung der Frau in Japan“ in der Zeitschrift „Anthropos“ veröffentlicht hat. Wir erfahren daraus, daß die Stellung der japanischen Frau (d. h. vorzüglich die Frau der mittleren und höheren Klasse) im Grunde genommen wohl keine andere ist, als vor Jahrhunderten in der Tokugawa-Zeit (16.—19. Jahrh.). Wie damals kennt auch das seit 1898 in Kraft befindliche bürgerliche Gesetzbuch „Mimpo“ nur einen Ehebruch der Frau, aber nicht einen Ehebruch des Mannes. Das Tötungsrecht des Ehemanns, der seine Frau in flagranti ertappt, besteht zwar nicht mehr, aber doch wird ein derartiger Rächer seiner Hausehre nach ausdrücklicher Bestimmung des japanischen Strafgesetzbuches äußerst milde bestraft. Eine Frau dagegen, welche etwa ihren Ehemann anfallen würde, wenn er in ihrer Gegenwart mit einer seiner zahlreichen Geliebten allzu frei verkehrt, würde noch strenger bestraft werden als ein gewöhnlicher Missetäter, da sie die Gehorsamspflicht gegen ihren Mann — die erste weibliche Tugend nach japanischen Begriffen — gröblich verletzt hat. Die ganze Erziehung der Frau ist von Kindheit an darauf gerichtet, aus ihnen gehorsame Töchter und gehorsame Frauen und Mütter zu machen. Ein persönlicher Wert kommt den Frauen nicht zu. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Fortpflanzung des Geschlechts, um die Weiterführung des Ahnenkultus zu ermöglichen. Auch heute noch ist die Frau nur auf das Innere des Hauses angewiesen, sie ist noch ebenso lediglich die Sklavin des Mannes wie zu früheren Zeiten, die einzig und allein dazu da ist, ihm den Haushalt in Ordnung zu halten und die Kinder zu beaufsichtigen. Fast nie wird man wie bei uns ein Ehepaar zusammen ausgehen sehen, vielmehr ist es stets der Mann allein, welcher seine Besuche macht oder spazieren geht; begehrt er anderweitig weibliche Bedienung oder „Zerstreuung“, so geht er in die sogenannten Teehäuser, in die Hotels oder in das öffentliche Zirkel. Die japanische Ehefrau empfindet zwar im allgemeinen diese Sitte nicht als drückend oder ihrer unwürdig, weil sie eben von Jugend auf daran gewöhnt ist. Anders natürlich die japanische Ehefrau der höheren Gesellschaftsschichten, welche wenigstens in den Küstenstädten hier und da mit europäischen oder amerikanischen Frauen in Berührung kommt. Eines Tages wird auch in Japan eine Frauenbewegung einsetzen, um die Frau aus einer Sklavin des Mannes zu seiner Genossin zu machen. Die rapide wirtschaftliche Entwickelung bürgt dafür.

Die echten Panamahüte, auch Guayaquilhüte genannt, werden aus Bombanassa oder Bombonaxa gefertigt. Gewonnen wird dies Material von einer den Palmen nahestehenden Pflanze, Carludovica palmata, die vom westlichen Brasilien und Peru bis Mittelamerika heimisch ist. Die Pflanze wird in den Gewächshäusern unserer botanischen Gärten wie auch in manchem Privatgarten kultiviert. In größeren handeltreibenden Sortimentsgärtnereien ist die Pflanze gleichfalls anzutreffen; doch bildet sie, da sie für die Pflege im Zimmer ungeeignet ist, keine eigentliche Handelspflanze. Wo die Pflanze bei uns in der feuchtwarmen Luft des Gewächshauses gezogen wird, gedeiht sie zwar ganz gut, aber sie erreicht hier doch nie die Dimensionen wie in ihrer Heimat. Die Pflanze ist stammlos. Auf den bis 3 Meter und darüber langen Blattstielen stehen die über 1 Meter breiten fächerförmig gefalteten Blätter. Die einzelnen Blätter haben eine Aehnlichkeit mit der bekannten Fächerpalme, die vielfach im Zimmer gepflegt wird.

Das für die Panamahüte benötigte Material wird von den jungen noch nicht entfalteten Blättern dieser Pflanze gewonnen. Man schneidet die Blätter, wobei man möglichst auf gleiche Größe achtet. Dann werden die Blätter in Wasser gekocht und, geschützt vor den Sonnenstrahlen, an der Luft zum Trocknen aufgehängt. Bevor die Blätter ganz trocken sind, werden sie in Streifen von gleicher Breite gespalten; nun läßt man den Trockenprozeß beenden, wobei die einzelnen Streifen sich der Länge nach derart krümmen, daß die Ränder einander berühren. Das Kochen und Trocknen wird zumeist von Frauen besorgt; je nach der Witterung erfordert diese Arbeit einen Zeitraum von zwei bis sechs Wochen. Das Kochen erfordert die größte Uebung insofern, als von diesem Prozeß zur Hauptsache die Qualität des Materials bestimmt wird.

Aus dem sogenannten Rohmaterial wird der Hut geflochten, der dann geglättet, mit Seife und Zitronensaft gewaschen und im Schatten getrocknet wird. Der Hauptsitz der Fabrikation der Panamahüte befindet sich zurzeit in Ecuador, von hier aus hat sich dieselbe auch über den ganzen Heimatsdistrikt der das Material liefernden Pflanze verbreitet.

Auch aus Japan werden unter der Bezeichnung „Panamahüte“ Kopfbedeckungen importiert, die den echten Hüten im Aussehen ziemlich gleichkommen. Diese japanischen Hüte werden auch in ähnlicher Weise fabriziert. Das Rohmaterial liefert jedoch der Schraubenbaum, Pandanus, eine Pflanze, von der kleine Exemplare vielfach als Zimmerpflanze gepflegt werden. Als echte Panamahüte können die japanischen Fabrikate aber nicht gelten.

Humor und Satire.

— Gut versehen. Geheimrat: „Dem armen Mann kannst Du einen alten Rock von mir schenken; schau aber nach, daß kein Orden mehr dran hängt!“

— Verboten. Bürgermeister: „Du, das Taferl „Baden ist verboten“ stellst verkehrt auf, damit sie's erst lesen können, wenn s' im Wasser drin sind!“

— Neue Sorge. Lebemann: „Höchst unangenehm! Kaum hat man sein Auto zur Hälfte abgezahlt, kommt das lenkbare Luftschiff daher!“

— Alles wie daheeme. Sachse (in den Alpen): „D' reenste Sächs'sche Schweiz!“

(„Meggendorfer-Blätter.“)

Notizen.

— Ein neuer Luftschiffererfolg. Der Luftschiffer Delagrange unternahm Montag abend neunmal den großen Platz in Mailand mit seiner lenkbaren Flugmaschine und legte 15 Kilometer in 16½ Minuten zurück.

— Der Gebrauch des Pferdefleisches zur menschlichen Nahrung ist in den Kulturländern schon viel älter, als man gewöhnlich glaubt. Schon im Beginn der christlichen Zeitrechnung wurde der Name „Pferdefleischesser“ von den Griechen als Bezeichnung für verschiedene Völkerschaften angewendet. Herodot erzählt, daß die Perser an Geburtstagen ihre Tafeln mit im ganzen gebratenen Pferden zu besetzen pflegten; Chinesen, Tataren, Kosaken und viele andere asiatische und afrikanische Völkerschaften betrachten noch gegenwärtig Pferdefleisch als einen Leckerbissen. Bonifaz beschwerte sich bei dem Papste über das Pferdefleischessen der Deutschen. In Frankreich wurde im Jahre 1629 ein Pferdeknecht hingerichtet, weil er Pferdefleisch gegessen. In Paris wurde sein Genuß 1826 amtlich gestattet.

— Stachel- und Johannisbeeren. Weder Römer noch Griechen kannten diese beiden Kulturpflanzen. Sie kamen erst im 16. Jahrhundert in Kultur. Die Stachelbeere war schon im 12. Jahrhundert in einzelnen Gärten zu finden, wurde aber erst im 15. Jahrhundert allgemein. In dieser Zeit wurde die Johannisbeere als Medizin gebraucht. Beide sind aus dem Norden Europas allmählich nach dem Süden vorgerückt, ohne Zweifel von Skandinavien aus. Der Johannisbeerbaum wächst wild in Skandinavien, im nördlichen Rußland, in Sibirien, im Kaukasus und in Kleinasien.

in Betracht kommenden Berufsverbänden, bei der gesetzgebenden Körperschaft dahin zu wirken, daß der § 115 Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung vollständig gestrichen oder dahin abgemindert wird, daß der Arbeitgeber den Gehilfen Kost und Logis nicht gewähren darf."

Der Antrag wird durch Annahme der Resolution für erledigt erklärt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist

die Maifeier.

Hierzu liegt zunächst die Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Generalkommission vor:

„Zur Vorbereitung der Maifeier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der örtlichen und beruflichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem anderen Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Aussperrungen infolge der Maifeier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung vom Beginn der zweiten Woche gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und der Gewerkschaft an dem Orte, an welchem die Aussperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Ausgesperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht, oder reichen die Mittel eines solchen Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten am Orte von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen diese Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Aussperrung aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisationen berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen."

(Durch Abstimmung ist zu entscheiden, ob der Kongreß dieser Vereinbarung zustimmt.)

Gewerkschaftskartell und Vorstände der Zahlstellen der Zentralverbände in Frankfurt a. M. beantragen:

„Der Gewerkschaftskongreß möge beschließen: Die Generalkommission wird beauftragt, mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei erneut in Verhandlungen zu treten, um eine befriedigende Regelung der Unterstützungsfrage der bei der Maifeier Gemaßregelten zu erzielen, wie dies in den bekannten Vereinbarungen geschehen ist."

Die vereinigten Gewerkschaften Nürnbergs schlagen folgende Resolution vor:

„Die am 26. Mai im Gewerkschaftshause versammelten Delegierten der Gewerkschaften Nürnbergs haben sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Maifeier in der von der Generalkommission der Gewerkschaften mit dem Parteivorstande vereinbarten Form unmöglich durchgeführt werden kann. Die einzelnen Orte können nicht das Risiko tragen, das ihnen durch diesen Beschluß auferlegt wird. Praktisch bedeutet dieser Beschluß die Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Die versammelten Delegierten der Nürnberger Gewerkschaften verkennen nicht die Schwierigkeit, welche die Maifeier bisher schon den Gewerkschaften und der Partei verursacht hat. Die Gewerkschaftsvertreter fordern deshalb zum mindesten eine klare Stellung vom Gewerkschaftskongreß in Hamburg und eine einheitliche Kundgebung entweder für oder gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai mit der Maßgabe, daß, im Falle Arbeitsruhe im Rahmen der Beschlüsse der internationalen Kongresse begutachtet werden sollte, das Risiko die Zentralverbände zu tragen haben, d. h. die Kosten aus den Hauptkassen zu decken sind.

Die Generalkommission ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die der Partei durch die Maifeier erwachsenden Kosten ebenfalls von der Zentralkasse getragen werden."

Schließlich beantragt das Gewerkschaftskartell Fürth:

„Der sechste Gewerkschaftskongreß wolle beschließen: In Zukunft ist von der Feier des 1. Mai durch Arbeitsruhe Abstand zu nehmen."

Die Unterstützung reicht bei diesem Antrage knapp aus.

Dißmann-Frankfurt a. M. erfüllt den Auftrag, die Frankfurter Resolution zu begründen: Die Ablehnung der Zentralen versetzt der Arbeitsruhe am 1. Mai den Todesstoß. Er schwächt die Entschlossenheit der Arbeiter und stärkt den Widerstand des Unternehmertums. Auch der Gedanke der Zentralisation muß darunter leiden. Die Vereinbarung zwischen Partei und Gewerkschaften war eine Enttäuschung; sie zwang auch die Zentralverbände, die schon aus der Zentralkasse die Maiunterstützung zahlten, davon zurückzukommen. Sie setzte schematisch und gewaltsam den Beginn der Maiunterstützung auf die zweite Woche zurück. Sie übersah, daß die Mittel, ob sie nun lokal oder zentral aufgebracht werden, doch von denselben Genossen getragen werden müssen. Deshalb sollte die Unterstützung in den Gewerkschaften wie in der Partei zentral geordnet werden. Das Motiv unseres Frankfurter Antrages war der Wunsch die Maifeier hochzuhalten und auch die Arbeitsruhe zu forzieren. Aber alle die aus irgend einem Motiv die Vereinbarungen für abänderungsbedürftig halten, können, gleichviel aus welchem Motiv, dem Frankfurter Antrag zustimmen, damit wir eine bessere Verständigung suchen. Nicht neue Disharmonien wollen wir wecken, sondern im Sinne der Beschlüsse von Stuttgart und Mannheim eine schönere Einigkeit herstellen.

Zur Begründung des Abkommens führte Legien aus: Gern würden wir eine Einigung unter besseren Bestimmungen suchen, aber auch der Vorredner hat den besseren Weg nicht gezeigt. (Sehr wahr!) Das Abkommen steht durchaus auf dem Boden der internationalen und nationalen Maifeierbeschlüsse und ändert eigentlich nichts an der bisherigen Praxis. Auch bisher gab es ja nur vereinzelt zentrale Unterstützungen, so im Metallarbeiterverband, allerdings unter Bedingungen, die die Maifeierruhe noch schwerer machen, als dieses Abkommen. Die Vereinbarung soll an dem bisherigen Charakter als Demonstration gar nichts ändern, sie will nur die Lasten gerechter verteilen. Es ging nicht länger an, daß der eine Teil die Beschlüsse faßte und der andere sie verantworten mußte. Wir wollen die Arbeitsruhe nicht einschränken, sondern sie soll durch einen einheitlichen Beschluß am Orte gleichmäßig geregelt werden. Gewiß sind wir alle Anhänger der Zentralisation, aber war denn die Maifeier bisher zentralisiert? Konnten wir denn bisher sagen, daß überall der 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen ist? So lange die Maifeier selbst nicht zentralisiert ist, kann man auch die Unterstützung nicht zentralisieren. Die örtliche Entscheidung wird das Verantwortlichkeitsgefühl stärken: sie erlaubt dem Idealismus, die Arbeitsruhe ein ganzes Jahr lang vorzubereiten. Niemand will auch eine Zentralkasse, die bisher schon Maiunterstützung gezahlt hat, hindern, das auch in Zukunft zu tun. Aber das soll unsere Vereinbarung leisten: Das Verantwortlichkeitsgefühl der örtlichen Instanzen schärfen und die rechtzeitige finanzielle Vorbereitung der Maifeier ermöglichen. Stimmen Sie dieser ersten einheitlichen Beschlußfassung in Sachen der Maifeier zu. (Lebhafter Beifall.)

Cohen-Berlin (Metallarbeiter): Ich bin autorisiert zu erklären, daß wir Metallarbeiter der Vereinbarung zustimmen. (Zurufe.) Ja, auch Dißmann! (Große Heiterkeit.) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Generalkommission und Parteivorstand noch einmal überlegen sollten, ob nicht für die Aufbringung der Mittel ein anderer Weg gefunden werden kann. Für die Schaffung eines Fonds am Orte wird vor dem 1. Mai wenig Stimmung sein. Die Motive des Frankfurter Antrages lehnen wir ab. Wir haben das größte Interesse daran, die Hauptkasse der Gewerkschaften nicht mit der Maiunterstützung zu belasten. Wir können nicht dieses Zentnergewicht als Ballast an den Beinen herumschleppen. Einige Schwärmer mit gutem Willen, die aber nicht mit den Beinen auf der Erde stehen, möchten ja die Arbeitsruhe um jeden Preis durchsetzen, aber dann müßten die Gewerkschaften alle ihre Einnahmen der Maifeier opfern. Ob das befriedigt, weiß ich angesichts des Schicksals der Buchbinder und der Berliner Metallarbeiter nicht. (Heiterkeit.) Uns ist in den Großbetrieben durch die Streitigkeiten über Feiern und Nichtfeiern eine zehnjährige Organisationsarbeit vernichtet worden und ein Schaden entstanden, den kein Geld wieder gutmachen kann. Mit einem Schlage ist die Arbeit von Hunderten und Tausenden von Kollegen vernichtet worden. Nicht nur finanziell, auch moralisch hat unser Verband Niederlagen erlitten. Wer es mit der Großindustrie und einem brutalen Unternehmertum zu tun hat, muß vorsichtig sein. Im Interesse der Arbeiter und der Gewerkschaften verlangen wir für die Arbeitsruhe am 1. Mai doppelte Vorsicht. (Lebhafter Beifall.)

Neumann-Hamburg (Holzarbeiter): Die Opposition gegen die Vereinbarung richtet sich in erster Linie gegen die Art, wie die Unterstützung geregelt wird. Damit wird zugegeben, was bisher immer bestritten wurde, daß ein großes Risiko mit der Maifeier verbunden ist. Wie oft wurde einzelnen Führern vorgeworfen, sie bremsten ganz unberechtigt, die Maifeier sei ganz gefahrlos. Dann wendet sich die Opposition gegen die lokale Entscheidung. Es ist gewiß bequemer, eine kräftige Mairede zu halten oder flotte Artikel für die Maifeier zu schreiben, als selbst ins Geschirr zu gehen und sich Kenntnis von den internen Verhältnissen zu verschaffen. (Heiterkeit.) Vor Beginn der Maifeier soll man jetzt die örtlichen und beruflichen Verhältnisse abschätzen. So wird durch die Vereinbarung das Verantwortlichkeitsgefühl gestärkt. Die Vereinbarung steht durchaus in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der deutschen Delegation in Stuttgart. Die Zentralisation baut sich aus den Mitgliedschaften der verschiedenen Orte auf. In den allermeisten Zahlstellen kann an eine Maifeier nicht gedacht werden, die nur in den gut organisierten großen Industrieorten möglich ist. Wenn nun aus den Zentralkassen die Maifeierunterstützung gezahlt wird, müssen dann nicht die Kollegen in den kleinen Orten sich sagen: Wir zahlen und zahlen, unsere Lohnbewegungsansprüche werden zurückgewiesen, nur weil sich Hamburg oder Berlin wieder einmal eine kostspielige Maifeier geleistet haben. (Sehr wahr!) Unser Verband stimmt der Vereinbarung in ihrer Grundform zu. Wir haben auf unserem Verbandstage in Stettin unsere Erfahrungen über die Maifeier ausgetauscht und diese Erfahrungen mußten zu den schwersten Bedenken Anlaß geben. Unsere bisherigen statutarischen Bestimmungen über die Maifeierunterstützung sollen nur so lange gelten, als die Vereinbarung noch nicht definitiv ist. Die Regelung, wie sie vorgesehen ist, entspricht den Interessen der Organisationen durchaus.

Knoll-Berlin (Steinsetzer): In der Gewerkschaftsbewegung wie in der Gewerkschaftskommission gehen die Ansichten über die Maifeier weit auseinander und doch sind wir in der Generalkommission zur einstimmigen Annahme der Vereinbarung gekommen. Die Steinsetzer haben stets den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert aus Idealismus und ohne Unterstützungen. Ueberhaupt sollte man die Unterstützungsfrage nicht so sehr in den Vordergrund schieben. Die Maifeier ist die Revolution eines Tages, die Empörung, die schrankenlose Freiheit. Wollen Sie die Revolution auch abhängig machen von dem Vorhandensein ausreichender Unterstützungen? (Heiterkeit.) Stimmen Sie den Vereinbarungen ruhig zu.

Herrmann-Nürnberg (Schuhmacher): Auch wir freuen uns ja, daß in dieser Frage eine Annäherung zwischen Partei und Gewerkschaften erfolgt ist, aber dieses Abkommen erschwert die Arbeitsruhe, ja macht sie unmöglich. Bisher konnten wir den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen, wo das Organisationsverhältnis gut war. Jetzt sollen wir auf die örtliche Unterstützung und alle anderen Gewerkschaften am Orte warten. Das kann nicht unser Wille sein. Mögen Parteivorstand und Generalkommission ein anderes Abkommen treffen zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai. (Beifall.)

Leber-Jena: Alle Redner außer Cohen haben sich bemüht, die sachlichen Momente hervorzuheben. Das ist gegen Köln ein bedeutender Fortschritt. Cohen war zu seiner Rede von den Metallarbeitern nicht autorisiert. (Lebhafter Widerspruch.) Wir wollten einheitlich dem Abkommen zustimmen, aber nicht wieder sein uraltes Lied hören. (Zuruf: Ein schönes Lied!) Legien schloß mit der Hoffnung, daß wir doch noch stark genug werden würden, die Maifeier würdig zu begehen. Cohen sagte das direkte Gegenteil. Können wir einen solchen Widerspruch zwischen zwei Mitgliedern der Generalkommission in die Welt hinausgehen lassen? (Cohen ruft: Warum nicht?) Auch wir sind nicht leichtsinnig; aber selbst an kleineren Orten feiert die Arbeiterschaft den 1. Mai immer mehr durch Arbeitsruhe, so daß es ganz zwecklos wäre, wollten wir ihre Beseitigung beschließen. In der Vereinbarung muß die Bestimmung gestrichen werden, daß den Ausgesperrten erst von der zweiten Woche an Unterstützung gewährt wird. Das können wir den Arbeitern, die ohnedies schwere Opfer bringen, nicht zumuten. Glaubte ich wie Cohen, daß wir auch in einem Jahrzehnt noch keine große und würdige Maifeier haben werden, so würde auch ich sagen: Schaffen wir sie ab, wir haben wichtigeres zu tun. (Heiterkeit.) Aber wir haben nicht immer Krisenzeit, und unsere großen Verbände dürfen nicht feige sein. Halten wir also fest an der Arbeitsruhe am 1. Mai! (Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Hamburg, den 23. Juni 1908.

Die Debatte über die Maifeier wird fortgesetzt.

Pöplow-Hamburg (Maurer): Der Wortlaut des Antrages Frankfurt ist ja ganz harmlos, so daß wir für ihn stimmen könnten. Er bezweckt ja nur die Nachprüfung der Vereinbarung durch Parteivorstand und Generalkommission. Aber wir müssen ja auch die Motive des Antrages berücksichtigen, und da möchte ich die Generalkommission dringend warnen, sich von den Motiven der Frankfurter leiten zu lassen. Wir sind ja alle Anhänger einer guten Zentralisation und einer wuchtigen Maifeiddemonstration, aber soweit kann die Zentralisation nicht gehen, daß wir die Maiausgesperrten aus der Zentralkasse unterstützen. Der Maurerverband hat den Zweck der Forderung der Maifeier nicht in seinem Statut und wird ihn auch nicht aufnehmen. Er wird sich das aber auch nicht vom Gewerkschaftskongreß hineinschreiben lassen. Die Maifeierzentralisation würde an dem Widerstand der einzelnen Zentralverbände scheitern. So mußte man zur Regelung der Maifeier in lokalem Rahmen kommen. Daß dabei manches noch nicht klappt, bedauern wir, können es aber nicht ändern.

Von Kloth-Berlin ist folgende Resolution eingegangen:

„Der Gewerkschaftskongreß nimmt die zwischen Generalkommission und Parteivorstand getroffenen Vereinbarungen betreffs der Maifeier als den gegebenen Verhältnissen entsprechend an, vermag aber eine endgültige Regelung der Maifeierfrage nicht zu erblicken.

Der Gewerkschaftskongreß ist vielmehr der Ansicht, daß Generalkommission und Parteivorstand zu weiteren Beratungen zusammentreten und zu prüfen haben, ob eine Durchführung der Arbeitsruhe, und eine ausreichende Unterstützung der wegen der Maifeier Ausgesperrten und Gemaßregelten, unbeschadet der sonstigen Aufgaben der Partei und Gewerkschaften, zu ermöglichen ist.

Je nach dem Ausfall dieser Beratungen sind den zuständigen Instanzen geeignete Vorschläge zu machen, welche dann über die Maifeier endgültig zu beschließen haben."

Brünn-Ludwigshafen (Fabrikarbeiter): Entscheiden über die Maifeier darf nur, wer für den Beschluß nachher die Verantwortung trägt. Damit ist die finanzielle Gefahr der Maifeier beseitigt. Eine andere Regelung war unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu erreichen. Auf den Idealismus ist der Magen bekanntlich sehr schlecht zu sprechen. Die Aussperrung kann ja auch viele Tage dauern, da können wir die Arbeiter doch nicht hungern lassen. Bessere Vorschläge für die Gestaltung der Maifeier hat niemand gemacht, weil wir zu schwach sind, die Arbeitsruhe einheitlich in ganz Deutschland herbeizuführen. Hoffen wir, daß wir recht bald stark genug dazu werden. Jeder Ausbau unserer Organisationen ist zugleich ein Beitrag zur besseren Lösung der Maifeierfrage.

Massatsch-Stuttgart (Metallarbeiter): Die Metallarbeiter haben sich bis auf zwei gegen den Frankfurter Antrag erklärt. Sie stehen grundsätzlich auf dem Boden der Vereinbarung, wünschen nur eine erneute Beratung der beiden Instanzen, um eine bessere Form für die Aufbringung der lokalen Mittel zu suchen. Zum großen Teil sind wir allerdings auf Grund unserer Erfahrungen für eine Forcierung der Maifeier nicht zu haben. Das tun wir nicht aus Kassengeist, obwohl es uns auch nicht gleich sein kann, wenn wir Tausende zwecklos ausgeben, sondern weil unsere Organisationen durch die Maifeier zerrüttet, vernichtet werden. Ueber den „Kassengeist" hat ja erst jüngst Parvus eine Broschüre mit sehr viel Theorie, sehr viel Phantasie und sehr wenig Erfahrung geschrieben. Aber gerade der Klassenkampf wird gefährdet, wenn die tüchtigsten und tätigsten Gewerkschaftler alljährlich hinausgeworfen werden. Seien wir also mit der Arbeitsruhe recht vorsichtig. Am besten freilich machen wir mit der Arbeitsruhe am 1. Mai ganz Schluß. (Beifall.)

Cohen-Berlin (Metallarbeiter): Ich stelle zunächst richtig, daß Dißmann nicht auf dem Standpunkt der übrigen Metallarbeiter steht. Man wirft uns vor, wir wahrten nicht den Klassenkampfcharakter. Aber die alljährlichen Maikämpfe hindern uns gerade, Kämpfe für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen. Wir wollen diesen Kampf nicht mit Phrasen, sondern in Wirklichkeit führen. Leber beurteilt die Verhältnisse genau so wie ich, aber er bringt es nicht fertig, daraus die logischen Konsequenzen zu ziehen. Ich will den Streit mit ihm auf unsern nächsten Verbandstag vertagen, aber ich sage ihm in aller Freundschaft: „Kauf Dir bis dahin für fünf Pfennig Logik, damit Du nicht unter den Wagen kommst! (Große Heiterkeit.)

Rößler-Altenburg (Fabrikarbeiter): Nachdem die überwiegende Mehrzahl der deutschen Gewerkschaftler sich überzeugt hat, daß wir die Macht nicht haben, die Maifeier einheitlich zu gestalten, ist das Festhalten an der Arbeitsruhe zwecklos. Haben wir also den Mut, dies offen zu sagen. Die meisten Anträge wollen die Entscheidung noch weiter hinauszögern und die Unsicherheit verewigen. Einen besseren Vorschlag zur Regelung der Frage hat auch niemand gemacht.

Thiede-Hamburg: Parteivorstand und Generalkommission haben sich über die schwierige und strittige Frage geeinigt. Wir können ihm nur zustimmen. Eine Erweiterung der Arbeitsruhe können wir nicht annehmen. Am liebsten möchten wir den gordischen Knoten durchhauen, und das Hinderliche, Veraltete und Ueberlebte ganz beseitigen. Damit arbeiten wir für das, wofür wir am 1. Mai demonstrierten. Bei den Verhältnissen der Großbetriebe mit ihrer besonderen Disziplin ist die Taktik der eintägigen Revolution nicht mehr möglich. Was wir für den 1. Mai fordern, haben wir zum Teil schon praktisch durchgeführt. Die Wirkung unserer Demonstration gefährdet das Errungene. Das wird Zeit und Erfahrung auch die Rabiaten lehren. (Beifall und Widerspruch.)

Inzwischen ist folgende Resolution Körsten eingegangen:

„Der 6. deutsche Gewerkschaftskongreß stimmt der Vereinbarung von Parteivorstand und Generalkommission mit dem Ersuchen zu, noch einmal zu prüfen, ob es nicht möglich ist, eine andere örtliche Regelung der Unterstützungsfrage herbeizuführen.

Wittig-Frankfurt a. M. (Brauereiarbeiter): Ich kann die Befürchtung der Gewerkschaften nicht von der Hand weisen. Ich bin Anhänger der Maifeier, aber ich springe nicht mit beiden Füßen hinein. An der Vereinbarung hat mir nicht gefallen, daß, wenn die örtlichen Instanzen alles Geld aufbringen, ihnen Vorschriften über die Unterstützungsart gemacht werden sollen. Vor allem aber möchte ich betonen, daß die Maifeier auch auf die Streikbewegung günstig eingewirkt hat. Deshalb stimme ich der Resolution Kloth zu.

Metallarbeiter Orhölzer-Stuttgart: Die Generalkommission war bei den Verhandlungen in einer sehr schwierigen Lage. Sie konnte weder selbst bewirken noch für die Abschaffung der Arbeitsruhe plädieren. Da müssen wir ihr für die erzielte Resolution dankbar sein. Aber in der Sache selbst ist die Maifeier ganz ohne Erfolg geblieben. Mancher hat leider nicht den Mut, der Katze die Schelle umzuhängen. Ich aber sage, daß die Maifeier eine alljährlich **mißlungene Demonstration** ist. Eigentlich sollte doch nur gefeiert werden, wo keine Schädigung eintritt. Da aber brauchten wir die ganze Unterstützungsfrage nicht erst zu diskutieren.

Dißmann-Frankfurt a. M.: Der Frankfurter Antrag will lediglich neue Verhandlungen zwischen der Generalkommission und dem Parteivorstand herbeiführen, um eine bessere Lösung der Unterstützungsfrage zu finden. Die Frankfurter erwarten dabei nicht vom Kongreß, daß er selber sagen werde, in welchem Sinne er Aenderungen wünsche. Wenn durch die Maifeierunterstützung irgend eine Belästigung der Zentralkasse herbeigeführt wird, so wäre es nur konsequent, daß mit der Arbeitsruhe überhaupt Schluß gemacht werde. Ich meine aber, daß man nicht gleichzeitig der Vereinbarung zustimmen und sagen kann, daß sich die Mehrheit für die Beseitigung der Arbeitsruhe erkläre. Dann hat es wenig Wert, an der Maifeier herumzudoktorn. Wir sollten alles tun, um nicht erneut Streitfragen zwischen Partei und Gewerkschaft aufzurollen. Andererseits muß in der Maifeierfrage, über die jetzt jedes Jahr diskutiert wird, endlich eine Klärung erfolgen. Die Unterstüung der Maiausgesperrten auch durch die Parteiorganisationen führt zu einer Doppelbesteuerung der meisten Parteigenossen. Auch das müßte geändert werden. Es ist gesagt worden, die Arbeiter selber hätten die Lust an der Maifeier verloren. Wenn ein Teil sie wirklich verloren haben sollte, so vielleicht auch wegen des jahrelangen Streites, vielleicht auch deshalb, weil der Standpunkt manchen Zentralvorstandes den Massen das Vertrauen zur Durchführung der Maifeier genommen hat. (Widerspruch und Zustimmung.) Ich stehe — das erkläre ich offen — auf dem Boden des Frankfurter Antrages und seiner Motivierung, und werde entsprechend meiner Ueberzeugung stimmen. (Beifall.)

Glocke-Berlin: Wohl die gesamte organisierte Arbeiterschaft hat die Vereinbarung mit Freuden begrüßt, da die Maifeierfrage seit Jahren Partei und Gewerkschaft beunruhigt und die Debatte darüber zu ihrer Ausbreitung wahrlich nicht beigetragen hat. Gegen die Uebertreibungen, die die Redner des Metallarbeiterverbandes heute begangen haben, will ich nicht polemisieren, sondern nur zur Sache bemerken, daß ich den Passus der Vereinbarung über die Unterstützung so verstanden habe, daß die Zentralverbände in bezug auf ihre Regulierung autonom bleiben und prüfen können, ob die Lokalorganisationen alles Nötige leisten können. Nach manchen Reden, die wir heute gehört haben, könnte aber der Anschein entstehen, als hätten die Zentralvorstände den Passus, Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und der Gewerkschaften haben die Gemaßregelten, nicht besonders gewünscht, um die Maifeier nach und nach zu unterbinden. Ich möchte daher empfehlen, diesen Passus zu streichen oder wenigstens diesen Wunsch der Generalkommission für neue Verhandlungen mit dem Parteivorstand mit auf den Weg zu geben.

Hübsch-Berlin: Ich kann für die Gesamtorganisation der Textilarbeiter erklären, daß uns die Vereinbarung befriedigt. Verschiedene Streitpunkte sind dadurch beseitigt worden und die Bestimmung, daß auch die Partei für die Kosten der Maifeier beizutragen hat, wird hier in vielen Fällen die notwendige Vorsicht

geben, die bisher die Gewerkschaft allein üben mußte. Die Generalkommission war redlich bemüht, einen gangbaren Weg in der Unterstützungsfrage zu finden. Das schließt aber nicht aus, daß noch ein besserer gefunden werden kann. Deshalb werden wir für die Resolution Kloth stimmen.

Kloth-Berlin begründet seine Resolution und erweitert sie, indem er dem Satz: „Der Kongreß ist der Ansicht, daß Generalkommission und Parteivorstand zu weiteren Beratungen zusammenzutreten und zu prüfen haben, ob eine Durchführung der Arbeitsruhe und eine ausreichende Unterstützung unbeschadet der sonstigen Aufgaben der Partei und der Gewerkschaften zu ermöglichen ist", die Worte hinzuzufügen: „oder nicht". — Der Redner glaubt nicht, daß es möglich sein wird, die Arbeitsruhe weiter auszudehnen. Entscheidend dafür sei die Unterstützungsfrage. Eine endgültige Regelung könne aber nur der nächste internationale Kongreß treffen. Der ungewisse Zustand könne jedenfalls nicht andauern. Der Redner steht auf dem Standpunkt, den der Frankfurter Arbeitersekretär Dittmann in der „Neuen Zeit" entwickelt hat: „Besser ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!"

Legien: Ich hatte angenommen, daß es zu einer Diskussion der Frage „Arbeitsruhe oder nicht" garnicht kommen werde, ja ich sehe darin geradezu einen Disziplinbruch. (Zustimmung.) In Köln auf dem Gewerkschaftskongreß hatten wir einen Beschluß nicht gefaßt. Als Beschluß galt vielmehr, was Bömelburg als Ergebnis der Debatten verkündete: wir halten an dem Amsterdamer Beschluß auf Arbeitsruhe fest, wir wollen aber, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß sich die maßgebenden Körperschaften über die Maifeier einigen und daß dann auf dem internationalen Kongreß die Frage nicht nebenbei, sondern gründlich besprochen wird. Nachdem dann die deutsche Delegation in Stuttgart sich geeinigt hatte, erschien eine Erörterung der Maifeierfrage auf dem internationalen Kongreß selbst nicht notwendig. Angesichts dieser Tatsache erscheinen hier die Ausführungen gegen die Arbeitsruhe, wie wir sie heute gehört haben, geradezu als ein Mißtrauensvotum gegen die deutsche Delegation in Stuttgart. (Beifall.) Wir sind jetzt gebunden, wir und das internationale Proletariat. Beschließen Sie meinetwegen, daß vor dem nächsten internationalen Kongreß noch ein deutscher Gewerkschaftskongreß wegen der Maifeierfrage einberufen werde. Aber jetzt können wir nichts anderes tun.

Nun zu der Vereinbarung! Es wird vielfach so dargestellt, als bringe sie eine Aenderung der bisherigen Zustände. Das ist nicht der Fall; nur geregelt und damit verbessert sind die Zustände worden. Die Unterstützung der Ausgesperrten aus den Zentralkassen wurde auch vorher vereinzelt gewährt, und ihre Gewährung ist an sehr bestimmte Kautelen geknüpft. Die Vereinbarung sagt nun mit keinem Wort, daß die Unterstützung aus den Zentralkassen aufzuhören habe, nur ein Anspruch darauf wird nicht gewährt. Die Redewendung ist mit voller Absichtlichkeit gewählt, um die Einrichtung dort, wo die Zentralverbände sie schon haben, nicht zu durchbrechen. Die Vereinbarung verbietet auch durchaus nicht, die Unterstützung schon vor der zweiten Woche zu gewähren. Wir wollten eigentlich beschließen, daß aus den Zentralkassen Unterstützungen zu gewähren sind, der Gewerkschaftskongreß kann es nicht, die Generalkommission erst recht nicht. Es können nur die einzelnen Zentralverbände. Sorgen Sie doch in Ihren Organisationen dafür, daß es geschieht. (Heiterkeit.) Das beste wäre, die Anträge würden zurückgezogen, die nochmalige Verhandlungen zwischen Generalkommission und Parteivorstand wünschen. Es ist Zeit, daß in der Maifeierfrage Ruhe eintritt. Lassen Sie uns doch erst einmal versuchen, auf Grund dieser Vereinbarung zu arbeiten, damit endlich einmal ein fester Boden für die Maifeier gefunden wird. (Beifall.)

Ein

Schlußantrag

wird angenommen, nachdem drei vorhergehende Anträge abgelehnt worden sind. Zunächst wird

die Vereinbarung zwischen Generalkommission und Parteivorstand vom Kongreß mit allen gegen 22 Stimmen gutgeheißen,

dann wird die Frage, ob die Generalkommission bis zum nächsten Gewerkschaftskongreß mit dem Parteivorstand noch einmal über die Maifeier verhandeln soll über eine anderweitige Regelung der Unterstützungsfrage, mit 178 gegen 101 Stimme bejaht. Die gestellten Anträge werden hier als Material überwiesen. Der Antrag Fürth auf Beseitigung der Arbeitsruhe wird, weil es zur Kompetenz des Kongresses gehört, diese Frage grundsätzlich zu entscheiden, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Letzter Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist der

Bericht des Zentral-Arbeitersekretariats.

Ihn erstattet Abg. Robert Schmidt-Berlin: Das Zentral-Arbeitersekretariat ist in einem ständigen Aufschwung begriffen. Es hat das volle Vertrauen der ratsuchenden Arbeiter und der Gewerkschaftskartelle. Auch die Arbeitersekretariate entwickeln sich immer erfreulicher. Eine dringende Aufgabe für diese wertvolle Schöpfung der Arbeiterschaft ist die bessere Ausbildung der Arbeitersekretäre durch besondere Fachlehrer. Schwierigkeiten wird es nur auf den kleineren Sekretariaten machen, die Sekretäre auf vier Wochen vom Dienste zu befreien und vertreten zu lassen, aber diese Schwierigkeit ist nicht unüberwindlich. Die preußische Regierung, die sonst ja für praktische Sozialpolitik nichts übrig hat, hat auf Anregung des Abgeordneten- und Herrenhauses Subventionen für städtische Rechtsauskunftsstellen geschaffen. Uns lassen diese Auskunftsstellen sehr kalt; denn wir haben doch das Vertrauen der Arbeiter.

Die Arbeitersekretariate gewinnen durch ihre Tätigkeit wichtiges sozialpolitisches Material, wie es zum Beispiel der Genosse Linde-Königsberg jüngst über die Gründe des Kontraktbruches veröffentlicht hat. Dieses Material einheitlich zu bearbeiten, ist eine weitere dringende Aufgabe. Seit langem steht die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung auf der Tagesordnung. Unserer Ueberzeugung nach kann sie nur segensreich wirken, wenn man sich zu der Entschiedenheit aufschwingt, die Zersplitterung von Grund auf zu beseitigen und eine einheitliche Organisation der Versicherungen, einschließlich der Witwen- und Waisenversicherung, unter maßgebendem Einfluß der Arbeiter herbeizuführen. In dieser Beziehung haben uns die Vorschläge des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg vollständig enttäuscht. An einer Zuziehung der Arbeiter für Unfallversicherung liegt uns nichts. Sie bleibt ein wertloses Dekorationsstück wie in der Invalidenversicherung. Eine Reihe dieser Reformvorschläge bedeutet sogar eine schwere Schädigung erworbener Rechte der Arbeiter. Der Zugang zum Reichsversicherungsamt soll erschwert werden, um seiner Ueberlastung zu begegnen. Aber bei dem summarischen und formularmäßigen Verfahren der Schiedsgerichte legen wir den größten Wert darauf, daß den Arbeitern eine zweite Instanz offen bleibt. Im übrigen verlangen wir bei Unfall- und Invaliditätssachen die Zuziehung der Arbeiter zu den Rentenfestsetzungskommissionen.

Sehr bedenklich ist die Stellungnahme der Aerzte bei den Berufsgenossenschaften, die viel Unheil stiftet, weil die Aerzte sich einer Simulationsriecherei befleißigen, die sich nachträglich als ganz grundlos erweist. Ich möchte von dieser Stelle aus an die Aerzte die dringende Mahnung richten, mit größter Vorsicht und Objektivität zu verfahren. Sehr großen Wert legen wir auf eine Erweiterung des Begriffs des Betriebsunfalls. Schwere Berufskrankheiten suchen die Arbeiter in der chemischen Industrie, im Bergbau und besonders in den Zinkhütten heim. Die Zinkhütten bilden vielfach ein Bild der Verwüstung und des Jammers, sie sind eine wahre Hölle für die Arbeiter. Diese armen Arbeiter sind jetzt nur auf das winzige Krankengeld angewiesen. Die Krankenkassen, gegen deren Selbstverwaltung sich fortwährend schwere Angriffe richten, sind ihren Aufgaben in immer wachsenderem Maße gerecht geworden, die Angriffe gegen sie sollen nur verdecken, wie geschickt intelligente Arbeiter die Verwaltung führen. Die Krankenkassen sind der wertvollste Teil unserer Versicherungsgesetzgebung. Sonst sind wir sehr weit von der Erfüllung der Forderungen entfernt, die wir immer wieder stellen müssen: daß der soziale Gesetzgeber die Verpflichtung einlösen muß, diejenigen, die für Industrie und Handwerk, Handel und Landwirtschaft ihre Kräfte und ihre Gesundheit einsetzen, vor allen Gefahren ihrer Tätigkeit zu schützen.

Die weiteren Verhandlungen wurden sodann auf Mittwoch vormittag vertagt.

5. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Gestern begann in Eisenach im Kurhaus Hotel Fürstenhof der 5. Ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Auf der Tagesordnung stehen vor allem die Berichte der Organe des Zentralverbandes über ihre Tätigkeit im Geschäftsjahre 1907, der Bericht des Vorstandes, der Bericht des Sekretärs, der über die Tätigkeit des Tarifamtes und über die Entwickelung der Unterstützungskasse. Diese Berichte liegen ausführlich in einem stattlichen Bande von mehr als 600 Seiten bereits gedruckt vor. Aus dem Berichte des Vorstandes und des geschäftsführenden Sekretärs ist folgendes hervorzuheben: Die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften ist von Ende 1906 bis Ende 1907 von 929 auf 985 gewachsen, die Mitgliederzahl von 781 000 auf 885 000, die Zahl der Verkaufsstellen von 2300 auf 2560, die Zahl der in der Warenverteilung beschäftigten Personen von 8500 auf 10 300, die Zahl der in der Eigenproduktion beschäftigten Personen von 2155 auf 2449. Der Umsatz der Konsumvereine betrug Ende 1906 258 Millionen, für das Geschäftsjahr 1907 303 Millionen. Der Bruttoertrag in den beiden Jahren 41 und 47 Millionen, der Gewinn der Konsumvereinsmitglieder, den man richtiger als Erübrigung bezeichnet, 21 Millionen gegen 19,3 Millionen im Vorjahre. Aehnliche Fortschritte wie die Konsumvereine selbst, hat die Großeinkaufsgesellschaft gemacht, die jetzt ihr 14. Geschäftsjahr beendet hat. Die Zahl der angeschlossenen Konsumvereine ist auf 500 gestiegen, die Zahl der bei ihr kaufenden Konsumvereine auf 1400. Der Umsatz hat sich von 46 auf 60 Millionen Mark, also um fast 30 Proz. gesteigert. Ganz besonders eindringlich begründet der Bericht in langen theoretischen und praktischen Ausführungen das Recht der Konsumvereine, gleich den Kartellen und Syndikaten und den Staatsbetrieben auch ihrerseits zur Regelung der Produktion und des Konsums auf dem Boden **absoluter politischer Neutralität** beizutragen. Diese Neutralität wird immer und immer wieder nach allen Richtungen hin betont. **Mit aller Entschiedenheit bestreitet der Bericht,** daß die Konsumvereine auch da, wo ihre Mitglieder überwiegend Sozialdemokraten seien, irgend etwas mit dieser zu tun hätten. Jede politische Ueberzeugung habe in den Konsumvereinen ebenso völlige Freiheit wie jede Konfession, und selbst von einem wirtschaftlichen Sozialismus könne nicht gesprochen werden, weil dieser eine Wirtschaftsform der Zukunft, der Konsumverein aber eine solche der Gegenwart sei.

Der Bericht über die Tätigkeit und Erfolge der Konsumvereine des Zentralverbandes wird ergänzt durch eine Uebersicht über die Entwickelung des Genossenschaftswesens in Deutschland überhaupt und über die internationalen Beziehungen der Genossenschaften. Die deutschen Genossenschaften sind zusammengefaßt in vier großen Verbänden: dem Allgemeinen Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Schultze-Delitzsch) mit 700 000 Mitgliedern, überwiegend städtischen Handwerkern und Kaufleuten, dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, der sich von fünf Jahren von dem ersten Verbande abzweigte, mit ungefähr ebensoviel Mitgliedern, zu 76 Proz. Lohnarbeitern, dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen) mit 1½ Millionen Mitgliedern, in erster Linie Kreditgenossenschaften der Landwirte, und dem Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften mit 18 000 Mitgliedern. Es sind das Genossenschaften, die sich von dem Allgemeinen Verband abgezweigt haben, um mit der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse zu arbeiten. International hat die Genossenschaftsbewegung alle modernen Kulturländer ergriffen und macht überall staunenswerte Fortschritte, die geringsten in Belgien und Frankreich, wo sie politisch zersplittert ist. Der Internationale Genossenschaftsbund, der im vorigen Sommer in Cremona tagte, zählt Mitglieder sogar in Australien, Kanada, Westindien, der Kapkolonie und auf Cypern. Weitaus am stärksten ist England mit 871 Organisationen vertreten, demnächst Deutschland mit 88. Vorsitzender des Internationalen Genossenschaftsbundes ist der Leiter der schottischen Großeinkaufsgesellschaft Maxwell, Vorstandsmitglieder u. a. der frühere italienische Finanzminister Luzzati und der dänische Verkehrsminister Högsbro. Am 6. Juni sind die Delegierten von Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, England, Frankreich, Italien, Holland, Norwegen, Oesterreich, Rußland, Schottland, Schweden, der Schweiz und Ungarn in New-York versammelt, um die Gründung einer Internationalen Großeinkaufsgesellschaft zu beschließen.

In der

Vorversammlung

am Montag abend begrüßte der Präsident des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine Radestock-Dresden die Versammlung. Dann ergriff zunächst namens der dänischen Gäste Hansen-Kopenhagen das Wort. Er teilte mit, daß in Dänemark das Genossenschaftswesen erfreulichen Fortgang nehme. Prozentual sei die Zahl der Genossen in Dänemark größer als in Deutschland.

Dann sprach namens der englischen Großeinkaufsgenossenschaft Deans-London. Er pries die großen Erfolge auch der deutschen Genossenschaften und gab dann eine Uebersicht über die Tätigkeit der englischen Großeinkaufsgenossenschaft. Dieser gehören 1139 Vereine mit einem Kapital von 94 Millionen Mark an. Die englische Großeinkaufsgenossenschaft hoffe, mit der Zeit alle Produktionswaren selbst herstellen zu können. Der Redner hofft, daß durch eine internationale Allianz überall die Genossenschaften sich enger zusammenschließen zu Nutz und Frommen aller, die dem Genossenschaftswesen huldigen. (Lebhafter Beifall.) — Die Grüße der englischen Genossenschaften überbrachte der Delegierte Gray. Er wies auf das Anwachsen der englischen Genossenschaften hin. Der Mitgliederzuwachs im letzten Jahre betrage mehr als 50 000.

Für die niederländischen Genossenschaften sprach Unterstaatssekretär Elias: Es gibt viele Wege zur Verbesserung der Menschheit, aber der edelste ist das Genossenschaftswesen. Das Genossenschaftswesen kann aber nur dann **der edelste Weg sein, wenn es neutral ist,** d. h. frei von Politik und Religion. (Beifall.)

Namens der österreichischen Genossenschaften sprach Karl Nevole. Das Genossenschaftswesen werde in Oesterreich noch mehr angefeindet als anderswo. Denn kein Reich habe mit so desolaten politischen Verhältnissen zu tun und mit einer solchen Partei wie Oesterreich mit seiner christlich-sozialen Partei. Das sei aber nur ein Ansporn mehr für die Genossenschaften, die heute noch neutral seien, wobei man allerdings fragen müsse, wie lange das noch möglich sein werde.

Plüß-Basel übermittelt die Grüße der schweizerischen Konsumvereine.

Für Finnland sprach Karhusen.

Präsident Radestock dankte den Rednern. Das Gehörte werde den deutschen Genossenschaften ein Ansporn sein zu eifriger Mitarbeit.

Die

Hauptversammlung

am Dienstag wurde vom Vorsitzenden Radestock-Dresden mit begrüßenden Worten eröffnet. Als Vertreter der Großherzoglichen Staatsregierung war Bezirkskommissar König erschienen, für die Stadt Eisenach Oberbürgermeister Schmieder. Bezirkskommissar König dankte namens der Staatsregierung für die Einladung. Möge die fernere Entwickelung der deutschen Konsumvereine jeden Zweifel darüber beseitigen, daß die auf Verbesserung der Lebenshaltung gerichteten Bestrebungen sich in diesem Zweck vollständig erschöpfen. — Oberbürgermeister Schmieder hieß den Kongreß im Namen der Stadt willkommen. Die Bestrebungen der Genossenschaften sind mit die stärksten Ströme, die augenblicklich in unserem wirtschaftlichen Leben dahinfließen. Sie sind auf einem außerordentlich gesunden Gedanken begründet, auf einem Gedanken, der sich allmählich die Welt erobert. Was anders als ein genossenschaftlicher Gedanke ist es, wenn wir sehen, daß selbst das Großkapital sich jetzt zusammentut. Also auch in diesen Kreisen, für die ursprünglich der genossenschaftliche Gedanke nicht bestimmt war, gewinnt er immer mehr an Boden. Damit ist nicht gesagt, daß alle Formen des Genossenschaftswesens auch der Allgemeinheit günstig sind. Ich glaube nicht, daß der Genossenschaftsgedanke den Mittelstand schädigt. Der Mittelstand wird um so besser dastehen, je mehr er sich selbst dem Genossenschaftswesen zuwendet. Das Genossenschaftswesen dient allen denen, die sich ihm anschließen, und damit nicht zuletzt dem Gesamtorganismus, dem Staat. Gerade bei den Stadtverwaltungen stoßen Ihre Bestrebungen auf weitgehendste Sympathie, wenigstens soweit die Städte weiten Blick genug haben, zu erkennen, daß das Genossenschaftswesen nicht darauf abzielt, den Mittelstand zu untergraben. Ich hoffe, daß die Genossenschaften gemeinsam mit dem Mittelstand das Volkswohl fördern werden.

Darauf erstattete der Vorsitzende Radestock-Dresden den Geschäftsbericht, dessen wesentlichsten Inhalt wir oben wiedergegeben haben.

Aus Industrie und Handel.

Deutscher Außenhandel im Mai 1908.

Nach dem Maiheste 1908 der vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebenen monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands betrug im Mai d. J.:

Die Einfuhr 5 250 505 Tonnen verschiedene Waren, ferner 117 100 Stück (nämlich 2050 Stock Bienen, 10 086 Pferde und andere Tiere, 134 Fahrzeuge, 104 881 Uhren). Gegen den Mai des Vorjahres ist ein bedeutender Rückgang wahrnehmbar.

Die Ausfuhr 4 026 487 Tonnen verschiedene Waren, ferner 29 802 Stück (123 Stock Bienen, 522 Pferde und andere Tiere, 164 Fahrzeuge, 28 493 Uhren). Gegen den April d. J. zeigt die Ausfuhr einen starken Aufschwung, desgleichen gegen den Mai v. J.

In den fünf Monaten Januar bis Mai 1908 erreichte die Einfuhr 23 178 430 Tonnen verschiedene Waren gegen 23 679 139 Tonnen im Vorjahre, ferner 635 668 gegen 740 098 Stück. Der Rückgang beträgt rund 500 060 Tonnen, er ist besonders stark bei Erzeugnissen der Landwirtschaft usw., Spinnstoffen, Eisen und Eisenlegierungen.

Die gleichzeitige Ausfuhr machte 18 139 928 Tonnen verschiedene Waren aus gegen 17 630 043 im Vorjahr, ferner 169 050 Stück gegen 490 694 im Vorjahre. Die Ausfuhr zeigt demnach einen Aufschwung von über ½ Million Tonnen. Die Ausfuhr von Spinnstoffen und Waren daraus ist um über 22 000 Tonnen gefallen.

Die Kohlensyndikate in Rheinland-Westfalen und Schlesien haben bei den letzten Landtagswahlen zwei eifrige Vertreter im Abgeordnetenhause verloren. Nicht wiedergewählt wurde der Syndikus der Handelskammer zu Essen-Ruhr, Hirsch, Schwiegersohn des Generalsekretärs des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Herrn H. A. Bueck. Auch der Generalsekretär der Oberschlesischen Kohlenkonvention Dr. Bolz ist bei der Landtagswahl unterlegen. Neu in den Landtag eingetreten ist dagegen der Generalsekretär des Bundes der Industriellen, Dr. W. Wendlandt, Vertreter der verarbeitenden und fertigen Industrie, die zu den entschiedensten Gegnern der Preispolitik der Kohlenindustrie gehört.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein der Berliner Dienstmädchen hat nach seinem jüngsten Jahresbericht eine Mitgliederzahl von 456 zu verzeichnen, oder gegen das Vorjahr 54 mehr. Neueingetreten waren 252, aber eine große Zahl der Mädchen schied aus oder mußte ausgeschlossen werden, weil die Beiträge nicht gezahlt wurden und weil bei dem häufigen Stellenwechsel die Adressen nicht ermittelt werden konnten. Die „Monatsschrift" des Vereins hat eine Auflage von 1500 Exemplaren und ist außer in Berlin in Breslau, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, München, Wiesbaden und Hannover eingeführt. In allen übrigen Städten, wo Organisationen der Dienstboten bestehen, ist die „Gleichheit" das Vereinsorgan. Der Kassenbestand des Berliner Vereins beträgt 2108 M. Für die Agitation wurden im Berichtsjahre 339,80 M. ausgegeben, für Rechtsschutz 78,34 M., für die Unterstützung kranker Mitglieder 75 M. Acht öffentliche und zehn Vereinsversammlungen, in denen belehrende Vorträge gehalten wurden, fanden im Berichtsjahre statt. 32 000 Flugblätter, zum großen Teil von Arbeiterfrauen verbreitet, kamen zur Verteilung. Die Propaganda für den freien Arbeitsvertrag stößt noch überall auf harten Widerstand; es gelang nur in wenigen Fällen, Dienstgeber zum Abschluß eines solchen Vertrages zu bewegen. Neuerdings werden in Stuttgart und Heidelberg Anstrengungen gemacht, Dienstmädchenvereine zu gründen. Die meisten dieser Vereine sind überhaupt erst innerhalb der letzten zwei Jahre entstanden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Weißensee. Donnerstag, den 25. Juni, bei Roßkopf, König-Chaussee 38, Generalversammlung. Vortrag. Genosse Julius Cohn. „Die politische Gesetzgebung und die Frauen".

Versammlungen.

Wir werden um Aufnahme folgender Mitteilung gebeten:

„In Nr. 139 des „Vorwärts" befindet sich ein Versammlungsbericht des „Verbandes der Bauhilfsarbeiter, Sektion der Dachdeckerei-Hilfsarbeiter". In diesem sagt das Vorstandsmitglied Gräbert: „Der Asphalteurverband hat sich der Bewegung aus „unbekannt gebliebenen Gründen" nicht angeschlossen."

Wir möchten hierzu folgendes bemerken: Wenn der Bauhilfsarbeiter-Verband in eine Bewegung zum Abschluß bezw. Verlängerung der bestehenden Tarife mit den einzelnen Unternehmern eingetreten ist, so ist dieses ohne vorherige Benachrichtigung des Asphalteurverbandes geschehen. Deshalb konnte sich der unterzeichnete Verband auch dem Vorgehen nicht anschließen.

Der Vorstand des Verbandes der Asphalteure.

Der Zentralverband der Zivilmusiker, Ortsverwaltung Berlin, hielt am 18. Juni bei Wilke in der Brunnenstraße eine Generalversammlung ab, in der über das neue Ortsstatut beraten wurde. Der hierzu von einer Kommission ausgearbeitete Entwurf wurde mit einigen Aenderungen angenommen. Hervorzuheben ist, daß Die Bibliothek den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung steht, und zwar bei bis zu vierzehntägiger Benutzung der Bücher. Die Musikalien werden mit 10 Pf. pro Piece, die Tanzlieferungen mit 10 Pf. pro Stimme berechnet. Bei Proben werden die Musikalien unentgeltlich geliefert. Das neue Ortsstatut soll am 1. Oktober in Kraft treten. Ferner wurde beschlossen, den Arbeitsnachweis von Oktober ab an den Donnerstagen, abends von 8 bis 9 Uhr, offen zu halten. Ein Vorschlag, in den Programmheften der „Freien Volksbühne" und des „Arbeitersängerbundes" zu inserieren, wurde ebenfalls angenommen. Unter Vereinsnachrichten wurde angeregt, an die Mitglieder eine Umfrage ergehen zu lassen, in wie weit sie den Wahlvereinen angehören und sich an den Arbeiten für die Partei beteiligen. Der Vorstand versprach, diesem Wunsche nachzukommen. Mit der Mahnung an die Mitglieder, sich eifrig an der Arbeiterbewegung zu beteiligen, schloß die Versammlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. **Verwaltungsstelle Berlin.** Charitéstraße 3. **Hauptbureau:** Hof III. Amt 3, 1987.

Achtung! Achtung!

Die Kollegen, welche Erwerbslosenunterstützung (Kranke) beziehen, werden hierdurch ersucht, ihre Unterstützung noch vor dem 1. Juli (Quartalsschluß) abzuheben.

Ausgenommen davon sind alle diejenigen Kollegen, welche in Krankenhäusern oder Heilstätten sind und ihre Unterstützung nach Beendigung der Krankheit abheben.

NB. Den Kollegen von **Friedrichshagen und Umgegend** zur Kenntnis, daß die **Bibliothek** für diesen Bezirk **eröffnet ist** und Bücher jeden **Mittwoch, abends von 8—9 Uhr,** und **Sonntag, vormittags von 10—12 Uhr,** beim Kollegen **Karl Hennig, Friedrichshagen,** Seestr. 117, ausgegeben werden.

118/7 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 25. Juni, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im **„Volkshause“**, Rosinenstr. 3.

Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Verbandstage. 2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 86/2

Mitgliedsbuch legitimiert!

Regen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Isolierer u. Steinholzleger Deutschl.

Abteilung II: **Steinholzleger.**

Mittwoch, 24. Juni, abends 8½ Uhr, bei Heufelder, Dragonerstr. 15:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der achten Konferenz. 2. Diskussion. 3. Bericht der Lohnkommission und Verbandsangelegenheiten.

Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

288/15 **Der Vorstand.** J. A.: H. Lange.

Verband der freien Gast- und Schankwirte

Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Freitag, den 26. Juni, nachmittags 5 Uhr, in den Pharus-Sälen (Inh.: Wernau), Müllerstr. 142:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Köln. 2. Bericht der Statuten-Beratungskommission. 3. Beratung der gestellten Anträge zum Verbandstage in Köln. 4. Verbandsangelegenheiten. 75/6

Das Mitgliedsbuch legitimiert. **Die Ortsverwaltung.**

Stukkateure!

Sonnabend, 27. Juni, abends pünktl. 8 Uhr, bei **Elsner, Kaiser Wilhelm-Straße 18m:**

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den Verbandstag. 2. Welchen Beitrag zahlen insbesondere die Werkstattkollegen? 3. Verschiedenes, darunter Ueberstundenunwesen und Maiarbeit.

Eintritt nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. 173/15*

Zahlreiche Teilnahme der Werkstattkollegen und der in Potsdam wohnenden Mitglieder erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Bewilligte Bäckereien.

Die Differenzen in der Bäckerei des Herrn **Völker, Buchstraße 1,** sind **beigelegt** und gilt diese Bäckerei wieder für geregelt. 28235 **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Bäckerboykott. Achtung!

Wir erklären hiermit, daß nunmehr die Differenzen zwischen Herrn **März** und dem Verbande der Bäcker und Konditoren zur Zufriedenheit geregelt sind und damit diese Bäckerei wieder als bewilligt gilt.

Georg März, Bäckermeister, **Rixdorf, Elbestraße 6.**
Der Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren.

muss gereinigt werden

mit Hutwäsche 31452*

Feuerrad

1 Pack 25 Pf. 3 Pack 65 Pf.

Zur Renovierung bereits gefärbter Hüte in gleicher Farbe od. dunkler **1 Pack 35 Pf., 3 Pack 1 M.**

Fritz Kratz, Berlin N. 39

Reinickendorferstr. 119.

In allen Drogerien, Apothek. usw.

Wir verkaufen

jetzt noch billigst

□R **4** Mark an in **Petershagen.** Ostbahn,

□R **8** Mark an **Treptow,** am Bahnhof,

□R **10** Mark an **Rixdorf,** am Bahnhof,

□R **10** Mark **Bahnhof Tadowa. Biesdorf-Rixdorf-Süd.**

□R **30** Mark an **Biesdorf,** Stadtbahn, a. Bahnhof.

Verkaufsstell. a. d. Bahnhöfen.

Nieschalke & Nitsche

Berlin, Neue Königstr. 16.

Aeltestes Teilzahl.-Geschäft für Brennabor-Räder!

Kein Laden! Günstigste Bedingungen. Berlin SO.,

Louis Barth, Brückenstr. 10a, pt.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Filiale Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege

Hugo Wießner

am Mittwoch, den 17. Juni, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

132/11 **Die Ortsverwaltung.**

Am Sonntag, mittags 1 Uhr, starb nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Schriftsetzer

Georg Zinnecker

im 44. Lebensjahre.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 24. d. Mts., nachmittags 6½ Uhr, vom neuen Kirchhof der Johannisgemeinde, Plötzensee, aus statt. 28316

Die trauernden Hinterbliebenen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die kostbaren Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes spreche ich allen Beteiligten meinen tiefgefühlten Dank aus. 28306

Elly Wiesner.

Orts-Krankenkasse Pankow.

Der Wert der Naturalbezüge für die Mitglieder der Orts-Krankenkasse Pankow ist durch Verfügung des königlichen Landrats des Kreises Nieder-Barnim vom 11. Juni 08 — Tgb. Nr. K. 3152 — für jeden Tag wie folgt festgesetzt:

1. **Für volle Kost und Logis:**
für männliche Mitglieder . 1,80 M.
„ weibliche Mitglieder . . 1,60 „
2. **Für halbe Kost und Logis:**
für männliche Mitglieder . 1,20 M.
„ weibliche Mitglieder . . 1,00 „
3. **Für volle Kost ohne Logis:**
für männliche Mitglieder . 1,50 M.
„ weibliche Mitglieder . . 1,30 „

Diese Sätze treten mit dem heutigen Tage in Kraft. 275/4

Pankow, den 24. Juni 1908.

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse Pankow.
Gütig, Vorsitzender.

Kein Mieter für 2—4 Zimmerwohnungen in Charlottenburg verfehle die schönen Wohnungen in den fertigen Neubauten **Danckelmannstr. 29 und Horstweg 25,** nahe Kaiserdamm (Untergrundbahn) zu besichtigen.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis

Köpenicker Viertel.
(Bezirk 201 Teil II.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse und Bezirksführer, der Klempner

Paul Pelzel

(Oppelner Straße 3)

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

218/20 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Todes-Anzeige.

Am 21. Juni verstarb unser Mitglied, der Schriftsetzer

Georg Zinnecker

(Perleberger Straße 43).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags 6½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Johannis-Kirchhofes, Plötzensee, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

227/16 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Heinrich Wähnelt

am 21. d. M. an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags 6 Uhr, vom Trauerhause in Bohnsdorf bei Grünau nach dem Bohnsdorfer Gemeinde-Kirchhof aus statt. 118/8

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied

Adolf Böttcher

am 22. d. M. an Wassersucht gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes in der Prinzen-Allee aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Paul Pelzel

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein Alt-Glienicke.

(Bezirk Bohnsdorf.)

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Heinrich Wähnelt

am Sonntag, den 21. Juni nach langem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juni, nachmittags 6 Uhr, vom Trauerhause, Genossenschaftshaus „Paradies“ aus statt.

Um rege Beteiligung bittet

203/1 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Heinrich Schmidt

am 22. Juni gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Markusgemeinde, Wilhelmsberg, aus statt. 169/10

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Danksagung.

Allen denjenigen, die meinem lieben, unvergeßlichen Mann die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.

Witwe Berta Neumann.

Es lohnt sich! Die Reiseersparnis ist eine ganz bedeutende

wenn Sie bei

Westmann, Hauptgeschäft: **Berlin W., Mohrenstr. 37a,** kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Straße und **Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115,** kein Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße

Reise-Garderobe

kaufen.

50 % unter Originalwert u. billiger:

Reisekostüme, Reisemäntel, wasserdichte Gebirgs-Loden-Capes, -Tennisbekleidung, Gesellschaftskleider für Reunions, Phantasiekleider, Röcke, Blusen, Fahrmäntel, Fichus etc. etc.

Original-Modelle, Reisemuster u. Kopien

in 5 Preiseinteilungen:

	1	2	3	4	5
letzte Preise	bis M. 12.—	bis M. 20.—	bis M. 35.—	bis M. 85.—	bis M. 108.—
jetzt nur	M. 5½	nur M. 10.—	nur M. 15.—	nur M. 35.—	nur M. 50.—

Ein Posten **Taffet-Konfektion zu jedem annehmbaren Preise!**

Bis zum 5. Juli erhalten sämtliche Kunden, die vormittags den Einkauf über 20.— M. bei mir bewirken, ein nettes Reisejackett oder Gebirgslodenkragen gratis.

Die **Konkursmasse** Fürst & Liebner, bestehend in **Mänteln** und **Kostümen,** muß **bis zum 30. d. M. vollständig** geräumt sein. Diese **äußerst günstige** Gelegenheit bitte ich **nicht unbenützt** zu lassen.

Man achte gefälligst im eigenen Interesse genau auf meine Firma und Hausnummer.

Eleg. Trauer-Magazin

Separat-Abteilung **Auswahl & Preise konkurrenzlos.**

Da der Andrang in der Reisezeit nachmittags in meinen Geschäften zu stark ist, erbitte Besuch möglichst vormittags.

Verkaufszeit 10—1; 3—8 Uhr Mohrenstr. 37a I. Etage.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Polizeisäbelaffäre in Hamborn,

die wir in Nr. 208 des „Vorwärts" vom 6. September 1907 schilderten, wurde gestern in einem umfangreichen Prozeß gegen unseren verantwortlichen Redakteur Genossen Hans Weber vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt. In dem genannten Artikel wurde ein Vorgang am Bahnhof Neumühl bei Hamborn im Rheinland in folgender Weise dargestellt: Am 3. September morgens hielt sich eine Menge von einigen hundert Bergleuten am Bahnhof Neumühl auf. Sie hatten auf den dortigen Zechen gearbeitet, waren von einem Agenten Kühn für ein Bergwerk in Oschersleben angeworben und sollten am genannten Tage mit einem Extrazuge dorthin befördert werden. Die Bahnverwaltung ließ aber den Extrazug nicht ab, weil der Agent die Kosten desselben nicht erlegen konnte. Der Agent hatte den Arbeitern freie Fahrt nach Oschersleben zugesagt. Als ihnen mitgeteilt wurde, der Extrazug könne nicht abgehen, weil er nicht bezahlt werde, wollte niemand daran glauben. In der Menge verbreitete sich vielmehr das Gerücht, die Fahrkosten seien wohl da, das Geld werde aber zurückbehalten, damit die Arbeiter nicht fortkämen und deshalb genötigt wären, wieder auf den Zechen in Neumühl in Arbeit zu treten. Der Menge habe sich infolgedessen eine große Aufregung bemächtigt, der Bürgermeister habe sie zu beschwichtigen versucht, das habe nichts geholfen, dann hätten nach der Aufforderung, den Platz zu verlassen, die Polizeibeamten die Säbel gezogen und auf die Menge eingehauen, die dann nach allen Richtungen auseinanderstob. Einem an dem Vorgange unbeteiligten Fuhrmann sei durch einen Säbelhieb die Hand gespalten worden. Der Darstellung dieses Tatbestandes hatten wir natürlich einige kritische Bemerkungen über die bekannte preußische Polizeischneidigkeit und das polizeiliche Vorgehen gegen wehrlose Bürger hinzugefügt.

Durch unsere Darstellung, deren Richtigkeit von der Anklage bestritten wird, sollen Bürgermeister und Polizeibeamte in Hamborn beleidigt sein. Einige zwanzig Zeugen, darunter der Bürgermeister von Hamborn und eine Anzahl von Polizeibeamten waren zur Stelle.

Zu Beginn der Verhandlung hielt der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lehmann, dem Angeklagten Weber vor, er **müsse doch aus seinen bisherigen Erfahrungen wissen,** daß in Artikeln, wie dem vorliegenden, vieles übertrieben werde, daß von den angegebenen Tatsachen vieles nicht stimme und die ganze Darstellung durch die

Parteibrille

gesehen sei. — Weber antwortete darauf: Eine Darstellung des Vorgehens der Polizei gegen eine wehrlose Menge sei doch keine Parteiangelegenheit, es könne also nicht die Rede davon sein, daß die Angelegenheit durch die Parteibrille gesehen sei. Im übrigen müsse er doch darauf verweisen, daß einer Zeitungsredaktion nicht die Mittel zur Verfügung stehen, um festzustellen, ob alles, was im Blatte aufgenommen wird, bis auf das Tipfelchen über dem i stimme. — Nun erhob sich der Erste Staatsanwalt Steinbrecht und behauptete mit Nachdruck, daß die Darstellung des Artikels doch durch die Parteibrille gesehen sei. Zum Beweise seiner Anschauung wies der Erste Staatsanwalt auf die kritischen Bemerkungen über die Schneidigkeit der Polizei hin und meinte, daran sehe man doch, daß der Vorgang den Lesern vom Parteistandpunkt aus dargestellt worden sei.

Landgerichtsdirektor Lehmann hielt hierauf eine

längere Ansprache an den Angeklagten

Weber und hielt ihm vor, daß dies und das und jenes sich doch ganz anders abgespielt habe, als wie es im Artikel dargestellt worden sei, die Polizei — das klang deutlich aus der Rede des Landgerichtsdirektors heraus — habe einwandfrei gehandelt. — Webers Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, bemerkte hierzu: Was der Herr Vorsitzende eben vorgetragen habe, wisse er doch nur aus den Akten. Dem Angeklagten seien doch alle diese Dinge nicht bekannt gewesen, man könne ihm also doch nicht vorwerfen, daß er diese Tatsachen bei der Veröffentlichung des Artikels nicht berücksichtigte. — Als Weber hierauf wieder das Wort erhielt, um auf die Vorhaltungen des Vorsitzenden zu antworten, wollte er auch dem Staatsanwalt auf dessen Ausführungen von der Parteibrille etwas erwidern.

Das untersagte ihm aber der Vorsitzende

mit der Begründung, es solle Punkt für Punkt verhandelt werden. Bei diesem Punkt sei aber die Verhandlung noch nicht angelangt. — Rechtsanwalt Rosenfeld legte

Verwahrung dagegen ein, daß der Vorsitzende den Angeklagten unterbreche.

Der Staatsanwalt habe hier alles mögliche vorgebracht, um Stimmung gegen den Angeklagten zu machen. Den Staatsanwalt habe der Vorsitzende nicht unterbrochen. Der Verteidiger dagegen sei schon mehrfach unterbrochen worden und jetzt unterbreche der Vorsitzende auch den Angeklagten, dem doch die Möglichkeit gegeben werden müsse, auf das zu antworten, was der Staatsanwalt gesagt hat. — Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lehmann entgegnete: Gewiß soll dem Angeklagten diese Möglichkeit gegeben werden; aber es ist meine Sache zu bestimmen, wann das geschieht. Ich bitte, mich nicht immer zu unterbrechen. — Rechtsanwalt Rosenfeld verwahrte sich dagegen, daß er den Vorsitzenden unterbreche. Der Vorsitzende sei es ja, der ihn, den Verteidiger, und den Angeklagten fortwährend unterbreche.

Damit war dieser für die Verhandlungsart ohne Parteibrille charakteristische Zwischenfall erledigt.

Weber konnte nunmehr dem Staatsanwalt antworten, daß er, der Herr Erste Staatsanwalt, die Lehre der Sozialdemokratie nicht kenne, wenn er meinte, es sei ein Ausfluß der sozialdemokratischen Lehre, wenn das schneidige Vorgehen von preußischen Polizeibeamten gegen eine wehrlose Menge kritisiert wird. Solche Kritiken seien auch von den Blättern anderer Parteien geübt worden, als in Berlin die Säbelattacken gegen friedliche Demonstranten und Arbeitslose stattfanden. In dem unter Anklage stehenden Artikel könne er, der Angeklagte, nichts Beleidigendes finden. — Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Wegen eines gleichen Artikels sei doch der Redakteur der „Arbeiterzeitung" in Duisburg verurteilt worden. — Weber erwiderte: Das sei nicht der gleiche Artikel gewesen. In dem „Vorwärts"-Artikel fehlen alle beleidigenden Stellen des Duisburger Artikels. — Rechtsanwalt Rosenfeld beantragte nun, daß dieser Artikel, der sich bei den Akten befindet, sowie das betreffende Urteil verlesen werde, und zwar sogleich. Denn durch den Hinweis auf das den übrigen Prozeßbeteiligten nicht bekannte Urteil könne doch unbewußt Stimmung gegen den Angeklagten gemacht werden. — Das Gericht lehnte die sofortige Verlesung ab und behielt sich dieselbe für später vor.

Nach diesem Vorgefecht um die Rechte des Angeklagten und der Verteidigung begann die Vernehmung der Zeugen. Als erster wurde Bürgermeister Schrecker vernommen. Seiner Aussage zufolge hat die Ansammlung der vom Agenten Kühn düpierten Bergarbeiter morgens um 8 Uhr begonnen und während des ganzen Tages gewährt. Auch viele Neugierige hatten sich außer den Bergleuten vor dem Bahnhofe angesammelt. Der Zeuge habe die Polizeibeamten angewiesen, sich den Leuten gegenüber, die ja nur durch die Schuld des Agenten in eine unangenehme Lage gekommen waren, recht nachsichtig und geduldig zu verhalten. Er selbst, habe auch verschiedene Versuche gemacht, die Leute zu beschwichtigen. Nachdem feststand, daß der Extrazug nicht abgelassen und der Agent das Fahrgeld nicht bezahlen würde, erklärte sich die Eisenbahnverwaltung bereit, jeden, der nach Oschersleben fahren wolle, zu dem ermäßigten Extrazugfahrpreise zu befördern. Einzelne machten von diesem Angebot Gebrauch.

die meisten hatten aber kein Fahrgeld.

Sie verlangten, nach Oschersleben befördert zu werden. Der Bürgermeister und sein Polizeiinspektor hätten alles mögliche versucht, um die Leute in Güte zum Fortgehen zu bewegen. Er habe nach Oschersleben telegraphiert, aber von dort sei **das Fahrgeld nicht bewilligt** worden. Dann habe er bei den Direktionen der beiden Zechen in Neumühl angefragt, ob sie die Arbeiter, die nicht abreisen können, wieder in Arbeit nehmen und ihnen Wohnung geben würden. Die Direktionen hätten sich dazu bereit erklärt, denn es herrschte Mangel an Arbeitern. Das habe der Bürgermeister den Leuten am Bahnhof mitgeteilt. Hierdurch **möge bei den Leuten die Auffassung entstanden sein, es liege eine Verabredung gegen sie vor, um sie an der Abreise zu hindern und zur Wiederaufnahme der Arbeit in Neumühl zu bewegen.** Die Mitteilungen des Bürgermeisters seien von den Leuten nicht beachtet worden, sie riefen nur immer, sie wollten abreisen. Schließlich habe der Bürgermeister den Leuten mitgeteilt, wer nicht abreisen wolle auf seine Kosten und auch in Neumühl nicht wieder anfangen wolle und infolgedessen kein Obdach für die Nacht habe, dem werde die Polizei Unterkunft besorgen. Aber trotzdem habe sich keiner vom Platze entfernt. Im Laufe des Nachmittags sei ein Eisenbahnbetriebsinspektor eingetroffen, der habe vom Bürgermeister verlangt, daß der Platz vor dem Bahnhofe geräumt werde, sonst müsse er, der Betriebsinspektor, sich über den Bürgermeister beschweren. — Gegen 6 Uhr abends habe der Polizeiinspektor die Aufforderung zum Verlassen des Platzes an die Menge gerichtet. Nach der zweiten Aufforderung hätten sich die meisten entfernt. Nur die Schreier und Krakeeler seien noch dageblieben. Die Polizeibeamten seien nun langsam gegen die Leute vorgegangen und hätten sie ermahnt, sich doch zu entfernen. Einer der Beamten sei von einem Manne angegriffen worden. Erst darauf hätten die Beamten, ohne daß ein Signal dazu gegeben wurde, **die Säbel gezogen.** Es seien dann noch einige Beamte angegriffen worden, aber der Widerstand der Menge sei bald gebrochen worden. Mehr als 40 uniformierte Beamte seien vor dem Bahnhof gewesen.

Mit den Angaben des Bürgermeisters deckten sich die Aussagen des Polizeiinspektors Arnold, der auch bekundete, daß nicht nur die angegriffenen, sondern auch die anderen Polizeibeamten ihre Säbel zogen. — Die weitere Beweisaufnahme erstreckte sich auf eine Reihe von Einzelfällen beim Vorgehen der Polizei. Hier ergab sich dasselbe Bild, was sich gewöhnlich bei derartigen Gerichtsverhandlungen zeigt. Die Polizeibeamten behaupteten und beschworen ohne Ausnahme, daß sie die Angegriffenen gewesen seien und nur Angriffe abgewehrt hätten, aber nicht als Angreifer gegen das Publikum vorgegangen seien. — **Anders lauteten** dagegen die **Aussagen derjenigen Zeugen, welche die Wucht der Polizeisäbel am eigenen Leibe schmerzhaft fühlen mußten.** Einer dieser Zeugen ist der auch in unserem Artikel erwähnte Fuhrmann Abel. Er kam mit seinem Wagen nach dem Bahnhofe, um Sachen derjenigen Bergarbeiter abzuholen, die in Neumühl bleiben wollten. Abel wurde von den Beamten zurückgewiesen und als er trotzdem versuchte, zum Bahnhof zu gelangen, stießen ihn einige Polizeibeamte und schlugen mit den Säbeln auf ihn ein, wobei ihm

die Hand,

welche er zum Schutz vorhielt,

durch einen Säbelhieb gespalten

wurde. Abel hat auch, wie er angab, **noch Hiebe bekommen, als er schon fortlief.**

Ein an dem Auflauf **unbeteiligter Zeuge,** der die Vorgänge von einer Schankwirtschaft aus beobachtet hat, gab an, die Menge stob schon nach allen Seiten auseinander, **aber die Polizeibeamten verfolgten die Fliehenden mit gezogenen Säbeln.** In einem Augenblick war der Platz frei. Dann sei der Fuhrmann Abel gekommen und so behandelt worden, wie er selber es darstellte. — Nach den Aussagen der Polizeibeamten sollen nur zwei von ihnen mit Abel zu tun gehabt und nur einer derselben in Verteidigung ihn geschlagen haben. — Durch Aussage des Bürgermeisters wurde jedoch festgestellt, daß gleichzeitig fünf Beamte um Abel herum waren und ein anderer Zeuge hat gesehen, daß **mindestens drei Beamte auf Abel einschlugen.** Ein weiterer Zeuge bekundete, daß **vier Beamte den Abel mit Säbeln schlugen.** — Eine Zeugin, die sich nach der polizeilichen Aufforderung entfernte, hat von einem Hausflur aus gesehen, daß Fliehende, die an ihr vorbeieilten, von den verfolgenden Polizisten mit dem Säbel geschlagen wurden. An allen Ecken sah man Polizisten. Wenn sie jemanden bemerkten, der auf der Straße stand, dann wurde ihm zugerufen:

„Was stehst Du da!" —

und gleich gab es Wichse, sagte die Zeugin. Jeder, der auf dem Wege war, wurde geschlagen. Ein anderer Zeuge gab an, ein Polizist habe ihm zugerufen: **„Verfluchter Hund, willst Du gleich fortlaufen"** und **dann** habe ihn der Polizist **geschlagen.** — Weiter wurde bekundet, daß ein **Betrunkener, der bereits am Boden lag, von zwei Polizeibeamten mit dem Säbel geschlagen wurde.** — Einmal war bei der Zeugenvernehmung auch die Rede davon, daß einige der an der Versammlung Beteiligten rote Mützen getragen und besonders stark gelärmt hätten, nachdem sie der Schnapsflasche zugesprochen hatten. — Der erste Staatsanwalt hielt es für notwendig, über Herkunft und Bedeutung der **roten Mützen** ein besonderes Verhör zu veranlassen, er fragte auch einen Zeugen, der solche Mütze getragen hatte, ob er denn wisse, daß Rot die Farbe der Sozialdemokratie sei. Bei dem Verhör stellte sich alsbald heraus — daß die verdächtigen roten Mützen nichts anderes waren, als **rotbraune Sportmützen mit weißem Stern.** In seinem Plädoyer bezeichnete sie der Staatsanwalt als rote Narrenkappen.

Bemerkenswert ist noch die Aussage eines Neumühler Zechenbeamten, weil sie eine Erklärung für die Stimmung gibt, von der die Menge vor dem Bahnhofe beherrscht war. Dieser Zechenbeamte und noch einige seiner Kollegen sind schon am frühen Morgen auf dem Bahnhofsplatz erschienen und haben die Arbeiter unter Versprechungen zum Weiterarbeiten in Neumühl zu bewegen versucht. Das geschah, ehe noch bekannt geworden war, daß der Extrazug nicht abgelassen werden würde. Hiernach ist es durchaus erklärlich, daß später, als es hieß, der Zug geht nicht ab, und als auch der Bürgermeister und die Polizeibeamten den Arbeitern sagten, sie könnten wieder in Neumühl arbeiten, die Menge an ein abgekartetes Spiel glaubte.

Nach Schluß der Beweisaufnahme wurde allseitig auf die Verlesung des Duisburger Artikels und Urteils verzichtet.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht

beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen und führte zur Begründung des Antrages aus, der Artikel mache dem Bürgermeister von Hamborn den Vorwurf, er habe verkehrte und zweckwidrige Maßnahmen gegen die angesammelte Menge angeordnet und den unteren Polizeibeamten werde der Vorwurf gemacht, sie seien ohne Grund mit dem Säbel gegen Wehrlose vorgegangen. Die Beweisaufnahme habe jedoch ergeben, daß die Beamten sich nur gegen Angriffe gewehrt haben. Dies Recht stehe jedem Bürger zu, also haben es auch die preußischen Polizeibeamten. Es sei für die Beamten im höchsten Grade beleidigend, wenn ihr Vorgehen in Parallele gestellt werde mit der Affäre in Breslau, wo nach der Darstellung des „Vorwärts" einem ganz unbeteiligten Manne die Hand abgehauen sei.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld

beantragte die Freisprechung des Angeklagten. Er berief sich darauf, daß die Vorgänge am Bahnhofe in dem Artikel nicht anders dargestellt worden sind, als wie sie durch die heutige Beweiserhebung festgestellt wurden. Der Bürgermeister sei nicht angegriffen oder beleidigt worden. Der Artikel erkenne vielmehr an, daß sich der Bürgermeister die größte Mühe gab, um die durch den Agenten schmählich betrogenen Leute zu beruhigen und nach Möglichkeit für sie zu sorgen. Am besten wäre es gewesen, die Leute ruhig dort zu lassen, wo sie waren, sie würden sich mit der Zeit schon von selbst entfernt haben. Diese ganz vernünftige Maßnahme würde der Bürgermeister auch wohl getroffen haben, wenn nicht der Eisenbahninspektor dazwischen gekommen wäre und — wie der Staatsanwalt sagte — einen wohltätigen Druck auf den Bürgermeister ausübte, um diesen zur Entfernung der Leute zu bewegen. Im übrigen sei das Verhalten der Polizeibeamten durchaus nicht einwandfrei gewesen, sie seien, wie die Beweisaufnahme ergeben habe, nicht korrekt vorgegangen. Ohne Befehl und ohne Veranlassung hätten sie die Säbel gezogen und seien damit vorgegangen gegen eine wehrlose Menge und gegen den am Auflauf unbeteiligten Abel. Mehr werde im Artikel nicht behauptet, und das alles sei erwiesen. Aus diesem Grunde und auch, weil ihm der Schutz der § 193 zur Seite stehe, müsse der Angeklagte freigesprochen werden.

Der Angeklagte

Weber betonte in seinem Schlußwort, er würde nach dem Ergebnis der heutigen Verhandlung den Artikel ohne jede Aenderung aufnehmen und vertreten, da nichts von den tatsächlichen Angaben desselben widerlegt worden sei. Auf der **Anklagebank** müßte eigentlich **der gewissenlose Agent** sitzen, der einige hundert Arbeiter ins Elend trieb und dadurch auch alles verschuldete, was sich infolgedessen ereignete.

Das Urteil

lautete auf **einen Monat Gefängnis.** In der Begründung sagte der Vorsitzende: Den höheren Polizeibeamten mache der Artikel den Vorwurf, sie hätten ohne Grund die Räumung des Platzes angeordnet und den unteren Beamten werde vorgeworfen, sie seien ohne Grund auf die Menge vorgegangen. Es werde auch angedeutet, die Polizei habe sich in den Dienst der Zechenverwaltung gestellt und da sie nicht erreichte, was sie im Interesse der Zeche erreichen wollte, so sei auf die wehrlose Menge losgeschlagen worden. Das alles entspreche nicht den Tatsachen, sondern das Gegenteil sei erwiesen. Namentlich sei auch der Vorgang mit Abel in gehässiger Weise entstellt. Keine Zeuge habe angeben können, daß jemand ohne Grund von den Polizeibeamten geschlagen wurde. Dagegen hätten die Zeugen, die man für zuverlässig halten könne, bekundet, daß, wo die Beamten den Säbel gebrauchten, auch ein ausreichender Grund dazu vorlag. Der Schutz des § 193 könne dem Angeklagten nicht zugebilligt werden.

* * *

Verurteilt ist danach in erster Instanz unser Genosse, gerichtet aber das System gewissenloser Zechenmagnaten, das ausländische Arbeiter nach Deutschland lockt und dann ins Elend bringt. Nicht minder gerichtet ist das Polizeisystem: das Ergebnis der Beweisaufnahme hat unsere Darstellung bis aufs Tipfelchen über dem i bestätigt. Kein aus Männern des Volks vom Volk gewähltes Gericht hätte ein Schuldig ausgesprochen. Die Berufsrichter haben auch durch die Art und Höhe der Strafe gezeigt, daß sie sich der Ungerechtigkeit ihres Spruchs nicht bewußt sind. Das wird insbesondere nach der Art der Leitung der Verhandlung niemand überraschen. Wenn zum Himmel schreiende Mißstände wie die in der Verhandlung klargestellten durch Bestrafung derer, die diese Mißstände bekämpfen, aus der Welt geschafft werden könnten, so käme solch harten und ungerechten Urteilen wie dem gefällten ein Verdienst zu. So lange aber die Tatsachen und die Logik nicht auf den Kopf gestellt werden, wird man dem Gericht nur das Verdienst zubilligen können, daß es Tausenden die Augen darüber öffnet, daß in Preußen Justiz und Gerechtigkeit verschiedene Begriffe sind. Die Richter haben nach bestem Gewissen geurteilt — sie konnten nicht gerecht urteilen, weil wie auch die Art der Verhandlung, insbesondere die außerordentliche Erschwerung der Verteidigung durch den Vorsitzenden, zeigte, sie befangen, so befangen sind, daß ihnen das Bewußtsein ihrer Befangenheit und Voreingenommenheit völlig fehlt. Schade, daß eine phonographisch getreue Wiedergabe der Verhandlung unmöglich ist.

Das Försterdrama vom Müggelsee.

Gestern fand zunächst am Tatort selbst ein Lokaltermin statt. Das Gericht, die Geschworenen, der von zwei Sicherheitsbeamten geleitete Angeklagte, der Verteidiger und der Staatsanwalt trafen gegen 8 Uhr morgens auf der Station Rahnsdorf ein. Nach einem kurzen Marsch durch den Kiefernhochwald kommt man an das Wirtshaus „Paradiesgarten".

Schwurgericht im Walde.

Der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor Schneider, hat mit den beiden Beisitzern und dem Gerichtsschreiber an einem Gartentisch Platz genommen und stellt fest, daß die sämtlichen Herren Geschworenen zur Stelle sind. In einiger Entfernung steht der Angeklagte Schwarzenstein mit seinem Verteidiger Dr. Schwindt in eifriger Unterhaltung. In der Gaststube des freundlichen Wirtshauses steht noch der Tisch und das rote Plüschsofa, auf dem der Erschossene am Mordabende noch den letzten Skat in seinem Leben gespielt hat. Mit Wehmut nehmen die beiden Zeugen, die damals seine Partner waren, wieder an diesem Tische Platz. Bald nachdem der Angeklagte eingetroffen war, setzt sich der Zug in Bewegung. Von dem Restaurant bis zur Mordstelle ist nur ein Weg von wenigen Minuten. Hier angekommen, beginnt der Vorsitzende in ruhiger sachlicher Weise nochmals kurz die einzelnen Momente der Tat, wie sie sich bisher ergeben haben, vorzutragen. Der Busch, hinter dem der Täter gestanden hatte, als er den Schuß abgab, wird zum Gegenstand allgemeinen Interesses und allerlei Versuche werden angestellt. Die Stelle, an der die Leiche des Försters aufgefunden worden war, ist zurzeit nur durch einen Haufen Feldsteine kenntlich gemacht. An einer andern Stelle macht der Kriminalkommissar davon Mitteilung, daß hier Willi Schwarzenstein gestanden hatte, als ihn der Polizeihund „Nixe" in auffallender Weise beschnüffelte. Wieder ein Stück weiter, am kleinen zum Forsthause gehörenden Kartoffelacker, waren die Fußspuren aufgefunden, die nach Behauptung der Anklage, von dem Angeklagten herrühren sollen. Noch eine kleine Strecke und aus dem dichten Waldesgrün taucht das freundliche

Försterhäuschen

auf. Vor dem Tor hat der jetzige Bewohner, der Förster Kant, Posto gefaßt. Ein typischer märkischer Försterhof, der sich vor den Blicken der Angekommenen auftut. Ein aus gelben Backsteinen erbautes Haus, die schilfbedeckte Scheune, die Ställe mit den wohlgenährten Kühen, auf dem Hof allerlei Ackergeräte, das ist der Ort, wo der ermordete Förster Schwarzenstein gelebt hat. Dicht an den Drahtzaun gedrängt, steht eine hundertköpfige Menschenmenge, die gespannt der Dinge warten, die da kommen sollen. Die wichtigsten Verhandlungen spielen sich

im Innern des Hauses

ab. Die Flinte des jungen Schwarzenstein, die unter so verdächtigen Umständen erst verschwunden und dann von ihm selbst wiedergefunden war, spielt die Hauptrolle. Der Angeklagte bleibt nach wie vor bei der Angabe, daß er die Flinte hinter den an der

Wand hängenden Sachen aufgefunden habe. Die Zeugen erklären in seiner Gegenwart, daß dies unmöglich sei. Es werden dann Versuche angestellt, ob der Angeklagte nicht durch das wütende

Bellen des Hundes

in der Mordnacht geweckt werden mußte und ob der feste Schlaf etwa simuliert war. Ein kleiner Teckel sorgte in ausreichender Weise dafür, daß die im Zimmer des Angeklagten stehenden Herren zu der Ueberzeugung kommen, daß Schwarzenstein hätte aufwachen müssen. Angestellte

Schließversuche

ergeben, daß die Tür zum Schlafzimmer des Angeklagten bei Anwendung einiger Vorsicht sich geräuschlos öffnen und schließen läßt.

Der Gerichtshof tritt im Freien zusammen und begeibt den Förster Kant. Der Förster bekundete, daß er an den Schlössern keine Aenderungen vorgenommen hat. Der Angeklagte gibt noch mit klarer und fester Stimme Auskunft über einige Fragen der Prozeßbeteiligten. Dann ist die Handlung geschlossen. Der Angeklagte wird wieder von den Beamten in die Mitte genommen, die übrigen entfernen sich, lebhaft über das Gesehene konversierend. Der Försterhof liegt schon nach wenigen Minuten wieder in seiner traulichen, ländlichen Einsamkeit.

Im Gerichtssaal.

Um 2 Uhr nachmittags wird dann die Verhandlung im Saale des Schwurgerichts fortgesetzt.

Der Vorsitzende richtet an den Angeklagten die Frage, ob er mit Rücksicht auf die an Ort und Stelle erfolgten Zeugenaussagen nicht zugeben wolle, sein zuerst vermißtes Gewehr nachträglich in die mehrfach erwähnte Ecke gestellt zu haben. — Angekl.: Wenn es der Fall wäre, würde ich es sagen, es ist aber nicht wahr. — Präs.: Dann müssen Sie aber auch die Folgen tragen, die daraus gezogen werden können.

Beweisanträge.

Ein Geschworener erklärt es namens der Geschworenenbank für wünschenswert, falls nicht seelsorgerische Bedenken entgegenstehen, den Anstaltsgeistlichen über die Aeußerungen zu hören, die dieser nach Angabe des Angeklagten über des letzteren Unschuld gemacht haben soll. Ferner wünschen die Geschworenen eine genaue Feststellung, wann in der Mordnacht der Mond aufgegangen ist.

Staatsanwaltschaftsrat Schmidt: Ich habe auch ein großes Interesse daran, daß der Anstaltsgeistliche ganz genau die Worte wiedergibt, die er angeblich an den Angeklagten gerichtet haben soll. Ich glaube nicht, daß der Herr die Worte so gebraucht haben soll, wie der Angeklagte behauptet. — R.-A. Dr. Schwindt beantragt, auch den Geistlichen zu vernehmen, der dem Angeklagten zwei Jahre Konfirmationsunterricht gegeben und ihn eingesegnet hat. Dieser werde die beste Auskunft über seinen Charakter geben können. — Präs.: Seit der Einsegnung sind doch sechs Jahre vergangen. Ist denn der Pastor in der Lage gewesen, den Angeklagten seitdem wieder zu beobachten? — Angekl.: Er hat mich einmal gesehen. — Präs.: Wenn er Sie sechs Jahre nicht gesehen, dann kann der Herr Prediger am Ende auch nichts über Ihren Charakter sagen. Daß Sie sich sehr verstellen können, beweist doch schon die Tatsache, daß Sie Ihre Eltern so stark getäuscht haben. — R.-A. Dr. Schwindt: Der Angeklagte ist jetzt 20 Jahre. Er wird doch nicht in sechs Jahren in solchen Grad der Verworfenheit und des Verbrechertums hineingestrebt haben, daß er nun des schwersten Verbrechens, das es gibt, nämlich des Vatermordes, fähig wäre. (Der Angeklagte schluchzt bei diesen Worten.) Daß der Angeklagte aus Furcht vor Strafe seine Eltern mehrfach beschwindelt hat, ist gewiß nicht schön. Es wird dies aber hier so oft hervorgehoben, als ob man diese kleinen Verfehlungen gewissermaßen als Vorstufe zum Vatermorde betrachten könne. Demgegenüber liegt es doch im Interesse des Angeklagten, wenn ein hochangesehener Geistlicher seine Kenntnis von dem Charakter des Angeklagten hier vorträgt. — Staatsanwaltschaftsrat Schmidt: Es wäre natürlich töricht, aus den Schwindeleien des Angeklagten zu folgern, daß er nun auch des Vatermordes fähig sei. Die Schwindeleien des Angeklagten müssen aber doch große Bedenken gegen dessen Wahrheitsliebe erregen. — R.-A. Dr. Schwindt beantragt ferner, einen Mann zu laden, dessen Schwiegervater ein gewisser Betuschak ist, der wegen Altersschwäche jetzt in einer Anstalt sich befindet. Dieser Betuschak habe einmal seinem Schwiegersohn erzählt, er kenne einen gewissen Roloß in Friedrichshagen. Letzterer sei schon wegen Wilddieberei bestraft und habe einmal dahin sich geäußert: „er wolle dem Förster auch noch einmal eine Bohne in den Leib jagen." — Forstmeister Kottmeier bemerkt hierzu auf Befragen, daß in Friedrichshagen wirklich ein Roloß existiert, der einmal wegen Wilddieberei bestraft ist. Was den Betuschak betrifft, so ist dieser nicht sehr glaubwürdig, denn er ist, wie festgestellt wird, schon wegen Meineides bestraft und jetzt im Irrenhause. — Der Verteidiger beantragt ferner, den Töpfer Schwahn, Vorsitzenden des Kriegervereins zu Rahnsdorf, darüber zu vernehmen, daß zur Zeit, als Vorbereitungen zu einem Festspiel zu Kaisers Geburtstag getroffen wurden, wobei Willi einen Leutnant darzustellen hatte, der Förster sich sehr anerkennend über seinen Sohn ausgesprochen hatte.

Das Gericht behält sich die Beschlußfassung über die Anträge vor.

Fortsetzung der Beweisaufnahme.

Der nächste Zeuge, Invalide Steinkopf, hat auf dem Försterhof gearbeitet und kennt auch den Knecht Mehlisch. Dieser sei oft schlecht behandelt worden von dem Förster, auch noch am Tage vor dessen Tode. Der Zorn sei aber bei dem Förster immer wieder bald verraucht gewesen. Einmal habe die Frau Förster ihm geklagt, daß ihr Ehemann, wenn sie ausging, ihr mehrmals gesagt habe: „Du fährst wohl wieder auf die Friedrichstraße?" Auf die Frage der Frau Förster, was denn das eigentlich heiße, habe er geantwortet: „Na, das ist ein altes Sprichwort!" Da habe die Frau Förster gemerkt, was damit gemeint sei und habe geweint. Nach weiterer Bekundung des Zeugen soll ein gewisser Rölke einmal gesagt haben: „Der Angeklagte habe einmal sich dahin geäußert, daß er dem Vater auch noch einmal

ein paar blaue Bohnen

geben werde." Dieser Rölke ist nicht auffindbar. — Angekl.: Ich bestreite, mit dem Rölke mich in Gespräche eingelassen zu haben. Rölke war ein Kuhhirt und ist von dem Förster zweimal weggejagt worden. — Präs.: Dieser nicht mehr auffindbare Rölke ist der Hauptbelastungszeuge gegen den Angeklagten in dem Verfahren wegen Wilddieberei. — Angekl.: Rölke war ein oft betrunkener Mann. — Amtsrichter Matz, der den Rölke in dem genannten Verfahren vernommen hat, erklärt hierzu, daß Rölke den Eindruck eines quasseligen Menschen gemacht habe.

Es werden alsdann einige Zeugen vernommen, von denen sich der Angeklagte unter der falschen Vorspiegelung

Geld geliehen

hat, daß es für seinen Vater sei. Zwei dieser Zeugen bekunden, daß sie den Angeklagten nicht gedrängt oder um Wiedergabe des Geldes gemahnt hätten. — Ein Zeuge Fischer bekundet u. a., daß der Angeklagte ihm gesagt habe, er sei so aufgregt, daß er nicht schlafen könne. — Der Angeklagte bestreitet dies. Er

schlafe stets sehr gut.

Hier im Untersuchungsgefängnis selbst schlafe er täglich zehn Stunden. — Präsident: Na, das zeugt nicht von Aufgeregtheit. Sie verbüßen ja wohl Ihre Strafe in der Untersuchungshaft und müssen arbeiten. Was arbeiten Sie denn? — Angeklagter: Ich muß Tüten drehen. — Ein Zeuge Otto, der mit dem Angeklagten bekannt war, und dessen „Passion" es ist, den Charakter der Menschen zu studieren, erklärt u. a., daß der Angeklagte weichherzig veranlagt ist und er ihn nimmermehr einer so furchtbaren Tat für fähig halte. — Restaurateur Rudolf schildert den Angeklagten als einen angenehmen Menschen, der bei allen beliebt war. Der Vater sei streng gegen ihn gewesen, wie auch gegen die anderen Kinder. Ein intimes Verhältnis habe zwischen dem Angeklagten und dem Vater nicht obgewaltet. Der Förster sei streng und barsch, aber nicht nachtragend gewesen. Der Angeklagte sei gutmütig, freundlich und gefällig. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt:

Hält der Zeuge den Angeklagten eines Vatermordes fähig?

— Zeuge: Wir alle die wir ihn kennen, glauben nicht, daß er seinen Vater erschossen hat. — Plättereibesitzer Otto, der nächste Zeuge, hat freundschaftlich in der Familie des Försters verkehrt, und läßt sich ausführlich über das dort

herrschende Familienleben

aus. Speziell wird er befragt, ob es wahr sei, daß eines Tages die Ella Schwarzenstein heulend aus dem Keller gestürzt gekommen sei und geschrien habe: „Ernst (Mehlisch) blutet schon, Vater schlägt ihn noch tot!" Darauf soll, wie der Zeuge bestätigen soll, der Angeklagte sehr erregt gewesen sein, einen Revolver ergriffen und die Absicht gehabt haben, seinem Vater entgegenzutreten, der Zeuge soll ihm aber zugeredet haben, vernünftig zu sein. Der Zeuge schildert den Vorgang in einer Weise, die für den Angeklagten nicht belastend ist. — Ein Geschworener: Wir wünschten von dem Zeugen zu wissen ob der Förster auch den Angeklagten verprügelt hat? — Zeuge: In meiner Gegenwart niemals. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Der Angeklagte gibt ohne weiteres zu, daß er als Junge von seinem Vater hier und da wohl mal eine Ohrfeige bekommen hat, wie das nicht so ungewöhnlich ist. In den letzten zwei Jahren ist er aber vom Vater niemals mehr geschlagen worden. — Der Zeuge Gastwirt Graf, bei dem der Förster Schwarzenstein am Abend wenige Stunden vor dem Morde noch verkehrt hat, bestätigt dem Verteidiger, daß etwa um 7¼ Uhr im Lokal ein

Mann von etwa 27 Jahren

bemerkt worden ist, der einen eigentümlichen Eindruck machte. — Rechtsanwalt Dr. Schwindt beantragt die Ladung eines Zeugen, der in der Mordnacht Schüsse gehört und unmittelbar danach von dem Fenster seines Hauses aus zwei Männer rasch weglaufen gesehen habe. — Kriminalkommissar Leonhardt bemerkt hierzu: Er habe seinerzeit nach dieser Sache recherchiert. Der Mann habe sich damals nicht auf seinem Fuß befunden, sondern nur mit der Frau gesprochen. Diese habe aber selbst gesagt, ihr Mann wolle sich bloß Zeugengebühren verdienen, und sei absolut unglaubwürdig. — Es folgen dann mehrere Zeugen, die über das

Verhältnis zwischen den Eheleuten Schwarzenstein

befragt werden. Verschiedene dieser Zeugen schildern, daß das Verhältnis zwischen den Eheleuten nicht sehr gut war, sondern eine gewisse Spannung zwischen ihnen obwaltete. Einige Unstimmigkeiten sollen wegen der Verwaltung der Erbschaft, die der Frau Förster zugefallen war, geherrscht und sich bemerkbar gemacht haben. Auch das Verhältnis zwischen Vater und Sohn soll nach der Ansicht einiger Zeugen nicht das beste gewesen sein. Der Willy Schwarzenstein habe sich immer als der noble Mann aufgespielt und sei wegen seines etwas arroganten Auftretens im Dorf vielfach spöttisch „der Herr Forstrat" genannt worden. Ein Zeuge weiß, daß der Vater sich sehr mißliebig über seinen Sohn ausgelassen und oft darüber geklagt habe, daß der Sohn sehr leichtsinnig sei und ihm viel Aerger bereitet habe. — Eine Frau Mewes sagte aus, daß das Verhältnis zwischen den Eheleuten Schwarzenstein nicht sehr glücklich gewesen sei. Der Mann habe auf die Frau geschimpft und die Frau auf den Mann. Bei einem Vorfall habe der Förster den Sohn im Jahre 1907 geschlagen. Willy sei darüber sehr empört gewesen, so daß er einen Revolver verlangte und sich das Leben nehmen wollte. Der Förster habe der Zeugin nachher gesagt, sie sollte sich gar nicht aufregen, Willy habe schon lange etwas auf dem Kerbholz. Die Frau ist eifersüchtig gewesen und sagte: ihr Mann tränke und halte es mit den Weibern. Die Zeugin bekundet noch weiter: Die

Frau Försterin

habe draußen zu Zeugen in bezug auf diese Gerichtsverhandlung gesagt:

Sie können uns alle den Buckel lang rutschen,

uns kann kein Mensch etwas! — Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Das hatte vielleicht Bezug darauf, „daß andere Frauen der Frau nachgeredet haben, sie habe ihren Mann ins Grab gespuckt. Ferner läßt sich der Verteidiger durch die Zeugin bestätigen, daß sie die Haustür des Försterhauses oft offenstehend gefunden habe. — Bei der nun folgenden Vernehmung der Angehörigen des Ermordeten entwickeln sich wiederholt höchst **dramatische Szenen.** Die jetzt

dreizehnjährige Ella Schwarzenstein

betritt unter Schluchzen und Weinen den Saal. Sie gräbt ihr Gesicht tief in ihr tränenfeuchtes Taschentuch und konvulsivische Zuckungen durchlaufen den zarten Mädchenkörper. — Vorsitzender: Du bist Ella Schwarzenstein, nicht wahr? Es ist für Dich ja sehr schwer, die Fassung zu bewahren, aber nimm Dich, soweit Du kannst, zusammen. Ella Schwarzenstein erzählt nun unter heftigem Weinen, daß Willy Schwarzenstein gegen ¾7 Uhr abends nach Hause gekommen sei und Abendbrot gegessen habe. Gegen ½10 Uhr wären sie schlafen gegangen. Nach wenigen Minuten habe sie gehört, wie **Willy noch einmal heruntergekommen** und die Küche gegangen sei. Sie habe hier die Brotmaschine quietschen hören, so daß sie annahm, Willy schneide sich noch eine Stulle ab. Der Vater sei sehr streng gewesen und habe öfter geschimpft, er war dann aber gleich wieder gut.

Frau Mathilde Schwarzenstein,

die Ehefrau des Ermordeten, betritt hierauf, in tiefes Schwarz gekleidet, den Saal. — Vorsitzender: Frau Schwarzenstein, Sie haben das Recht, Ihre Aussage zu verweigern. Sie müssen sich allerdings in einem Zwiespalt Ihrer Gefühle befinden, Sie haben den Mann verloren. Ihr Sohn steht auf der Anklagebank. Wollen Sie unter diesen Umständen aussagen? — Frau Schwarzenstein (heftig schluchzend): **Ich will aussagen,** ich will die reine Wahrheit sagen. — Auf Fragen des Vorsitzenden erklärt die Zeugin folgendes: Sie sei mit ihrem Manne seit 1879 verheiratet gewesen. Seit 1904 habe ihr Mann die Försterei Müggelsee inne gehabt. Diese Stellung sei sehr einträglich gewesen, so daß sie aus dem Ertrage der Wirtschaft die gesamten häuslichen Ausgaben bestreiten konnte. Ihr Mann habe sein ganzes Gehalt für sich verwendet, Ersparnisse habe er trotzdem nicht gemacht, denn sie habe nur 300 M. im Nachlasse gefunden. Die Zeugin behauptet, mit ihrem Mann nicht unglücklich gelebt zu haben, **auch will sie,** wie ihre Tochter Ella, an jenem Abend **die Brotmaschine habe knarren hören.** Als sie dann weiter erklärt, sie sei an dem Mordabend, als im Hause alles schlief, nochmals aus dem Hause gegangen, um nach ihrem Manne zu sehen, entsteht

allgemeine Bewegung

im Saale. — Vorsitzender: Aber davon haben Sie bisher trotz Ihrer wiederholten Vernehmungen niemals auch nur das geringste gesagt! — Zeugin: Selbstredend habe ich das immer gesagt. Ich habe immer gesagt, daß ich um ¼11 Uhr noch einmal die Schlüssel vom Fensterbrett genommen habe und die Haustür aufgeschlossen habe.

Ich selbst habe auch die Schlüssel stecken lassen.

(Bewegung.) — Vorsitzender: Es ist doch aber zum mindesten höchst sonderbar, daß Sie nie mit dieser doch für das Schicksal Ihres Sohnes höchst wichtigen Angabe hervorgetreten sind. Es stand doch in allen Zeitungen, daß sich die Anklage hauptsächlich auf die offene Haustür stützt. — Zeugin: Ich habe diese Angabe doch gemacht. — Amtsrichter Dr. Matz: Wenn die Zeugin dies in Ihrer Vernehmung auch nur andeutungsweise gesagt hätte, so wäre ich doch auf diesen immens wichtigen Punkt näher eingegangen. Die Vernehmung ist sehr sorgfältig vorgenommen und dauerte über 2 Stunden. — Auf eine Frage des Beisitzers Landgerichtsrat Stölting erklärt die Zeugin weiter, daß sie gegen 12 Uhr eingeschlafen sei. **Von den Schüssen habe sie nichts gehört.** — Staatsanwaltsrat **Schmidt:** Hat Ihr Sohn schon am Abend vorher von Schmerzen im Fuß gesprochen? — Zeugin: Jawohl. — — Dr. Schwindt: Hieß es denn nicht immer, daß Willi der Lieblingssohn Ihres Mannes sei? — Zeugin: Jawohl, mein Mann hielt früher große Stücke auf ihn. Die Zeugin erklärt schließlich noch, daß sie der Ansicht sei, daß ein Wilderer ihren Mann erschossen habe.

Die **beiden Brüder des Angeklagten, der Hilfsförster Emil S. und der Bootsmannsmaat Otto S.,** bekunden, daß sie ihrem Bruder die Tat keinesfalls zutrauen und sie auch nachher nicht das geringste Auffällige bemerkt hätten. Ihre sonstigen Bekundungen entbehren jeglichen Interesses.

Ueber die

Gewehrfrage

läßt sich der Polizeianwärter **Kreuckel,** der bei den Recherchen den Kriminalkommissar Leonhardt unterstützt hatte, dahin aus, daß aus dem Gewehr kurze Zeit vor dem 23. Januar geschossen sein müsse.

Oberwachtmeister **Heisler** bezeugt: Es sei ausgeschlossen, daß das Gewehr des Angeklagten, welches ursprünglich nicht zur Stelle war, an der Stelle gestanden haben könne, wo es der Angeklagte vorgefunden haben wollte. Er habe nach dem Gewehr gesucht, jedes Kleidungsstück beiseite geschoben und hoch gehoben, aber kein Gewehr gefunden. Die Verwechselung des Försters mit einem Stück Wild sei ausgeschlossen. Der Zeuge hat auch die Insassen des Försterhauses danach gefragt, ob jemand noch aus dem Hause gegangen sei, nachdem der Knecht Mehlisch die Tür verschlossen habe; es wollte aber niemand nach draußen gegangen sein.

Einige weitere Zeugen, darunter ein junges Mädchen, welches mit dem Angeklagten im Liebesverhältnis steht, sind ohne Bedeutung.

Die Sachverständigen Medizinalrat Dr. **Pfleger** und Gerichtsarzt Dr. **Marx** haben die Obduktion der Leiche des Försters Schwarzenstein vorgenommen und bekunden ihre Befunde. Danach war der erste Schuß, der in die Beine des Ermordeten ging, nicht tödlich, dagegen der zweite Schuß, der aus nicht weiter Entfernung abgegeben sein muß.

Nach Vernehmung noch einiger Zeugen wird die Sitzung nach 8 Uhr auf Mittwoch 9½ Uhr **vertagt.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 24. Juni.

Anfang 8 Uhr.

Deutsches. Die Brettlgräfin.
Kammerspiele. Geldstern.
Lessing. Der Raub der Sabinerinnen.
Neues. Nächte im Hampton-Klub. Schöps.
Neues Schauspielhaus. Die Dollarprinzessin.
Kleines. 2 × 2 = 5.
Berliner. Raffles.
Komische Oper. Die Fledermaus.
Lustspielhaus. Die blaue Maus.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Waffenschmied.
Schiller Charlottenburg. Das Opferlamm.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Der Stabstrompeter.
Thalia. Der Mann mit dem Monocle.
Metropol. Ein Walzertraum.
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.
Luisen. Dir wie mir. Die Stimme des Blutes.
Trianon. Frau Baronin.
Bernhard Rose. Im Hause der Sünde.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Die süßen Grisetten. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage. Berlin in Stimmung. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses. Direktion: Alfred Halm.
8 Uhr. **Raffles.** 8 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Täglich:
Spreelottchen.
Volksstück aus dem Berliner Leben.
Dazu
erstklassige Spezialitäten.
Im Saale von 5 Uhr ab:
Tanz.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Oskar Strauß.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
8 Uhr. **Schauspielhaus.** 8 Uhr.
Der Stabstrompeter.
Gesangsposse in vier Akten von W. Mannstaedt. Musik von G. Stessens.
Donnerstag: Der Stabstrompeter.
Freitag: Der Stabstrompeter.
Sonnabend: Der Stabstrompeter.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132.
8 Uhr. Sommerpreise.
Im Hause der Sünde
(Um eine Liebesnacht).
Ein Drama des Sinnenrausches in vier Akten von Maximilian Bryan (Grundmotiv von Zola).

Lustspielhaus.
Sommerpreise. Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

Neues Operetten-Theater
Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.
Sommerpreise. Anfang 8 Uhr:
Der Mann mit den drei Frauen.

Metropol-Theater
Zum 277. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Das bestventilierte Theater Berlins!
Ab 8 Uhr: **Die hervorrag. Attraktionen,** u. a.: **Verona-Truppe,** die ersten Radfahrer der Welt. 9¼: **Die süßen Grisetten,** Operette. 10 Uhr: Greta Gallus, Soubrette. 10½ Uhr: **Wiener Jubiläumsfestzug.** 10½: Bert Bernards Compagnie: **Ein Abend in einem amerikanisch. Tingel-Tangel.**

Luisen-Theater.
Reichenberger Straße 34.
Abends 8 Uhr:
Dir wie mir.
Hierauf:
Die Stimme des Blutes.
Donnerstag bis Montag: Dir wie mir. Hierauf: Die Stimme des Blutes.
Sonntag nachmittag zum letzten Male: Im Goldland.

Volksgarten-Theater
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —
Täglich:
1001 Nacht.
Riesen-Spezialitäten-Programm.
Olga Verdi. × Fritz Lachmann.
Anfang 4 Uhr.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Täglich
Die Welt ein Paradies
große Ausstattungs-Revue und erstklassige Spezialitäten.
Anf. Sonst. 4 Uhr, Wochent. 4½ Uhr
Im Saale: **Täglich gr. Ball.**

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Walhalla-Variété-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Spezialitätenvorst. im Garten.
Bei schlecht. Witterung i. Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Anfang d. Gartenkonzerts 7 Uhr.
Kleine Preise.

Berliner Ulk-Trio.
Felix Scheuer Kreuzbergstr. 1.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren — — die Hälfte. — —

WINTER GARTEN

Neues Programm

von

Publikum und Presse glänzend beurteilt.

Passage-Theater.
Der größte Saisonerfolg
Gastspiel Willi Agoston in der tollen Burleske
Berlin in Stimmung!
Das Tollste vom Tollen und die
neuen Juni-Spezialitäten.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Willi Veigt.
Täglich:
Der deutsche Michel.
Erstklassige Spezialitäten.
Karl Braun, Verwandlungs-Künstler.
Mirzl v. Wenzl, Lichtvolles Liliputaner.
Paul Coradini.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Vorverkauf von 10 Uhr ab.

Neue Welt.
Hasenheide 108—114.
Jeden Mittwoch:
Großes Kinderfreudenfest
Kinderbelustigungen aller Art.
Puppentheater, Bonbonregen, Kinder-Fackelzug.
Gratisverlosung:
1. Preis für Knaben:
1 silberne Herrenuhr.
1. Preis für Mädchen:
1 silberne Damenuhr.
Gr. Doppel-Konzert und Vorstellung.
Anf. 4 Uhr. Entree 15 Pf.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Der Garten ist geöffnet.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsch. Sänger
und
Tanzkränzchen
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Variétésterne.
Burleske von Meysel.
Meysel als Saharet.
Britton als Isadora Duncan.
Anf. Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Max Kliems Sommer-Theater.
— Hasenheide 13—15. —
Artistische Leitung: Bernhard Lange.
Donnerstag, den 25. Juni:
Klassiker-Abend:
Minna von Barnhelm.
Lustspiel in 4 Akten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
(Morwitz-Oper.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Waffenschmied.
Romantisch-komische Oper in 3 Akten von Albert Lortzing.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Wildschütz.
Freitag, abends 8 Uhr:
Carmen.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Das Opferlamm.
Schwank in 3 Aufzügen von Oskar Walther und Leo Stein.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Auf der Sonnenseite.
Freitag, abends 8 Uhr:
Ohne Geläut.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8.
Frankfurter Chaussee 5.
Jeden Mittwoch:
Großes Militär-Konzert
ausgeführt von der Jugendwehr.
Soiree der Apollo-Sänger.
Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.**

Diez' Spezialitäten-Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.
Ob schön! Kommen! Sehen! Staunen! Ob Regen!
Täglich: 33652*
Das größte u. beste Programm Berlins.
Nur Attraktionen, u. a.: Zum erstenmal in Europa:
Das größte Welträtsel des Erdballs! Von der gesamten amerik. Presse als d. größte Weltwunder bezeichnet: **The great Simpson.**
Der Berüchtigte des Todes. Ein bezahlter Selbstmordkandidat!
Gr. Ball. Kaffeeküche.. Volksbelustigungen aller Art.

Um die aus der Konkursmasse

„Blitz"

erworbenen Waren endlich zu räumen, verschenken wir einen großen Posten

(gratis) **Herren-Sommer-Paletots** (gratis)

nur bei Vorzeigung der Annonce und bei Einkauf 1 Anzuges von Serie 7–12.

Serie 7: **Kammgarn-Anzug,** Gladb. elegante Verarbeitung, **19.75 M.**
dazu gratis 1 Sommer-Paletot.

Serie 8: **Buckskin-Anzug,** neueste braune Muster, **22.50 M.**
dazu 1 Sommer-Paletot gratis.

Serie 9: **Cheviot-Anzug,** extra prima, alle Farben, **25.00 M.**
dazu 1 Sommer-Paletot gratis.

Serie 10: **Gehrock-Anzug,** Satin oder Cheviot, **28.00 M.**
dazu 1 Sommer-Paletot gratis.

Serie 11: **Eleganter Anzug,** Ersatz für Maß, **34.00 M.**
dazu 1 eleganter Paletot gratis.

Serie 12: **Kammgarn-Anzug,** erstklassige Verarbeitung, **42.00 M.**
dazu 1 hocheleganter Paletot gratis.

1 Posten Herren-Anzüge 6.65 M., 8.75 M., 9.80 M.,

Piqué-Westen zum Aussuchen, Stück **1.45 M.**

Lüster-, Leinen-, Loden-Joppen, Kinder-Anzüge, Pelerinen
bis
50% unter Preis. 274/20*

85 Chausseestraße 85	Gr. Frankfurter Straße 137
Kottbuser Damm 29-30	10 Schöneberg, Hauptstraße 10

9 Rosenthaler Straße 9, Ecke Auguststraße.

Ein wahres Wunder

scheint der Waschprozeß mit Persil — das neueste und vollkommenste Waschmittel der Gegenwart. Seine Waschkraft ist geradezu staunenerregend. Ohne Seife und Soda, ohne Waschbrett, Reiben und Bürsten, selbst ohne zweites Kochen, nur durch Hinzutun von

Persil allein, also ohne jede Mühe und Arbeit wird die **Wäsche**

dauernd blendend weiß, ohne sie im geringsten anzugreifen. Garantiert chlorfrei, unschädlich und gefahrlos!

Wir vergüten jeden Schaden, der nachgewiesenermaßen selbst bei falscher Anwendung durch Persil entstanden sein sollte.

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**
auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

Landesausstellungspark

Neu erbaut: Festsäle
Gartenrestaurant
Konditorei und Café

Täglich Konzert
: von 4 Uhr ab :

Dejeuners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners u. Soupers v. 4.00 an

Marine-Variété.
Dir.: A. Linde.
Alt-Moabit 1. Am Lehrter Bahnhof.
Täglich:
Im herrlichen, vollständig neu eingerichteten Sommergarten:
Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung
Durchweg erstklassige Künstler.
Anf. Sonnt. 4 Uhr, wochent. 6 Uhr.
Gleichzeitig empfehle mein Etablissement den verehrlichen Vereinen zur Abhaltung von Festlichkeiten.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16
Alma Alberti — Adolf Bula — Lia Delinda — Anton Hildach — Leo Daretty — Leo Persinas
½10. **Das ehrliche Berlin.** ½10.
Anf. 6 Uhr. Kaffeeküche 3—6 Uhr.
Donnerstag: Einmalige Aufführung:
Tiefen Lenger.

Gustav Lindenhayn,
Gastwirtschaft. Telephon: Amt Grünau Nr. 17
Grünau, Friedrich-Str. 2.
5 Minuten vom Bahnhof.
Großer Garten. Vereinszimmer.
Fremdenlogis. 26611*
Vorzügliche Speisen und Getränke in größter Auswahl zu soliden Preisen.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon **Anzug od. Paletot** nach Maß, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. **Moritz Leband,** Neue Promenade 11 (Städt. Börse).

Schweizer Garten.
Am Königstor, Am Friedrichshain 29/32
Straßenbahn: 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63, 74 und Q.
Täglich: Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Zum Schluß abends 10 Uhr:
Wie einst im Mai
Volksstück mit Gesang in 2 Akten.

Ostbahn-Park
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Achtung, Vereine!
für **Sommer- und Kinderfeste** empfehlen:
Stocklaternen, Fackeln, Schärpen, Kopfbedeckungen, Illuminat.-Laternen, Dekorationsgirlanden, Verlosungsartikel, Harken, Sensen, Keglerpreise, Jux- u. Scherzartikel, Feuerwerk, Festabzeich.
Große Auswahl, billige Preise, kulante Bedienung
Pohl & Weber Nachf., Berlin.
Am Spittelmarkt 4/5 I — Inh.: Otto Oeser.
Alexanderstr. 51/52 — Inh.: Ernst Herbst.
Kataloge gratis und franko sowie Versand nach außerhalb.

Rauchen Sie
Phänomen
Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE — ALEXANDERPLATZ — FRANKFURTER ALLEE 109-111

Diese Woche — soweit Vorrat:

Glaswaren

Press-Cristall-Service „Royal"

Salat- und Compotschalen, runde Form
23, 35, 48, 65, 95 Pf., 1^{30}
Salat und Compotschalen, eckige Form
30, 45, 60, 80 Pf., 1^{05} 1^{45}
Kuchenteller rund .... 65 95 Pf., 1^{30}
Compotieren oval .... 1^{25} 1^{60}
Schalen viereckig façoniert ..... 95 Pf., 1^{25} 1^{60}
Compotteller .... 15 18 Pf.
Butterdosen .... 95 Pf.
Honigdosen .... 65 Pf.

Konserven-Gläser

	½ Ltr.	1 Ltr.	1½ Ltr.	2 Ltr.
System Adler	28	38	45	50 Pf.

	½ Ltr.	¾ Ltr.	1 Ltr.	1½ Ltr.	2 Ltr.
System Perfekt	48	53	60	70	85 Pf.

Echtes Porzellan, weiss

Tafelgeschirre

	„Mignon" verzierte Form	„Empire" glatte Form
Speiseteller flach		14 Pf.
Suppenteller tief		16 Pf.
Dessertteller		9, 12 Pf.
Kompotteller		6 Pf.
Supp.-Schüsseln mit Deckel		85 Pf., 1^{10}
Kartoff.-Schüss. mit Deckel		58, 75 Pf.
Saucieren		45 Pf.
Salatieren viereckig		25, 38 Pf.
Bratenschüsseln oval..	25, 35, 55, 75 Pf., 1^{15}	
Kompotieren oval		20, 35 Pf.
Kompottschalen rund, ca. 14 cm..		4 Pf.

Kaffee-Geschirre in modernen Formen

Kaffee- oder Teekanne .... 45 Pf.
Milchgiesser .... 18 Pf.
Zuckerdose mit Deckel .... 15 Pf.
Tassen mit Untertasse .... 9 Pf.

Dekor. Porzellan

Obstservice 7teilig mit Erdbeer-Dekoration
bestehend aus 1 Fruchtschale auf hohem Fuss und 6 Obsttellern .... 2^{95}

Kaffeeservice aparte Formen und moderne Dekoration
für 6 Personen, 9teilig 2^{65} 3^{25} 3^{65} 3^{95}
für 12 Personen, 16teilig .... 7^{90} 10^{50}

Tassen decoriert u. Goldrand ...... 20, 23 Pf.
Tassen niedere Form, Rosendekoration .... 32 Pf.
Tassen niedere Form, apart dekoriert ..... 38 Pf.

Citronenpressen Porzellan, dekoriert 2teil. (Presse u. Untersatz) 50 Pf.
Dessertteller dekoriert od. Goldverzierung 28 Pf.
Satz Milchtöpfe 6teilig dekoriert .... 95 Pf.

Emaille

Schmortöpfe .... 35, 40, 48, 65 Pf.
Kasserollen mit Stiel .... 25, 30, 35, 40 Pf.
Maschinentöpfe .... 18, 20, 25, 30 Pf.
Schüsseln flach .... 30, 38, 48, 70 Pf.
Schüsseln tief .... 42, 48, 55, 70 Pf.
Teller flach .... 8, 10, 15 Pf.

Wassereimer ca. 28 cm .... 65 Pf.
Wassereimer dekoriert .... 1^{75} 2^{35}
Wassereimer dekoriert, mit Messingbügel .... 2^{75}
Toiletten-Eimer gerade Form .... 1^{90} 2^{25} 2^{50}
Toiletten-Eimer mit Rohrbügel .... 3^{25}
Fenster-Eimer mit Aufschrift .... 1^{25} 1^{45}

Wannen oval .... 1^{25} 1^{50} 1^{70} 1^{95}
Wannen rund .... 1^{40} 1^{85} 2^{35} 2^{65}
Konsol mit Behälter für Sand, Seife, Soda .... 85 Pf.
Seifenbehälter für die Leitung .... 15 Pf.
Essenmenagen 3teilig .... 2^{00} 2^{50} 3^{00}
Semmelbehälter .... 1^{10}

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Pfandleihhaus Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf verfallener Pfänder, Herrengarderobe, Gardinen, Aussteuerwäsche, Schmucksachen, Betten, Teppiche, Uhren. *

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2993K*

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Schlafdecken 1,15. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 910K*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Jedermanns spottbilligste Einkaufsquelle! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Sommerpaletots! Herrenhosen! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Pfänderverkauf! Nähmaschinen! Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Sonntags ebenfalls geöffnet.

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Ratz, Mulackstraße 14.

Pfandleihhaus! Rixdorf, Bergstraße achtundfünfzig. Pfänderauktion beendet. Spottbilligster Bettenverkauf! Hochmoderne Sommerpaletots! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Aussteuerwäsche! Gardinenverkauf! Steppdecken! Tischdecken! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Schmucksachen! Nähmaschinen! Möbelstücke! Spottpreise!

Tischdecken (reich gestickt), in Viktoriatuch 1,85—3 Mark, in Velvetplüsch 4,85—5,65. Saison-Extrapreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 9198*

Gaskocherhaus!!! Zweilochgaskocher! 3,00. Geschlossene Spargaskocher! Gasbügelapparat! 5,00. Schneidereisen billig! Bronzegaskronen! Gaszuglampen! 9,00. Gasrohrlyren! 1½. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. 908K*

Lauben - Baumaterialien, gebrauchte und neue, wie: Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Auswahl, billigst. Hasenheide 2 (am Hermannplatz). 2550b*

Abreisewegen prachtvolle Metallbetten, Kinderbettstelle, hochaparte Kinderwagen sofort spottbillig Rappold, Ritterstraße 90. 887K*

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzelt, nur Rosenthalerstraße 10. 268/11*

Littauer-Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte, spottbillig, Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67. 2829b

Kartoffeln, Zentner 3,20, 2,90, 2,50, 20 Pfund 0,65, 0,60, 0,50. Rixdorf, Raschinski, Steinmetzstraße 113. †107*

Sportwagen verkauft Adrian, Tegelerstraße 29. †84

Umständehalber Singermaschine, Wringmaschine billig. Krautstraße 51, Seitenflügel I. 2826b

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 2682b*

Landparzellen in schöner, gesunder Vorortlage, Quadratrute 8 Mark an. Näheres dortselbst bei F. Holzhüter, Schöneiche (Bahnhof Rahnsdorf). †114*

Anzüge, Paletots, zurückgebliebene Maßsachen spottbillig. Bluhm u. Co., Friedrichstraße 212 I. Kein Laden!

Kinderwagen, neu, abreisehalber 16,00. Mitzschke, Exerzierstraße 25.

Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft mit Stube verkauft billig Melchiorstraße 33. 139/3

Restaurant mit Vereinszimmer, 70—80 Personen fassend, verkauft Weiß, Lortzingstraße 10. †147

Kolonialwaren-Geschäft, kleines, 30 Jahre bestehend, billig zu verkaufen, Nähe Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 20. †114

Papier- und Zigarrengeschäft, viel Zigaretten, jetzt oder später verkäuflich. Weiß, Neue Hochstraße 6. 139/5

Gutgehendes Kartoffel- und Heringsgeschäft verkauft krankheitshalber billig Lychenerstraße 116. †96

Seifengeschäft, neu, ohne Konkurrenz, prachtvolle Wohnung, Vorort, Umstände wegen verkäuflich. Offerten M. P. 1974 Expedition „Morgenpost", Kochstraße. 2827b

Restaurant, großes Fabrikgeschäft, billig verkäuflich Wassertorstraße 48.

Wegen Todesfall kleines Zigarrengeschäft zu verkaufen. Frau Brandes, Charlottenburg, Sophie-Charlottenstraße 30. †126

Eckrestaurant, Parteilokal, gutgehend, umständehalber sofort billig zu verkaufen. Zu erfragen Wengels, Rüdersdorferstraße 3. †127

Restauration, alte, wegen Krankheit sofort preiswert zu verkaufen, Miete billig, großer Umsatz. Wernig, S., Stallschreiberstraße 56. 2821b

Möbel.

Teilzahlung. Möbeleinrichtung, Stube und Küche, Anzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark an. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. „Berolina", Kastanienallee 49. 2812b*

Paneelplüschsofa, funkelnagelneu, entzückendschön, Stickereimuster 40,00, Chaiselongue, Muschelbetten 30,00, Kleiderspinde, Vertiko 20,00, Regulatoruhren, Bilder, Auszugtische 15,00, Sofatische 10,00, Schreibtische, Teppiche, Privatverkauf, auch Sonntag. Schlegelstraße 31, Vorderhaus I. *

Räumungsverkauf! Neue, zurückgesetzte und verliehen gewesene Möbel sollen vom 23. bis 27. Juni zu außergewöhnlich billigen Preisen verkauft werden. Darunter hochelegante Garnituren von 100,— an, Kleiderspind 24,—, Vertiko 28,—, Ausziehtisch 15,—, Bettstellen mit Matratze 19,—, Waschtoilette 20,—, elegante Taschensofas 44, Büfette staunend billig, Herrenschreibtisch 28,—, moderne Küchen von 38,— an. Lagerung. Transport frei. Stargardts Möbelfabrik und Speichereien, Dresdenerstraße 107/108. Sonntags geöffnet.

Sofas, neu, billig verkäuflich, Watzmannstraße 12, vorn I links.

Fahrräder.

Fahrräder. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20 Skalitzerstraße 40. 3205K*

500 gebrauchte Fahrräder wegen Lagerüberfüllung 5,—, 10,—, 15,—, 20,—, 25,—. Sämtliche Marken und Systeme, Brennaborräder, Dürkoppräder, Opelfahrräder, Wandererräder, Adlerfahrräder. Günstigste Gelegenheit für Händler, Pfandleiher. Machnow, jetzt Weinmeisterstraße 14. *

Herrenfahrrad, Damenfahrrad wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 2120*

Damenfahrrad verkauft Naunynstraße 70, Hof 2. Eingang, Kollreiber.

Fahrräder, Grammophone, Teilzahlungen, ohne Aufschlag, Lothringerstraße 40. 6748*

Herrenfahrrad, fast neu, Glockenlager, dringend, spottbillig, Gubenerstraße 16, zweites Quergebäude I. *

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a. 2555K*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Kunststopferei von Frau Kokosky, Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Nähmaschinenreparaturen, fachgemäß, schnell, billig, in eigener Werkstatt, auch außer dem Hause. Bellmann, Gollnowstraße 26. 994K*

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Simplicissimus-Jahrgänge, Bücher und ganze Bibliotheken kauft Beyer, Oranienstraße 138. 2810b*

Achtung! Holzbildhauer, der sich selbständig machen will, kann sich melden in Forst (Lausitz), Topfmarkt 8. Eingerichtete Werkstelle ist vorhanden.

Vermietungen.

Wohnungen.

Prächtige Ein- und Zweizimmerwohnungen sofort Soldinerstraße 32/34.

Sommerhäuschen, Stadtbahn, 20 Tour, sofort beziehbar billig. Sander, Blumenstraße 9. 298/5

Zimmer.

Möbliertes Vorderzimmer, ein, auch zwei Herren, Urbanstraße 65, rechter Aufgang II. 2744b

Stube, einfach, Herr allein, Kommandantenstraße 15, Hof links, Keller, Weiß. 2825b

Möblierte Stube, 18,00, Balkon, Pension, sofort, Mulastraße 5, Ecke Schönhauser Allee, Brunner. †96

Schlafstellen.

Gute Schlafstelle, Neumann, Rigaerstraße 107, Portal II, III. †57

Möblierte Schlafstelle für zwei Herren, sauber und billig, zu vermieten Nostizstraße 52 IV links.

Möblierte Schlafstelle 2 Herren, Wilsnackerstraße 20, Hof parterre, Schreiber. 2674b

Bessere Schlafstelle, 1 oder 2 Herren, Sorauerstraße 9, vorn I, Schmidt. †19*

Möblierte Schlafstelle, auch Bäcker, Witwe Scheffler, Swinemünderstr. 41, Quergebäude I. †147

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Tüchtigen Stampfer für Kunststein, mit allen Arbeiten vertraut, verlangen Fischer u. Co., Groß-Lichterfelde, Bahnstraße 4. 944K

Tüchtige Klempner und Schlosser auf Molkereigeräte wollen sich melden mit Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit unter O. H. 8244, „Berliner Tageblatt", Frankfurterstraße 33.

Zuverlässige, ältere Frau zur Führung eines Haushaltes bei kleinen Kindern gesucht. Abends 6—8. Apfelgrün, Rixdorf, Richardstraße 46, IV.

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Königstraße 56/57. 139/2*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

2 Schnellpressen-Monteure
mit gründlicher Erfahrung im Bau von Buch- und Steindruck-Schnellpressen, zuverlässig in jeder Hinsicht, sofort gegen guten Lohn und Umzugskosten gesucht. 2820b
Maschinenfabrik Johannisberg. Reparaturwerkstätte Danzig-Langfuhr.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Zentrum:
Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
A. Hahnisch, Auguststr. 50.

Westen:
G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12.
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Karl Marx, Lychenerstr. 123.
Karl Weitze, Nazarethkirchstr. 49.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrolle, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Gneisenaustr. 72.
H. Schröder, Hagelbergerstr. 27.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horich, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg:
A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
K. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 39a.

Reinickendorf:
P. Gurich, Grünerweg 45.

Treptow: 245/2*
R. Gramenz, Kiefholzstr. 412.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Die Genossen und Genossinnen, welche Bücher aus der Bibliothek entliehen haben, werden gebeten, dieselben wegen der am 1. Juli stattfindenden Inventur möglichst bald zurückzugeben.

Berliner Nachrichten.

Zur Abstimmung über den Achtuhr-Ladenschluß.

Von den verschiedensten Seiten gehen uns Mitteilungen zu, nach denen bei Inhabern offener Ladengeschäfte Personen erschienen sind, um die Abstimmungskarten in Empfang zu nehmen. Da nach einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten die Ladeninhaber ihre Abstimmung für oder gegen den Achtuhr-Ladenschluß bei dem Vorsteher oder dessen Stellvertreter des für das Geschäft zuständigen Polizeireviers schriftlich oder zu Protokoll erklären sollten, tauchte der Verdacht auf, daß es sich bei dem Einholen dieser Karten durch fremde Personen um einen Trick der Gegner des Achtuhr-Ladenschlusses handele. Wie uns nach neuerlichen Erkundigungen mitgeteilt wird, haben einige Unterkommissare ohne Kenntnis des Polizeipräsidenten zu dieser Art der Einholung der Karten durch den Ausschuß der Ladeninhaber und Gehilfen ihre Zustimmung erteilt. Im Interesse einer gewissenhaften Erledigung der Abstimmung liegt es aber, die Abstimmung so zu erledigen, wie auf den Abstimmungskarten vorgeschrieben ist, und sich jeder Vermittelung durch Befugte oder Unbefugte zu enthalten. Die Bestimmungen, die der Polizeipräsident über die Abstimmung veröffentlicht hat, lauten:

„Ich fordere auf Grund des § 139f Abs. 2 der Gewerbeordnung hierdurch alle in der Liste eingetragenen beteiligten Geschäftsinhaber einschließlich der Antragsteller auf, „ihre Aeußerung für" oder gegen den oben erwähnten Antrag entweder schriftlich oder zu Protokoll in der Zeit vom 17. bis einschließlich 30. Juni 1908 in den für ihr Geschäft zuständigen Polizeirevierbureaus während der Dienststunden einzusenden oder abzugeben.

Für die Entgegennahme dieser schriftlichen bezw. protokollarischen Aeußerungen, ferner für die Prüfung, ob diejenigen, welche eine Aeußerung abgeben, zu den (in der Liste eingetragenen) beteiligten Geschäftsinhabern gehören, endlich zur Eintragung der Aeußerungen in die Liste ist für jeden Revierbezirk der betreffende Reviervorsteher (bei Behinderung desselben sein Stellvertreter), für den übrigen Teil des Verfahrens der königliche Regierungsrat Dr. Schmölders hierselbst zum Kommissar ernannt worden.

Ich bemerke hierbei ausdrücklich, daß gemäß § 5 Absatz 1 der oben erwähnten Bundesratsvorschriften bei der demnächstigen Feststellung der Zweidrittelmehrheit, welche für die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses nach obigem Antrag erforderlich ist, nur diejenigen in der Liste eingetragenen Geschäftsinhaber gezählt werden, welche eine bestimmte Aeußerung für oder gegen den Antrag innerhalb der oben festgesetzten Frist abgegeben haben. Später eingehende Aeußerungen, ferner Aeußerungen, die unbestimmt oder ausweichend lauten, oder von nicht in der Liste eingetragenen Geschäftsinhabern, oder von einer anderen Person als dem Geschäftsinhaber selbst, eingesandt oder abgegeben werden, bleiben unberücksichtigt. Kein Geschäftsinhaber, auch wenn er zahlreiche Filialen besitzt, hat mehr als eine Stimme; das Stimmrecht ist in dem für das Hauptgeschäft zuständigen Polizeirevier auszuüben; sollte es vorkommen, daß dies in der Liste nicht eingetragen ist, wohl aber eine Filiale, so kann das Stimmrecht in dem für die Filiale zuständigen Revier ausgeübt werden, jedoch jedenfalls nur einmal.

Die den Geschäftsinhabern zugegangene Postkarte ist der schriftlichen Abstimmungserklärung beizufügen bezw. bei protokollarischer Abstimmung mitzubringen, um die Auffindung des Abstimmenden in der Liste zu erleichtern.

Außerdem wird es für alle diejenigen Geschäftsinhaber, die als solche auf dem Revierbureau nicht genügend bekannt sind, sowie allgemein bei schriftlicher Aeußerung über den Antrag der Beifügung bezw. Vorlegung einer Legitimation bedürfen (z. B. Beglaubigung der Unterschrift des Geschäftsinhabers durch den zuständigen Bezirksvorsteher; Beifügung des Steuer-Veranlagungsschreibens oder Steuerzettels usw.). Für die Rücksendung brieflich eingesandter Legitimationspapiere ist zugleich ein Freikuvert beizufügen."

Abschiebung altersschwacher Leute nach dem Irrenhause. Wir haben mehrfach berichten müssen, daß bejahrte Personen beiderlei Geschlechts, für die in der Familie nicht mehr ausreichend gesorgt werden konnte, und daher der Antrag auf Unterbringung im Siechenhause gestellt werden mußte, kurzer Hand nach einer der städtischen Irrenanstalten geschafft worden sind. Es bedurfte in dem einen Falle erst energischer Intervention beim Stadtrat Dr. Straßmann, der dann allerdings die sofortige Entlassung aus Herzberge anordnete. Derartige Abschiebungen nach jenem Orte, wo man mit den dort Untergebrachten die wenigsten Umstände zu machen pflegt, werden besonders gern beliebt, wenn es sich um unbemittelte Leute handelt, für die also die Armenverwaltung eintritt. Mit der Armut macht man ja in der Regel nicht allzuviel Federlesens. Der erste Gang führt zum zuständigen Armenvorsteher, der zweite zum Armenarzt, und dann geht's „nach Schema F". Das hat kürzlich ein Berliner Armenarzt bestätigt. Demselben wurde eine Greisin zugeführt, die an der Schrulle litt, daß sie ohne Arbeit, kein Anrecht auf Nahrung habe. Sonst ließ sich mit der Frau ganz vernünftig auskommen. Bei geringerem Alter müßte man ja solche Weigerung zur Nahrungsaufnahme als fixe Idee, also als eine ausgesprochene Geisteskrankheit, auffassen. Mit alten Leuten wird das dagegen nicht so streng psychiatrisch genommen. Man betrachtet und behandelt allgemein praktisch nur als Altersschwäche, was wissenschaftlich freilich Geistesschwäche ist. Diese wissenschaftliche Diagnose darf jedoch nur ausnahmsweise den Grund abgeben, daß man die betreffende Person ins Irrenhaus steckt. Soviel Rücksicht ist man doch, falls nicht gerade irgend ein gemeingefährlicher Zustand vorliegt, schon der Familie schuldig. Denn niemand legt Ehre damit ein, daß ein Verwandter sich im Irrenhause befindet. Wollte man sämtliche alte Leute, deren Verstandskräfte gelitten haben, als „reif für Dalldorf" halten, so müßten die städtischen Siechenhäuser bis auf wenige Betten entleert werden. Die Geistesschwäche ist aber ein Krankheitsmoment, mit dem man sich im Siechenhause so gut als möglich abfinden muß. Das hat man anderwärts auch längst kapiert, nur Berlin muß selbst darin wieder mal eine Extravorstellung geben. In dem neuesten, zur unserer Kenntnis gelangten Falle wurde der Armenarzt höflichst gebeten, die Unterbringung im Siechenhause zu befürworten. Er erklärte jedoch im barschen Amtston: „Was Sie wünschen, ist mir ganz gleichgültig. Bei uns geht alles nach Schema F. Ihre Mutter gehört nach Dalldorf oder Herzberge!" Natürlich wurde nun der Unterbringungsantrag einstweilen zurückgezogen.

Wir gestatten uns, anderer Meinung als der Herr Armendoktor zu sein. Er mag mit seinem Schema F, praktisch nicht so ganz unrecht haben. Aber es ist eben ein höchst trauriger Zustand, daß solche schematische Behandlung bei uns einreißen konnte. Während man in vielen städtischen Ressorts schon auf individuelle Anschauung der Verhältnisse hohen Wert legt, ist gerade die Armenverwaltung am rückständigsten geblieben. Erst seit einigen Jahren hat man sich, dem Drängen der öffentlichen Meinung folgend, langsam zu der Ansicht bequemt, daß moderne Reformen hier dringend am Platze sind. Nichts ist bedenklicher im Armenwesen, als die Armut schematisch zu behandeln. Auf diesem verhängnisvollen Fehler basieren die meisten Anklagen, welche seit Jahr und Tag gegen unsere Armenverwaltung erhoben worden sind. Hoffentlich macht auch vorliegend Herr Dr. Straßmann, der Dezernent des Kranken- und Irrenpflegewesens, wieder gut, was der Wissenschaftler im Ressort des ersten Mannes an der städtischen Armenspritze nach Schema F. übers Knie bricht.

Ueber die Verwaltung des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde werden uns in letzter Zeit Klagen vorgetragen, die die Amtsführung des Verwalters bezw. seines Stellvertreters da draußen in ein recht sonderbares Licht rücken. Eine uns zugegangene Zuschrift lautet:

Am 19. Juni besuchte ich den Zentralfriedhof in Friedrichsfelde. In meiner Begleitung befanden sich meine Schwägerin und meine beiden Kinder im Alter von fünf und sieben Jahren. Wir haben nahe Verwandte auf dem Friedhofe zu liegen. Nachdem wir deren Gräber besucht hatten, wollten wir auch gleich der Beerdigung des Genossen Bohn beiwohnen. Wir gingen in die Leichenhalle, wohnten der Andacht bei und erbauten uns an dem schönen Gesange. Eine Ansprache wurde nicht gehalten, es war auch kein Prediger dabei; dafür aber Kränze und Buketts mit langen, roten Schleifen. Die Trauerversammlung begab sich aus der Halle. Der Sarg wurde auf den Wagen gehoben und der Trauerzug setzte sich in Bewegung. Wir reihten uns ihm ein; meine Schwägerin mit den beiden Kindern etwa zehn Schritte vor mir, ich ohne Kind hinterher. Jetzt werde ich gewahr, daß ein Mann zu einigen Frauen mit kleinen Kindern auf dem Arm spricht: „Bleiben Sie zurück mit den Kindern!" Meine Schwägerin bezieht das wohl nicht auf sich. Sie ging mit meinen Kindern weiter. Unterdessen komme ich an dem Herrn vorbei. „Sie bleiben auch zurück!" herrscht er mich an. „Ich habe kein Kind," antwortete ich ihm. Da packt mich der Mann am Arm und zwingt mich, herauszutreten. Der Trauerzug stockt einen Augenblick, setzt sich dann aber langsam wieder in Bewegung, und neben mir höre ich eine Frau sagen: „Weshalb lassen Sie die anderen Frauen mit Kindern durchgehen?" Nachdem der Trauerzug vorüber war, richtete ich an den Beamten, dem als solcher entpuppte sich der Herr, die Frage, warum ich denn aus dem Zuge austreten mußte, obwohl ich kein Kind bei mir hatte, worauf er mich barsch aufforderte, ins Bureau zu kommen, wo er mich feststellen wollte. Dieser Aufforderung folgte ich, weil ich selbst wissen wollte, mit wem ich zu tun hatte. Inzwischen stellte meine Schwägerin die Adressen von Zeugen fest, die den Hergang gesehen hatten."

Dieses Vorgehen des Herrn Friedhofsverwalters wird lebhaft illustriert durch das Benehmen des Stellvertreters am Grabe des Genossen Bohne. Genosse Ernst hatte sich veranlaßt gesehen, dem toten Freund einige Abschiedsworte in die Gruft nachzurufen. Als Genosse Ernst in die Reihen der Leidtragenden zurücktrat, trat anscheinend derselbe Herr auf unseren Genossen zu, ihn auffordernd, nach dem Bureau zu kommen. Genosse E. bedeutete ihm, die Feier nicht zu stören, er werde später seiner Einladung folgen. Kaum war die Feier zu Ende, erfolgte erneut die Aufforderung, ins Bureau zu kommen und wieder mußte dem eifrigen Herrn gesagt werden, sich etwas zu zügeln. Genosse Ernst ging dann freiwillig ins Bureau zur Aufnahme des Tatbestandes.

Wir können uns kaum erklären, was die Herren veranlaßt, so vorzugehen. Haben sie etwa den Rotkoller bekommen, daß sie von dem Anblick der roten Schleifen so nervös werden? Man müßte es bald annehmen, wenn man in Betracht zieht, daß bei der Beerdigung, die vorher stattfand, der aber ein Prediger beiwohnte, niemand zu sehen war.

Dafür hatte es aber schon Verwunderung erregt, daß Frauen, die eine buntgedruckte Schürze umhatten, und ein Grab gießen wollten, diese Schürze abgeben mußten. Erst als diese Frauen ihre Gießarbeit beendet hatten und den Friedhof verlassen wollten, erstattete man ihnen die Schürzen wieder zurück.

Wir erwarten, daß die städtischen Behörden den Herren klar machen, daß sie Beerdigungen nicht zu stören und sich eines Betragens zu befleißigen haben, das der Würde städtischer Friedhofsangestellter entspricht.

Der Betrieb der städtischen Fleischvernichtungs- und Verwertungsanstalt in Rüdnitz bei Bernau ist voll im Gange. Es sind bereits eine Menge Produkte an Fett, Leimgallerte und Tierkörpermehl gewonnen. Reflektanten auf diese Produkte können Proben in Rüdnitz besichtigen und darauf Offerten abgeben.

Aus den Kreisen der Handelshilfsarbeiter wird uns geschrieben: In Berlin, Rixdorf usw. haben die Inhaber der Warenhäuser, Manufakturwaren-, Eisenwaren- usw. Geschäfte durch ein Abkommen während der heißen Monate Juni, Juli und August Sonntags von 12—2 Uhr geschlossen. Während nun vorgenannte Branchen dieses im Interesse ihrer Angestellten wenigstens gehalten haben, wird jetzt während der Werbung des Achtuhr-Ladenschlusses von einzelnen Unternehmern in der Damen- sowie Herrenkonfektionsbranche der Versuch gemacht, dieses Abkommen zu durchbrechen. Die Handlungsgehilfen sowie die Handelshilfsarbeiter ersuchen uns, dieses der Arbeiterschaft zur Kenntnis zu geben, mit dem Bemerken, daß die Parteigenossen und Genossinnen dahin wirken möchten, daß diese Vergünstigungen den Angestellten während der Sommermonate vorläufig noch erhalten bleiben.

Radikaler wäre, wenn endlich durch Ortsstatut die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe eingeführt würde, so lange das gesetzlich noch nicht geschehen ist.

Der Markgrafendamm, der das Stadtgebiet Berlin im Osten gegen die Vorortgemeinden Stralau und Boxhagen-Rummelsburg abgrenzt, soll nun endlich auch in seiner letzten Strecke reguliert werden. Es hat ein bißchen sehr lange gedauert, bis die Regulierung dieses Verkehrsweges, der übrigens nach Eröffnung des Hafens am „Stralauer Anger" noch an Bedeutung gewinnen wird, in voller Ausdehnung zustande kommen konnte. Die Verzögerung erklärt sich daraus, daß über die Rechte und Pflichten der beteiligten Gemeinden nur sehr schwer eine Einigung herbeizuführen war. Die Westseite des Markgrafendamms gehört zu Berlin, die Ostseite gehört in ihrer südlichen Strecke zu Stralau, in ihrer nördlichen zu Boxhagen-Rummelsburg. Die südliche Strecke ist bereits reguliert, auf der Berliner wie auf der Stralauer Seite, zu regulieren ist jetzt nur noch die nördliche Strecke auf beiden Seiten. Die Einigung der Stadtgemeinde Berlin mit Boxhagen-Rummelsburg ist erreicht: Berlin reguliert die Strecke, Boxhagen-Rummelsburg übernimmt fortan ihre Unterhaltung. Dagegen hat ein Uebereinkommen mit der Eisenbahndirektion, der einzigen Anliegerin auf Berliner Seite, sich noch nicht herbeiführen lassen. In Frage kommt hier eine Beteiligung an den Regulierungskosten und die Uebernahme eines zum Bürgersteig erforderlichen Streifens. Vom Fiskus wird Berlin diese Leistungen fordern, wenn einmal der Fiskus auf seinem Gelände Wohnhäuser mit Ausgängen nach dem Markgrafendamm errichten will. Bis dahin wird die Regulierung des Markgrafendammes immer noch keine völlige sein. Das fiskalische Grundstück ragt noch ein wenig in das Straßenland hinein, so daß hier die Bordschwelle, um dem Bürgersteig die notwendige Breite geben zu können, einstweilen in den Damm hinein vorgeschoben werden muß. Der Magistrat hofft, daß den vielfachen Klagen der Bewohner von Berlin-Ost über die bisherige Unwegsamkeit des Markgrafendammes mit seiner Regulierung ein Ende bereitet sein werde. Not tat's längst.

Denkmalsfrage in Nord- und Süddeutschland.

Unsere Leser sind unterrichtet über das Schicksal des preisgekrönten Virchow-Denkmals. Bekanntlich scheitert die Aufstellung des Denkmals auf dem Karlsplatz daran, daß der Kaiser hierzu seine Genehmigung versagt hat, weil ihm die Ausführung des Denkmals nicht nach seinem Geschmack ist. In Süddeutschland wird nach dieser Richtung hin anders verfahren und zwar direkt entgegengesetzt, wie aus folgender Meldung der „Frankfurter Zeitung" ersichtlich ist. Der Karlsruher Magistrat hat nachstehende Bekanntmachung erlassen:

„Die Generalintendanz der Großherzoglichen Zivilliste teilt mit, der Großherzog lasse den Stadtrat einladen, den von Herrn Prof. Fridolin Dietsche nunmehr fertiggestellten Entwurf des geplanten Karl-Wilhelm-Denkmals in Augenschein zu nehmen und sich dann zu äußern, ob er geeignet zur Ausführung erachtet werde. Um auch der Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, den Entwurf zu sehen und sich darüber ein Urteil zu bilden, sei Anordnung getroffen, daß das Modell von Sonntag, den 21. ds. bis einschließlich Sonntag, den 28. ds., vormittags von 11 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr täglich im Atelier des Verfertigers besichtigt werden kann. Der Stadtrat werde ersucht, hiernach eine öffentliche Einladung an die Bürgerschaft zu erlassen."

Mit Recht wird hierzu bemerkt, wenn anderwärts ebenso verfahren würde, hätten manche Witzblätter weniger zu tun.

Ein Opfer der Hitze ist der wohnungslose Gelegenheitsarbeiter Ernst Jäckel geworden. J. wurde gestern auf einem Holzschuppen am Schlesischen Tor als Leiche aufgefunden. Der Bedauernswerte hatte einen Hitzschlag erlitten und war, da keine Hilfe zur Stelle kam, an den Folgen gestorben. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Vor den Augen der Frau erschossen hat sich in der Laubenkolonie an der Ecke der Wisbyer- und Neumannstraße der 39 Jahre alte Maler Wilhelm Beyer aus der Kaiser-Friedrichstr. 71. Beschäftigungslosigkeit soll die Ursache sein.

Auf einer Segelpartie ertrunken. Durch den Leichtsinn zweier junger Männer hat die 21jährige Anna Meyer aus der Schleusenstraße 31 in Woltersdorf den Tod gefunden. Das junge Mädchen hatte gestern mit zwei ihm bekannten Herren auf dem Flakensee eine Kahnpartie unternommen. Obwohl das Boot nur für zwei Personen berechnet war, wurde es von den drei jungen Leuten bestiegen. Außerdem besaßen die beiden Männer den Leichtsinn, das Fahrzeug, ein Rollsitzboot, noch mit einem Segel zu versehen. Es dauerte nicht lange, so schlug der Kahn um und die Insassen stürzten in die Fluten. Während es gelang, die beiden jungen Leute zu retten, fand die M. den Tod im Wasser. Ihre Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Die königl. Eisenbahndirektion schickt uns folgendes Schreiben: „In Nr. 131 Ihres Blattes vom 6. d. M. brachten Sie einen Artikel „Ueber eine widerliche Szene auf dem Bahnhof Halensee", der der Berichtigung bedarf.

Der Vorfall hat sich wesentlich anders abgespielt, als Sie ihn schildern. Unzutreffend ist vor allem, daß der Bezirksaufsichtsbeamte mit dem Kommandostabe geschlagen haben soll. Der Hergang ist folgender: „Der um 4 Uhr 38 Min. nachmittags in Halensee eintreffende und dort endende Zug sollte vom Bahnsteig fortgesetzt werden, als ein Rangierer einen Reisenden in einem Abteil 3. Klasse lang auf der Bank liegend und schlafend vorfand. Seine Versuche, ihn zu wecken und zum Verlassen des Wagens zu bewegen, waren erfolglos, so daß ihn der Rangierer aus dem Abteil hob und auf eine Bahnsteigbank setzte, von der er später heruntergeglitten war, nun auf dem Bahnsteig lag und seinen Rausch weiter ausschlief. Hier fand ihn der Bezirksaufsichtsbeamte und versuchte dieser, ihn durch gütliches Zureden zum Verlassen des Bahnsteiges zu bewegen, wozu er sich aber unter Schimpfen nicht verstehen wollte, so daß ihn der Bezirksaufsichtsbeamte mit Hilfe eines Rangierers, jeder an einem Arm fassend, vom Bahnsteig führte, was bei der Trunkenheit des Reisenden wohl denn Eindruck des „Zerrens" gemacht haben kann. Mit dem Befehlsstabe hat der Stationsbeamte nicht geschlagen. Er hatte auch nicht den geringsten Anlaß, sich etwa gegen einen Angriff zu wehren, denn der betreffende Reisende war durchaus harmlos."

Wir haben die Berichtigung der königl. Eisenbahndirektion unserem Gewährsmann vorgelegt. Derselbe hält die Behauptung, daß der Aufsichtsbeamte mit dem Kommandostabe wiederholt auf den Reisenden eingeschlagen habe, und zwar so kräftig, daß man es auf dem zweiten Bahnsteig knallen hörte, vollständig aufrecht. Unser Gewährsmann ist der Meinung, daß die königl. Eisenbahndirektion diese Berichtigung nicht erlassen hätte, wenn sie vorher den Aufsichtsbeamten, der zu der fraglichen Zeit auf dem zweiten Bahnsteig Dienst hatte, vernommen hätte. Dieser Herr suchte unserem Gewährsmann gegenüber zwar das Verhalten seines Kollegen zu entschuldigen, mußte aber doch zugeben, daß das Schlagen nicht nötig gewesen wäre. Daß das auch in der obigen „Berichtigung" zugegeben wird, ist anerkennenswert, vermag aber natürlich die bedauerliche Tatsache selbst nicht aus der Welt zu schaffen. Es beweist nur, wie berechtigt unsere Kritik war.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht hatte die Feuerwehr mehrere größere und sehr gefährliche Brände zu löschen, die sämtlich durch Selbstentzündung von Preßkohlen ausgekommen waren. Unter anderem mußte der 16. Zug um 10 Uhr abends auf dem Kohlenbahnhof Wedding an den Fennstraße längere Zeit löschen. Ein großer Stapel Preßkohlen stand dort in Flammen. Um diese zu löschen, mußte längere Zeit Wasser gegeben und der Stapel auseinandergerissen werden. Früh um 3 Uhr stand dort schon wieder ein anderer Stapel in Flammen. Abermals mußte der 16. Zug Wasser geben. Um 11 Uhr abends wurde der 8. Zug nach der Gräfestr. 35 alarmiert, wo ebenfalls Preßkohlen in großer Ausdehnung in Brand geraten waren, so daß es längerer Löschtätigkeit bedurfte, um den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der 20. Zug hatte mit der Löschung eines Kohlenbrandes in der Kreuzstraße 6 zu tun. Ferner brannten Möbel und anderes in der Straßburger Straße 18, Heidenfeld Straße 20 und anderen Stellen. In der Bellermannstr. 79 war das Laufbrett auf dem Dache in Brand geraten und auf dem Exerzierplatz an der Schwedter Straße eine alte Pappel. Außerdem hatte die Wehr noch in der Thomasiusstr. 8, Kottbuser Straße 27, am Kottbuser Damm und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung.

Dem Antrage des Magistrats, die Deputation zur Revision des Vertrages mit dem Elektrizitätswerk Südwest aufzulösen, wurde zugestimmt, da ein neuer Vertrag mit dem Elektrizitätswerk

zustande gekommen ist. Bei dieser Gelegenheit wurde angeregt, auch in eine Revision des Vertrages mit den Charlottenburger Wasserwerken einzutreten, da das jetzige Verhältnis nicht mehr haltbar sei. Seitens des Magistrats wurde erklärt, daß zur geeigneten Zeit eine dementsprechende Vorlage kommen werde.

Längere Unterhaltungen brachte ein Antrag aus der Versammlung, im Berliner Ortsteil eine höhere Mädchenschule zu errichten. Dem Magistrat wurde aufgegeben, die Vorarbeiten zu treffen, damit die Eröffnung am 1. April n. J. vor sich gehen kann. Zugestimmt wurde auch dem Antrage des Magistrats, im Friedenauer Ortsteil einen provisorischen Wochenmarkt einzurichten und denselben Dienstags und Freitags jeder Woche abzuhalten. Für den Markt sind die über den Dürerplatz führende Verbindungsstraße und die Rembrandtstraße von der Eisenbahnunterführung bis zu Rubensstraße zu benutzen.

Eine Vorlage, wonach auch die Magistratsdiener lebenslänglich angestellt werden können, wurde zunächst einem Ausschuß überwiesen.

Ebenfalls einem Ausschuß überwiesen wurde das vorgelegte Programm zum Bau des neuen Rathauses.

Stadtverordneter Küter (Soz.) berichtete sodann über den in der vorigen Sitzung einem Ausschuß überwiesenen sozialdemokratischen Antrag. Der Ausschuß empfahl folgende Beschlußfassung:

„Der Magistrat wird ersucht, dem Ferienausschuß des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen zu Schöneberg 800 Mark für tägliche Beförderung von 200 Kindern an den Wochentagen während der großen Ferien mit der Straßenbahn nach dem Grunewald zu überweisen. Der Verein hat dem Magistrat über die Verwendung des Betrages Rechnung zu legen und einen schriftlichen Bericht zu erstatten."

In der Begründung hob der Referent die Opferwilligkeit der Mitglieder dieses Vereins hervor, die bisher durch freiwillige Sammlungen diese Aufwendungen aufgebracht hatten. — Der Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Bei dem Antrage des Magistrats, der Erziehungsanstalt Zionshilfe 50 Freistellen für schulgeldpflichtige Zöglinge an den städtischen Gemeindeschulen zu gewähren, wurden verschiedene Mißstände, die angeblich in dieser Anstalt bestehen sollen, gerügt. So sollen die Kinder bereits morgens um fünf Uhr aus den Betten getrieben werden. Wer nicht zur rechten Zeit aufsteht, wird ohne Frühstück zur Schule geschickt. Auch sollen Strafen in Form von Entziehung des Mittagbrotes verhängt werden. — Trotzdem der Magistratsvertreter erklärte, daß diese Mißstände heute nicht mehr bestehen, wurde dieser Antrag einem Ausschuß überwiesen, der die Verhältnisse in der Anstalt einer Prüfung unterziehen soll.

Mit Gas vergiftet hat sich vorgestern die 27 Jahre alte Betty T. aus der Gustav-Freytagstraße 4. Lin Lebensmüde öffnete im Wohnzimmer sämtliche Gashähne und legte sich auf einem Sopha nieder. Als die Tat entdeckt wurde, war die T. bereits völlig bewußtlos. In recht bedenklichem Zustand wurde die Selbstmordkandidatin nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhause gebracht. Das Motiv soll in unglücklicher Liebe zu suchen sein.

Steglitz.

Vorschußlorbeeren. Die eifrigen Bemühungen unserer Gemeindevertretung um die Verleihung der Stadtrechte an unser Dorf, haben bekanntlich bisher noch keinen Erfolg gezeitigt, es sei denn, daß man den Beschluß des Abgeordnetenhauses, der Regierung den diesbezüglichen Antrag als Material zu überweisen, als Erfolg betrachten will. Entweder ist nun neuerdings wirklich ein entscheidender Schritt in dieser Sache geschehen, der aber noch geheim gehalten wird, oder aber unser Gemeindevorstand hat sich nunmehr für das „abgekürzte Verfahren" entschieden und die Erhebung zur Stadt einfach selbst beschlossen. Andernfalls wäre der Dualismus, daß der „Gemeindevorstand" für das hiesige „Stadtbad" zwei Badediener sucht, nicht recht zu begreifen. Hoffentlich ist mit der Umwandlung der bisherigen „Gemeindebadeanstalt" in das „hiesige Stadtbad" auch das Badewasser besser geworden, das bekanntlich noch vor kurzem wie Erbsensuppe aussah.

Friedrichshagen.

Eine recht unangenehme Entdeckung mußte der Inhaber des Conradschen Hotels von hier machen. Vor einigen Tagen stieg ein Reisender ab, der einige ungewöhnlich große Koffer mit sich führte. Vorgestern fuhr er wieder ab und nun mußte der Wirt die unangenehme Entdeckung mchen, daß mit dem Gast auch die Betten und andere Gegenstände aus dem Zimmer verschwunden waren. Der dreiste Dieb hatte die großen Koffer lediglich zur Ausführung des Diebstahls mitgebracht.

Potsdam.

Auf einen alten Gaunertrick sind am Sonnabend eine Reihe hiesiger Geschäftsleute reingefallen. In mehreren Geschäften machte ein Herr, der sich Assessor Graf v. Galen nannte, große Einkäufe und benutzte die Gelegenheit beim Aussuchen der Waren zu Diebstählen. Seine Lieferanten bestellte er nach seiner Wohnung Alleestraße 26, einem Hause, das leider nicht existiert. Erst als die bestellten Waren wieder zurückkamen, bemerkte man, daß der gräfliche Assessor ein routinierter Ladendieb war.

Gerichts-Zeitung.

Eine blutige Ehetragödie,

die sich am 4. Juni vorigen Jahres im Hause Linienstr. 8 abgespielt hat, beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Die auf **vorsätzliche Tötung**, Urkundenfälschung und Konkursvergehen lautende Anklage richtet sich gegen den **Pferdehändler Georg Becker**, der sich seit einem Jahr in Untersuchungshaft befindet. Er wird in der Hauptsache beschuldigt, seine Ehefrau Franziska während sie schlief erschossen zu haben. Der Angeklagte hat selbst einen Selbstmordversuch gemacht und hat mit vier schweren Verletzungen in der Charité gelegen und ist seinerzeit noch nach zehn Tagen vom Untersuchungsrichter als nicht vernehmungsfähig erachtet worden. Der 40 Jahre alte Angeklagte steckte in großen Geldkalamitäten. Er fälschte dann Wechsel. Durch einen Brief, den seine Frau in die Hände bekam, soll diese von der verzweifelten Situation Kenntnis bekommen und dem Angeklagten nun fortgesetzt in den Ohren gelegen haben, gemeinschaftlich zu sterben. Er will es ihr immer ausgeredet haben. Schließlich will er am 4. Juni beschlossen haben, seinerseits eine Reise nach Hannover anzutreten und sich im Zuge zu erschießen. Er nahm Abschied von seiner Frau, versäumte dann aber den Zug und begab sich in einige Restaurationslokale, wo er sich durch Bier und Champagner Mut trank und einige verzweifelte Abschiedsbriefe an seine Frau schrieb. Dann ist er aber, weil er glaubte, es sei doch besser, wenn er in seiner Wohnung den Selbstmord ausführte, in der Nacht wieder zu seiner Wohnung zurückgekehrt. Er will sich dann noch mit seiner Frau eine Stunde unterhalten und sich dann zu Bett gelegt haben. Dort will er seinen **Revolver genommen und zweimal auf sich geschossen haben.** Was weiter geschehen, wisse er nicht, denn er sei erst in der Charité wieder zur Besinnung gekommen. Wie die Messerschnitte an seine Arme gekommen, will er nicht wissen; er erklärt sich dies so, daß, nachdem er durch die Schüsse besinnungslos geworden, seine Frau ihm mit ihrem scharfen Messer die Pulsadern geöffnet habe, um seinen Tod herbeizuführen. Die **Ehefrau ist tot** in ihrem Bette aufgefunden worden; sie hatte zwei Schußverletzungen und Schnittwunden an den Handgelenken. Der Angeklagte will nicht wissen, wie seine Frau ums Leben gekommen ist; die **Anklage** dagegen behauptet, daß er sie getötet hat. — Der **Angeklagte** beteuerte heute unter vielen Zeichen großer Gemütserregung seine Unschuld an dem Tode der Frau. — Es sind 72 Zeugen geladen, so daß für die Verhandlung 3 Sitzungstage in Aussicht genommen sind. Wir werden das Urteil mitteilen.

Wucherprozeß.

In einer bis zur späten Abendstunde währenden Sitzung verhandelte am Montag die zweite Strafkammer des Landgerichts II einen umfangreichen **Wucherprozeß** gegen den Verlagsbuchhändler Ernst **Franke** aus Schöneberg, dessen Buchhalter Kaufmann Karl **Röhle** und den Rechercheur Paul **Elze**. Das Geschäft des Angeklagten Franke bestand in einer eigenen Art von Darlehnsvermittelung. Er erbot sich in verschiedenen Zeitungsinseraten Darlehne ohne Provision an sichere Leute zu gewähren. Dieses Anerbieten klang verlockend und das Darlehnsgeschäft nahm bald einen großen Umfang an. Der Trick des Angeklagten bestand nun darin, daß er den darlehensuchenden Personen allerdings Geld ohne Provision gewährte, sie aber zwang, Bücher und Bilder, die er ihnen ganz unverhältnismäßig hoch anrechnete, von ihm zu entnehmen. Es war ein paar Dutzend Zeugen zu vernehmen. Das **Gericht verurteilte Franke** zu 6 Monaten Gefängnis, 200 M. Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust, **Röhle** zu 2 Monaten Gefängnis und 150 M. Geldstrafe. Elze wurde freigesprochen.

Millionenbetrügereien eines Kommerzienrats vor Gericht.

Vor der Strafkammer des Altonaer Landgerichts hatte sich gestern, wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, der Großherzoglich-Anhaltinische **Kommerzienrat Adolf Möller** wegen betrügerischen Bankerottvergehens und zahlreicher Betrügereien zu verantworten, die insgesamt die Höhe von 10 Millionen Mark erreichen. Es sind etwa 60 Zeugen und mehrere Sachverständige geladen. Die Anklage wirft Kommerzienrat Möller überdies vor, daß er während des Konkurses durch seinen Aufwand übermäßige Summen verbraucht, daß er die Handelsbücher vernichtet oder unordentlich geführt hat, daß er entgegen den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches versäumt hat, Bilanzen zu ziehen. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen, die mehrere Tage in Anspruch nehmen werden, werden wir berichten. Möller ist als grimmer Sozialistenfresser bekannt.

Vermischtes.

Zur Brandkatastrophe in Zirl wird berichtet, daß acht Personen ums Leben gekommen sind. Den „Münchener N. Nachr." berichtet ein Augenzeuge des Brandes, daß die Bewohner wegen des herrschenden Windes in dem enggebauten Dorfe gleich alles verloren gegeben haben. Es fehlte außer den Handbeilen der Feuerwehr an Werkzeugen und Geräten zum Einreißen der Gebäude, um die Ausdehnung des Feuers einzudämmen. Die Feuerhaken waren verbrannt; die Zirler Feuerwehr trachtete nur, die Wasserschläuche zu retten. Auswärtige Feuerwehren legten später Schläuche zu dem 800 Meter vom Brandplatz entfernten Inn. Sie rissen auch die Holzzäune von 20 Häusern ein und entzogen allmählich dem Feuer die weitere Nahrung, so daß noch 20 Häuser gerettet werden konnten. An dem Schaden von zwei Millionen Kronen ist eine mit der Tiroler Landesbrandkasse kartellierte Münchener Feuerversicherungsanstalt mit 800 000 Kronen und die Münchener Rückversicherung mit 400 000 Kronen eigenen Risikos beteiligt. — Weiter wird dem „Berl. Lokalanz." aus Innsbruck berichtet: Gestern bestand auf der Brandstätte die Gefahr einer Benzinexplosion, der Platz wurde daher abgesperrt. Unter dem Schutt liegt viel Geld, das in der Eile zurückgelassen werden mußte. Die Postkasse wurde aus dem Schutt ausgegraben, ihr Inhalt ist unversehrt. Unter den Toten befindet sich ein Ehepaar, das im Schlafe vom Feuer überrascht wurde. Die Entstehung des Brandes wird Kindern zugeschrieben, die mit Pulver von Böllern spielten, die bei der Fronleichnamsprozession benutzt worden waren.

Ein furchtbares Unwetter, verbunden mit Wolkenbruch und starkem Hagelschlag hat, wie eine Meldung aus Neusohl besagt, in der Stadt großen Schaden angerichtet und dieselbe teilweise unter Wasser gesetzt. In Kirchen, Häusern und in den Straßen stand das Wasser über 1 Meter hoch. Militär mußte zur Hilfeleistung herangezogen werden. In Marmaros-Zigeth wurden die elektrischen Leitungen durch Blitzschlag zerstört, so daß die Stadt in Dunkel gehüllt war.

Durch Blitz gezündet. Nach einer Meldung bei Havelberg wurde vor einigen Tagen durch einen Blitzstrahl ein Brand herbeigeführt, bei dem nicht weniger als 50 Stück Vieh in den Flammen umkamen. Auf dem dortigen Gute wurde der große Viehstall in Brand gesetzt. Das Gebäude brannte vollständig nieder und der gesamte Viehbestand kam in den Flammen um. Nahezu 40 Rinder und Kühe und 15 Pferde fielen dem Element zum Opfer. In einer anderen Ortschaft wurde durch einen Blitzschlag ein Wohnhaus angezündet und vollständig eingeäschert. Nur mit Mühe hatten die Bewohner ihr Leben retten können.

Die Eisenbahnkatastrophe bei Tremessen.

Seit Montag voriger Woche wurde in Gnesen über die Ursachen des Eisenbahnunglücks verhandelt, dem in der Nacht vom 6. zum 7. August v. J. zehn Fahrgäste des D-Zuges Eydkuhnen-Berlin zum Opfer fielen. Angeklagt waren ein Bahnmeister-Diätar, sechs Arbeiter, Lokomotivführer, Bremser und Schaffner. Es war nach dem alten Schema verfahren worden, untergeordnete überlastete Leute anzuklagen, denen man Verletzung von wer weiß wie viel Dienstvorschriften zum Vorwurf machte. Während der Verhandlung brach die Anklage mehr und mehr zusammen, und zum Schluß blieb nicht mehr allzuviel übrig. Das Urteil lautet:

Der Angeklagte Bahnmeisterdiätar Bajohr wird zu acht Monaten Gefängnis, Hilfsrotteuführer Wozniak zu drei Monaten Gefängnis und Hilfsbahnwärter Braniezki zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Sämtliche übrigen Angeklagten werden freigesprochen. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, der Angeklagte Bajohr sei im Sinne der Anklage schuldig zu erachten. Es falle für ihn erschwerend ins Gewicht, daß er in der betreffenden Nacht nicht an der Unfallstelle anwesend war. Als Vorgesetzter des Angeklagten Wozniak hatte er von diesem überhaupt keine Ratschläge einzuholen. Seine Entschuldigung, er sei zum ersten Male mit einem derartigen Umbau beauftragt gewesen, könne ihm nicht mildernd angerechnet werden, da eine Person, die ihre Prüfung abgelegt habe, voll und ganz für die ihr übertragenen Arbeiten verantwortlich sei. Der Angeklagte Wozniak habe fahrlässig gehandelt, er durfte nicht dulden, daß Braniezki auf der einen Seite der Schienen drei Bolzen ausgelöst und daß dieser dadurch die Gefährdung eines Transportes in die Wege geleitet habe.

Ertrunken. Nach einer Meldung aus Lübeck kenterte auf dem Dassower See ein Segelboot. Zwei junge Fischer ertranken, zwei wurden mit vieler Mühe gerettet.

Blutige Rache.

Aus Modane (Dep. Savoyen) wird berichtet: Vier Soldaten überfielen auf dem Wege nach der Kaserne einen ehemaligen Unteroffizier des 158. Infanterie-Regiments namens Bovel und töteten ihn. Die Täter wurden verhaftet.

Mörder Lynch.

Am Sonntagabend sind einer Meldung aus Houston (Texas) zufolge, unweit Hemphill neun Neger gelyncht worden, weil sie zwei Weiße ermordet hatten. Weiße und Neger gehen nur bewaffnet umher; man befürchtet Rassenkämpfe.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Heinrich Heine". Heute abend 8 Uhr bei Bolze, Rodenbergstr. 8.

Lese- und Diskutierklub „Eintracht". Heute abend 8½ Uhr bei Beetz, Goßlerstr. 10/11.

Lese- und Diskutierklub „Südost". Heute abend 8½ Uhr bei Tolksdorf, Görlitzer Straße 58. „Die verflossene Landtagswahl". Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

E. T. 25. Die Landesversicherungsanstalt ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, auf Antrag Heilstätte-Aufnahme zu gewähren. Stellen Sie einen dahin gerichteten Antrag bei der Versicherungsanstalt, Am Köllnischen Park. — **E. 28.** Unterbleibt die Eheschließung zwischen Brautleuten, so kann jeder Verlobte von dem andern die Herausgabe desjenigen, was er ihm geschenkt, oder zum Zeichen des Verlöbnisses gegeben hat, fordern, soweit nicht die Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung entgegensteht. Wenn das Verlöbnis durch den Tod eines der Verlobten aufgelöst wird, so ist im Zweifel angenommen, daß die Rückforderung ausgeschlossen sein soll. — **L. S. 26.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Ja, aber durch Statut der Kasse kann das Krankengeld bei Doppelversicherung herabgesetzt werden. — **Markthalle 7.** Die Betreffenden sind nach dem Gesetze invaliden-, kranken- und unfallversicherungspflichtig. Durch eine Anzeige wäre die tatsächliche Versicherung zu erreichen. — **M. N. B.** Ja. — **Genosse 10.** 1. Einer von den Brautleuten muß die Anmeldung persönlich besorgen. 2. Die Militärpapiere und die Geburtsurkunden sind beizubringen. Der Aushang muß 14 Tage lang erfolgen, also melden Sie mindestens 4 Wochen vorher die Trauung an. — **Sch 220a.** Die Ihnen erteilte Auskunft ist falsch. Keineswegs braucht der Fortbildungsschüler oder die Fortbildungsschülerin eingesegnet zu sein. — **B. D. 8.** Bund für Mutterschutz, Wilmersdorf, Rosbergerstr. 8. — **Bruno 159.** Wenn Ihr Vater Preuße war, sind Sie es auch, gleichviel, ob Sie in Preußen oder anderswo geboren sind. 2. In Friedrichsfelde. 3. Das ist Geschmackssache. 4. Nein. — **W. S. 36.** Ueber die Reellität der von Ihnen genannten Kasse ist uns nichts bekannt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 66—71 pr. 100 Pfd., IIa 64—67, IIIa 54—57, Bullenfleisch Ia 63—69, IIa 52—57, Kühe, fett 49—59, do. mager 39—49, Fresser 50—58, Bullen, dänische 40—54. Kalbfleisch, Doppellender 100—115, Mastkälber Ia 85—92, IIa 73—83, Kälber ger. gem. 52—66, do. holl. 50—55. Hammelfleisch, Mastlämmer 75—78, Hammel Ia 69—72, IIa 61—67, ungar. 0,00, Schafe 54—59. Schweinefleisch 52—58. Rehböcke Ia per Pfd. 0,60—0,80, IIa 0,40 bis 0,55. Rotwild m. Abfch. per Pfd. 0,45—0,55, Damwild 0,50. Wildschweine, per Pfund 15—35. Frischlinge per Pfund 0,00. Hühner, Ia per Stück 1,50 bis 2,25, dito IIa Stück 1,00—1,40, dito junge, Stück 0,50—1,00. Hamburger Küken, Stück 0,00, Poulets 0,40—0,75. Kapaunen, deutsche, per Stück 0,00. Tauben, junge, Stück 0,30—0,45, dito alte 0,30—0,40, dito italien. 0,00. Enten, per Pfund 0,00, dito per Stück 1,00—2,25, dito Hamburger, per Stück 2,00—3,00. Gänse per Pfd. junge 0,60—0,70, dito per Stück 2,00—4,00. do., Hamb., junge, per Pfd. 0,70—0,80. Hechte per 100 Pfd. 76—106, do. matt 0,00, do. groß 0,00, do. groß-mittel 78, do. klein 0,00. Zander 0,00, Schleie, unsort. 82—99, do. klein 0,00, groß-mittel 72—83. Aale, groß-mittel 110—121, do. mittel 108—119, do. groß 101—106, do. klein-mittel 100—105, do. unsort. 100—113, klein 79. Karpfen, dän., 0,00, do. matt 0,00. Noddow 63—66. Karauschen 55—78. Aeels 49. Bunte Fische 60—67, do. matt 0,00. Barse 00,0, do. klein 0,00. Bleie, matt 30. Winter-Rheinlachs, pr. 100 Pfund 0,00, Amerikan. Lachs Ia, p. 100 Pfund 0,00, do. IIa 0,00. Seelachs, p. 100 Pfund 10—15. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, do. halbe Kiste 0,00, do. Hamb. Stiege 3—6, halbe Kiste 2—3, pomm. Schock 1,00—3,00. Bücklinge, dänische, per Wall 2—3,50, Kieler 0,00, Bornholmer 0,00, Stralsunder 2,00—3,50. Sprotten, Danziger, Kiste 0,00, do. Rügenwalder, 0,00. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,50, do. mittelgroß 0,90—1,10, klein 0,60—0,90. Heringe per Schock 5,00—9,00. Schellfische, Kiste 4,00—6,00, dito ½ Kiste 2,50—3,00. Sardellen. 1902er per Anker 0,00, 1904er 102, 1905er 102, 1906er 100. Schottische Vollheringe 1905 0,00, large 40—44, full. 38—40, mod. 36—12, deutsche 30—40. Heringe, neue Matjes, per ¾ To. 0,00. Sardinen, russ., Fatz 1,50—1,80. Bratheringe Fatz 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfatz 8, do. kleine 4—5, do. Riesen- 10. Krebse per Schock große 38, do. groß-mittel 30, do. klein-mittel 0,00, do. kleine 4, do. unsortiert 6,50, Galizier, groß 0,00. Seemuscheln 100 Stück 1,00. Eier, Land-, uns. per Schock 3,30—3,60, do. große 3,75—4. Butter p. 100 Pfd. Ia 114—117, IIa 110—114, IIIa 104—110, abfallende 100—104. Saure Gurken Schock 4,50—5. Pfeffergurken Schock 4,50—5. Kartoffeln per 100 Pfund Dabersche 3,25—3,60, weiße runde 2,75—3,25, mag. don. 3,00—3,50. Porree, per Schock 1,00—2,00. Meerrettich, Schock 8—14. Spinat per 100 Pfund 10—15. Sellerie, grün, per Schock 0,80—1,25. Zwiebeln per 100 Pfund 0,00. Petersilie, grün. Schockbund 1,00 bis 2,00. Rettich, bayerischer, junger, per 100 Stück 6—8. Mohrrüben, 100 Pfund 0,00. Petersilienwurzeln, per 100 Pfund 0,00, Schockbund 6,00—7,00. Schnittlauch, Schockbund 0,50—0,80. Tomaten, kanar., per Kiste 1,00—3,00. Rhabarber 100 Bund 1,50—3,00. Rabunzen 0,00. Rübchen 0,00. Radieschen, Schock 0,80—1,50. Waldmeister, Mandel 0,25—0,50. Morcheln 0,00. Salat, Schock 1—1,75, do. Gubener 0,00. Kohlrabi, Schock 0,50—0,80. Spargel, Beelitzer I 100 Pfd. 23—35, do. II 10—20, do. III 3—9, do. unsortiert 0,00. Spargel, hiesiger I 20—30, do. II 8—15, do. III 2—5, do. unsort. 0,00. Champignons, per Pfd. 0,50—1,00. Steinpilze 0,30—0,40. Mohrrüben, Schock 2,75—3,25. Karotten, Schock 3—6. Pfefferlinge, 1 Pfd. 0,16—0,25. Schoten, 1 Pfd. 0,06 bis 0,12. Wirsingkohl, Schock 6—10. Weißkohl, Schock 8—10. Aepfel in Kisten per 100 Pfd., Koch- 0,00. Tiroler 0,00. Australier, 10—18. Italiener, lose, 100 Pfd. 0,00, do. in Körben per 100 Pfd. 0,00, do. in Kisten 0,00. Kirschen, ital., 100 Pfd. 20—30, do. schwarze, 100 Pfd. 26 bis 35, do. Gubener 15—25, do. Werdersche 20—26, do. Schlesische 7—18, do. Natten, ung. 25—35. Erdbeeren, französische, per 100 Pfd. 20—25, holländische 20—35, Dresdener 1 Pfd.-Schacht. 0,25—0,50, Hiesige per 100 Pfd. 20—35, Beelitzer 25—35, Wald-, hiesige 60—75. Stachelbeeren, unreife, 100 Pfd. 10—12, do. ungar., 100 Pfd. 8—10, do. holländ., 100 Pfd. 8—10, do. hiesige 100 Pfd. 0,00. Ananas I, per Pfd. 0,00—1,00, do. II 0,50—0,60. Bananen, kanar., per 100 Pfd. 15—30, Jamaica 25—26. Feigen, in Kisten 100 Pfd. 0,00. Zitronen, Messina, 300 Stück 10,50 bis 12,00, do. 360 Stück 11,00—13,00.

Witterungsübersicht vom 23. Juni 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	766	NO	3	wolkenl	17	Haparanda	771	SW	2	wolkenl	10
Hamburg	766	ONO	3	halb bd.	16	Petersburg	773	NO	1	wolkenl	13
Berlin	765	NO	2	bedeckt	16	Scilly	766	SW	3	Nebel	16
Frankf. a. M.	763	NO	4	bedeckt	17	Aberdeen	767	NNW	1	bedeckt	13
München	761	W	4	bedeckt	14	Paris	766	NNW	2	bedeckt	14
Wien	760	NNO	2	halb bd.	20						

Wetterprognose für Mittwoch, den 24. Juni 1908.

Vielfach heiter, am Tage warm bei mäßigen östlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 22. 6. cm	seit 21. 6. cm¹)	Wasserstand	am 22. 6. cm	seit 21. 6. cm¹)
Memel, Tilsit	170	+10	Saale, Grochlitz	122	+6
Pregel, Insterburg	15	−5	Havel, Spandau²)	77	+8
Weichsel, Thorn	80	−4	„ Rathenow²)	142	−4
Oder, Ratibor	88	−9	Spree, Spremberg²)	88	−2
„ Krossen	87	−3	„ Beeskow	132	0
„ Frankfurt	102	−2	Weser, Münden	−17	+24
Warthe, Schrimm	20	−4	„ Minden	37	−5
„ Landsberg	20	−5	Rhein, Maximiliansau	477	−1
Netze, Nordamm	4	−6	„ Kaub	278	+7
Elbe, Leitmeritz	−47	−14	„ Köln	283	+6
„ Dresden	-150	+2	Neckar, Heilbronn	70	+11
„ Barby	100	−7	Main, Wertheim	122	−3
„ Magdeburg	114	−1	Mosel, Trier	141	+39

¹) + bedeutet Wachs, — Fall, — ²) Unterpegel.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.